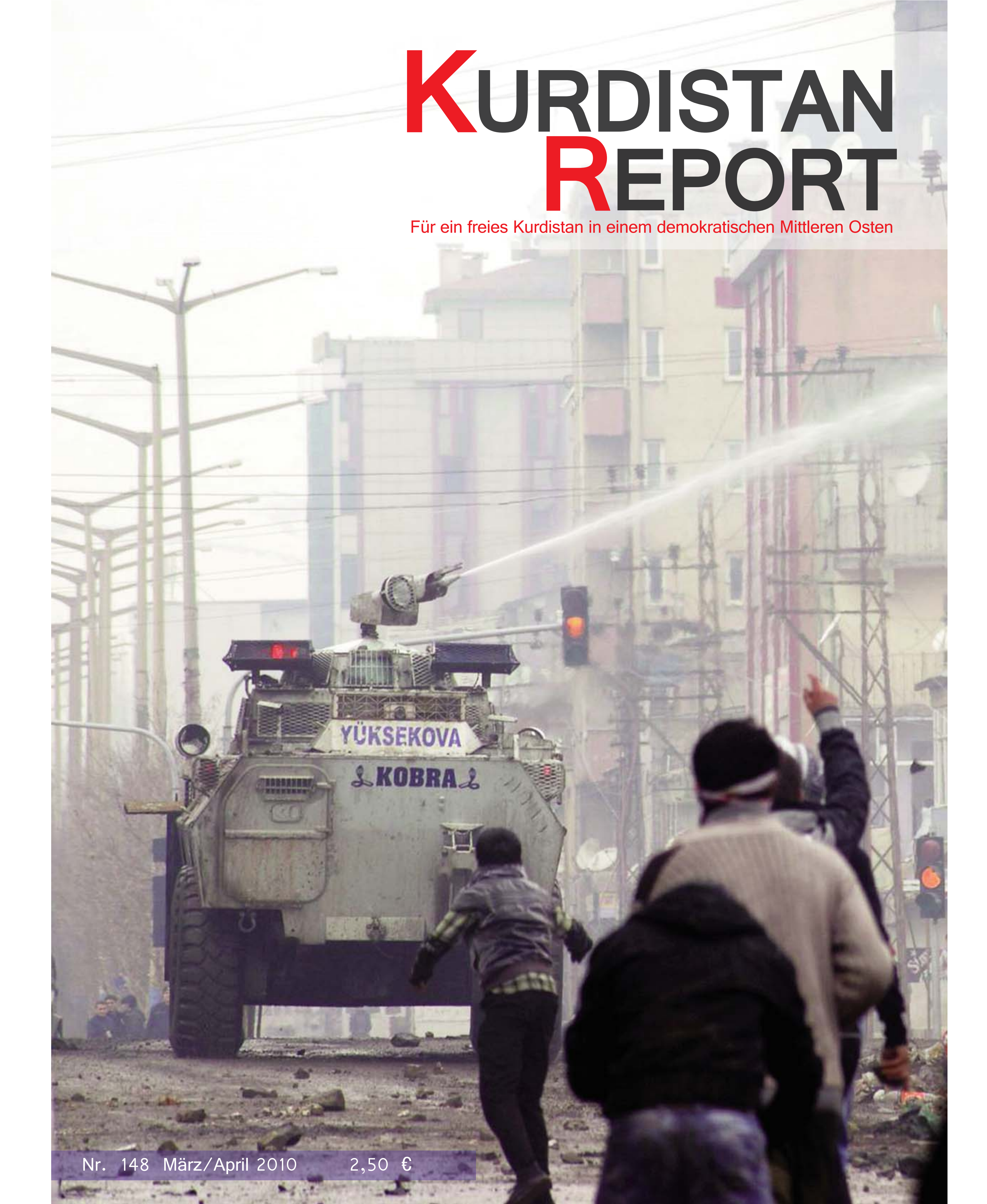
KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 148 März/April 2010 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 148 März/April 2010 berichten wir über:

zusätzlich im Internet:



KurdInnen zeigten am 15.2., dem Jahrestag der Verschleppung Öcalans in die Türkei, ihre Verbundenheit mit ihm und demonstrierten in vielen Ländern. Foto: DIHA


Der Protest gegen die anhaltende Repressionswelle und die massenhaften Verhaftungen von PolitikerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen hält an. Foto: DIHA


Kundgebungen und Demonstrationen zum Jahrestag der Verhaftung Öcalans endeten zumeist in tagelangen Auseinandersetzungen auf der Straße. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr hat sich langsam eingerichtet und alles wartet darauf, dass sich endlich der Frühling anmeldet, sich alles in neuem Grün präsentieren wird. Doch „Neues“ wird von Seiten der türkischen Regierung nicht zu erwarten sein. Der „demokratische oder kurdische Aufbruch“ hat sich entwickelt zum „Projekt der nationalen Einheit“. Die guten Dinge, die den Kurdinnen und Kurden versprochen worden sind, haben sich entpuppt als Knüppel aus dem Sack. Die einseitige Waffenruhe der HPG-Guerilla, die sie seit April 2009 einhält, wird wie eh und je mit Operationen des türkischen Militärs beantwortet. Wieder einmal wird sie nicht genutzt, um eine Entwicklung in Gang zu setzen, an deren Ende endlich die Waffen von beiden Seiten niedergelegt werden können.

Doch ohne in Schwarzmalerei zu verfallen, stehen die Zeichen eher auf Sturm. Alle diplomatischen Bemühungen der Türkei mit ihren Nachbarstaaten, aber auch der USA und anderer westlicher Staaten, deuten darauf hin, dass, sobald es die klimatischen Bedingungen zulassen, mit groß angelegten grenzüberschreitenden militärischen Operationen zu rechnen ist.

Jedes Frühjahr dasselbe Spiel, die gleiche Antwort. Dabei ist es doch mehr als deutlich geworden, dass sich die Probleme nicht mit Waffengewalt lösen lassen. Die gleichen Aussagen mit jedem Jahresbeginn: In diesem Jahr werden wir die PKK liquidieren, die PKK ist am Ende ... Warum werden immer die gleichen Antworten auf die Friedensangebote von kurdischer Seite gegeben? Warum wird nicht die zum Frieden gereichte Hand genommen? Realistische Vorschläge von kurdischer Seite sind doch genug gekommen. Was ist schlecht an einer wirklichen Demokratisierung der Türkei? Davon würde doch die gesamte Bevölkerung profitieren. Wieso überträgt sich der Wunsch nach Frieden und einem Ende der Gewalt nicht auf die Bevölkerung in der Türkei? Warum schreit sie nicht nach der Roadmap für den Frieden von Öcalan, die bis heute von der Regierung unter Verschluss gehalten wird? Warum hat die Regierung eine so große Angst, die Vorschläge eines Menschen, dem jegliche individuellen Rechte abgesprochen worden sind und der seit mehr als 11 Jahren in tiefster Isolation gefangen gehalten wird, der Bevölkerung zu präsentieren? Warum hat die türkische Regierung eine so große Angst, einen gerechte Frieden mitzuentwickeln?

Die AKP-Regierung hat noch immer nicht überwunden, dass sie bei den letzten Kommunalwahlen im März 2009 in den kurdischen Gebieten eine so große Wahlschlappe hinnehmen musste. Ist ihr Stolz so verletzt worden, sind sie so in ihrer Eitelkeit gekränkt worden? Schlägt sie deswegen so um sich, dass von einem politischen Genozid gesprochen wird?

Die kurdische Freiheitsbewegung setzt Schritt für Schritt eine Ideologie in die Praxis um, in der menschliche Werte in den Vordergrund gestellt werden. Demokratischer Kommunalismus heißt ihre Formel. Die Meinung der Bevölkerung ist gefragt, sie wird ernstgenommen und angehört. Organisierung von unten wird alltägliche Praxis. Eigenorganisierung gegen jeglich Unterdrückung – ob alt oder jung, Frau oder Mann. Dem Chauvinismus und Nationalismus wurde der Kampf angesagt. Davor haben althergebrachte Staatsideologen natürlich eine ebenso große Angst wie der Teufel vorm Weihwasser. Und nicht nur die türkische Regierung, sondern alle Regierungen, die auf Ausbeutung und Unterdrückung ausgerichtet sind und ihren Lebensquell daraus erhalten. Das ist die Klammer, die die Kriegstreiber zusammenhält und sie sich gegenseitig unterstützen, mit militärischer Spitzentechnologie ebenso wie in der psychologischen Kriegsführung.

Die kurdische Bevölkerung und die Freiheitsbewegung ist bereit zu einem gerechten Frieden. Es wäre ein großer Schritt für die gesamte Region, wenn sich mehr und mehr Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammenfinden würden, um diesem Prozess ein lebendiges Gesicht zu geben.

Der Anfang ist gemacht ...

Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Lösung der kurdischen Frage und die AKP

Adem Uzun

Die kurdische Frage ist heute die wichtigste Frage der Türkei und wartet auf eine gerechte und demokratische Lösung. Sie ist eine blutende Wunde der Türkei. Der beharrliche Widerstand des kurdischen Volkes für Demokratie und Gleichberechtigung und die großen Tragödien im Sog dieser Frage haben in der Gesellschaft zu einer erheblichen Erwartungshaltung hinsichtlich einer Lösung geführt. Mit jedem Tag wird offenkundiger, dass diese Frage nicht auf das kurdisch-türkische Verhältnis beschränkt bleibt, sondern im Allgemeinen den ganzen Mittleren Osten bzw. die Beziehungen der Türkei zu den USA beeinflusst. Wegen all dieser Umstände ist nun eine gerechte und demokratische Lösung notwendig für die Entwicklung von Demokratie und Stabilität bzw. im gemeinsamen Interesse der Völker in der Region. Die kurdische Freiheitsbewegung hat von 1993 bis heute sehr viel Eifer gezeigt für eine demokratisch-friedliche und politische Lösung der Frage. Bis zum heutigen Tag wurden mehrere Waffenruhen ausgerufen. Die Öffentlichkeit weiß, dass die KurdInnen seit Jahren wichtige Initiativen ergriffen, den Krieg einseitig ausgesetzt und aufrichtige demokratische Bestrebungen gezeigt haben. Doch leider hat der türkische Staat diese Bestrebungen als Schwäche interpretiert und als Basis für die Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung zu nutzen versucht.

Am 1. September 1998 z. B. wurde eine unbegrenzte Waffenruhe ausgerufen und kurz darauf begann die internationale Verschwörung, die dann in die Entführung des PKK-Generalsekretärs Abdullah Öcalan mündete. Weiter wurde Öcalan nach der sechsten Waffenruhe, die am 1. Oktober 2006 begann, vergiftet. Nach der letzten Waffenruhe vom 13. April 2009 wurden jüngst – außer dass die Militäroperationen gegen die kurdische Guerilla ihre Fortsetzung fanden – die legale kurdische Partei DTP verboten und ca. 2000 Kader verhaftet. Eine umfangreiche Operation sollte förmlich die Grundlage der legalen kurdischen Politik zerstören. Dieser Prozess dauert bis heute an.

Auf nationaler und internationaler Ebene hatte es die AKP-Regierung gegenüber den friedlich-demokratischen Methoden, die ihr in der kurdischen Frage aufgezwungen wurden, sehr schwer. Um diese Schwierigkeiten zu überwinden und ihrer eigenen Politik national wie international Legitimität zu sichern, griff sie zu einer falschen „Initiative“. In Wirklichkeit aber wich sie nicht von der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik ab, sondern suchte Erfolge mit neuen Methoden. Die aus den Kommunalwahlen vom 29. März 2009 mit einem herben Rückschlag hervorgegangene AKP-Regierung wollte die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik unter dem Namen „Initiative“ weiterführen, anstatt von ihr abzulassen. Den Beispielen können wir entnehmen, dass die „Initiative“ der Regierung keine demokratische Lösung beinhaltet. Ihr eigentliches Ziel, Atmosphäre schaffen mit ein paar kosmetischen Maßnahmen und die Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung, wurde von Premierminister Erdoğan und Innenminister Atalay persönlich benannt. Offenkundiger Beweis dafür sind die Operationen gegen die demokratischen legalen PolitikerInnen am 14. April.

Die PKK hatte am 13. April eine Waffenruhe erklärt. Trotz des politischen Genozids und der Militäroperationen in Kurdistan hatte Herr Öcalan eine Roadmap für einen langfristigen Frieden angekündigt. Die PKK blieb bei der Waffenruhe und zeigte sich zu einem Lösungsprozess entschlossen. Außerdem befürwortete die Führungspersönlichkeit des kurdischen Volkes, beharrend auf einem friedlichen Prozess bzw. einer Fortführung des Prozesses, Friedensgruppen aus der Guerilla, aus dem Flüchtlingslager Mexmûr und aus Europa. Diesem Vorschlag entsprechend handelte die Bewegung. Doch demaskierte der Empfang der Friedensgruppen durch Millionen KurdInnen bzw. deren Rufe nach Frieden das wahre Gesicht der AKP und des türkischen Staates. Denn in Wirklichkeit wollen AKP-Regierung und türkischer Staat keinen Frieden mit den KurdInnen, sondern sie schwächen und übernehmen. Offensichtlichstes Beispiel dafür sind die Strafen für Kinder wie sonst nirgends auf der Welt, mit der Begründung, sie würden Steine werfen. Kinder, Jugendliche oder Alte – ohne Rücksicht werden Menschen auf der Straße geschlagen und gelyncht; Staatsterror gegen die demokratischen Demonstrationen der Bevölkerung. Diese faschistischen Maßnahmen in Kurdistan sind ansonsten nur unter Militärregimen zu erleben. Der Tatsache zum Trotz, dass die Lösung der kurdischen Frage von KurdInnen, von TürkInnen und von der internationalen Öffentlichkeit verlangt wird bzw. dass ihre Zeit reif ist, kommt es wegen der unveränderten Verleugnungsmentalität und der primitiven Gier nach politischem Profit zu keiner Lösung. Denn die AKP-Regierung stempelt die kurdische Volksbewegung, die Zehntausende von MärtyrerInnen zu beklagen hat, genau wie ihre Vorgänger zu TerroristInnen und will sie so zerquetschen. Die Fortdauer ihrer Regierungszeit sieht die AKP

in der Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung. Doch weiß sie, dass sie das mit den alten Methoden nicht kann. Deswegen will sie die kurdische Realität unter dem Begriff „türkisches Volk“ subsumiert „anerkennen“, sie damit in Wirklichkeit aber „verschmelzen und assimilieren“. Das ist eine hinterhältige Politik, die von ihrem wahren Ziel nicht ablässt.

Die AKP-Regierung will mit dieser Politik von innen an die kurdische Gesellschaft heran, sie zersplittern und eine zur kurdischen Freiheitsbewegung alternative, kollaborierende kurdische Linie schaffen. Insbesondere die traditionelle Taktik „Kurden gegen Kurden“ hat sie im Sinn. Deshalb will sie Unstimmigkeiten zwischen der südkurdischen Regierung und der PKK erzeugen und darüber zu Erfolgen kommen. Eher als eine Lösung will sie mit der Vermarktung des strategischen Standorts Türkei an internationale Mächte (vor allem USA und EU) die organisierten KurdInnen mit freiem Willen vernichten. Das ist ihr Plan. Sie versucht auf der einen Seite internationale und auf der anderen Seite regionale Kräfte wie Iran und Syrien zu einem Teil dieses Plans zu machen. Diese dreckige Politik der AKP ist nicht nur für die KurdInnen aus dem Norden, sondern aus allen Teilen Kurdistans gefährlich. Denn sie repräsentiert eine Herangehensweise, die KurdInnen nicht als nationale Gemeinschaft anerkennt, die hinhält, die spaltet und die alle geschaffenen Werte der KurdInnen zu vernichten sucht. Die AKP will die kurdische Frage – trotzdem sie eine gesellschaftliche Frage ist – im Rahmen des Individualrechts behandeln. Die AKP-Regierung, die behauptet, die kurdische Frage, die ja eine gesellschaftliche ist, als nationale Staatspolitik anzugehen, wertet sie als Terrorproblem und will mit militärischen Maßnahmen die psychologischen, diplomatischen, sozialen und ökonomischen Dimensionen ihres Plans vervollständigen und zum Erfolg kommen. Das bedeutet nichts anderes als einen umfangreichen Krieg.

Die Kurdenpolitik des türkischen Staates, von AKP-Hand vollzogen, ist an einem sehr gefährlichen Punkt angekommen, egal, wie sie benannt wird und egal, wie weit eine Atmosphäre der „Zuversicht“ als Methode psychologischer Kriegsführung benutzt wird. Ein neuer Super-Staatssekretär statt des alten Super-Gouverneurs ist keine Lösung, sondern eher ein überzeugendes Beispiel für die Anwendung der Nicht-Lösung. Mit dem Stimmenfang, mit dem die Regierung die kurdische Frage angeht, ist es klar, dass Zerstörung als Ausweg der Fall sein wird.

Die Demokratisierung der Türkei, die Entwicklung einer langfristigen Lösung der kurdischen Frage, die Schaffung gegenseitigen Vertrauens und die Stabilität dessen sowie ein wirklicher gesellschaftlicher Kompromiss sind von großer Wichtigkeit. Der richtigste Weg dabei wäre die Anwendung der Methoden, mit denen ähnliche Probleme auf der Welt gelöst wurden; also der Dialog der Zuständigen. Die kurdische Frage kann ohne die Meinung des kurdischen Volkes nicht aufgelöst werden. Jede Gesellschaft hat eine politische Vertretung. Ziel sollte sein, zwischen beiden Seiten die Diskussion über eine demokratische Lösung für die Fortsetzung des Prozesses zu starten. In diesem Rahmen kann eine langfristige Lösung mit Verfassungsänderungen erzielt werden. Eine neue, zivile und demokratische Verfassung wird die Türkei zu einem wahren demokratischen System bringen, und die kurdische Frage wird in diesem Rahmen eine Lösungsmöglichkeit erhalten. ♦



15.-Februar-Protest der BDP in Izmir Foto: DIHA

Dialog jetzt! – Für eine gemeinsame Perspektive von Türken und Kurden!

Erklärung der Internationalen Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan" anlässlich des 11. Jahrestages der Entführung Abdullah Öcalans

Hollywood selbst hätte das Drehbuch nicht besser schreiben können. Eine Aufsehen erregende Hetzjagd, Geheimdienstintrigen, Politiker ohne jegliche Moral, Verschwörung, Bruch des Völkerrechts, Verrat, Heuchelei, Kriegsgewinnler, eine drohende Kriegskulisse, lukrative Geschäftsabschlüsse und Börsengewinne – all das bietet die illegale Verschleppung Abdullah Öcalans, die sich am 15. Februar 1999 in Nairobi zugetragen hat.

Die Entführung des Kurdenführers aus Kenia in die Türkei war der vorläufige Höhepunkt eines Ränkespiels, das angelehnt an die Version der USA von einem „demokratischen Mittleren Osten", in der die kurdischen Emanzipationsbestrebungen keinen Platz hatten, in einen eklatanten Bruch des Völkerrechts mündete.

Vorausgegangen war eine wochenlange Odyssee zwischen Damaskus, Moskau, Athen, Rom und Amsterdam, die am 15. Februar 1999 mit einem kriminellen Piratenakt ihr Ende fand – unter maßgeblicher Beteiligung von CIA, MIT und Mossad, mit der Unterstützung Russlands, Griechenlands und anderer europäischer Staaten.

Öcalan war nach Europa gekommen, um für eine politische Lösung des blutigen türkisch-kurdischen Konfliktes zu werben; im Bewusstsein, dass dieser mit militärischen Mitteln nicht lösbar ist. Die anfänglichen Hoffnungen, dass Bewegung in die festgefahrene Situation kommen könnte, dass führende europäische Staaten gemeinsam die Initiative zur Lösung der kurdischen Frage ergreifen könnten, wurden schnell enttäuscht. Unter dem Druck der USA schlossen sich die Türen; kein Land erklärte sich bereit, den Kurdenführer aufzunehmen. Wie schon so oft wurden die Kurden den wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen des Westens geopfert.

Trotz alledem beharren die Kurden weiterhin auf ihren politischen und kulturellen Rechten, wider das Bestreben sie mundtot zu machen. Demgegenüber setzt die Türkei nach wie vor auf eine militärische Lösung, im Windschatten von Reformen, die, nur auf dem Papier, den Namen nicht verdienen. Das Sterben geht weiter, türkische Soldaten und kurdische Guerilleros verlieren auch heute ihr Leben. Die Menschenrechtslage in der Türkei bleibt weiterhin angespannt.

Es ist allein Abdullah Öcalan geschuldet, dass seine Verschleppung nicht zum Auftakt einer Ethnisierung des türkisch-kurdischen Konflikts wurde. Statt auf Eskalation zu setzen, intensivierte er seine Friedensbemühungen. Er rief die kurdischen Rebellen zur einseitigen Beendigung des Krieges auf. Gleichzeitig verband er dies mit der Forderung nach Anerkennung kultureller und sprachlicher Rechte für die Kurden, die im Rahmen der Demokratisierung der Türkei erreichbar schien. Mit dem Rückzug der kurdischen Guerillaeinheiten aus dem Territorium der Türkei entspannte sich die Situation. Doch Regierung und Militärs ließen die Gelegenheit zum Frieden ungenutzt verstreichen.

Heute stehen sich kurdische Rebellenverbände und türkisches Militär wieder in den kurdischen Gebieten der Türkei gegenüber. Eine fragile Feuerpause und der harte Winter verhindern, dass der schwelende Konflikt eskaliert. Das innenpolitische Klima in der Türkei lässt jedoch befürchten, dass mit der Schneeschmelze wieder überwiegend die Waffen sprechen werden.

Das Verbot der pro-kurdischen Partei DTP und die Verhaftung von Tausenden Mitgliedern und Funktionären auch der Nachfolgepartei BDP haben ein Klima geschaffen, in dem den Kurden die politische Artikulation ihrer Anliegen kaum noch möglich ist. Während die Erdoğan-Regierung von demokratischen Reformen spricht, lässt sie gewählte Volksvertreter inhaftieren, Bürgermeister absetzen und selbst Kinder zu langjährigen Haftstrafen verurteilen. Auch wenn die AKP sich im Konflikt mit der Armeeführung und der nationalistischen Opposition befindet, in der kurdischen Frage zieht sie am selben Strang. Sie verabschiedet die Gesetze, auf deren Grundlage kurdische Politiker und Aktivisten verfolgt werden. Sie unternimmt alles, sich den Machterhalt zu sichern. Eine Schwalbe machte eben keinen Sommer, begrenzte Zugeständnisse lösen nicht die kurdische Frage.

Eine solche Lösung ist nur im Dialog möglich. Hierfür bedarf es Ansprechpartner. Mit einer Stellvertreterpolitik im autokratischen Stil – wie sie die AKP-Regierung betreibt –, die sämtliche Ansprechpartner negiert, wird die festgefahrene Situation nur weiter zementiert. Die kurdische Frage kann nur mit den Kurden gelöst werden, nicht gegen sie.

Das wissen die Verantwortlichen in Ankara nur zu gut, auch wenn sie fieberhaft versuchen, ihren Interessen genehme Ansprechpartner aufzubauen. Selbst das Apartheid-Regime in Südafrika musste einsehen, dass es an den legitimen Vertretern der Gegenseite nicht vorbeikommt. Die Freilassung Mandelas

war nur der Schlusspunkt eines langen Prozesses. Dies wird im Fall Öcalan nicht anders sein.

Auch nach elf Jahren hat sich an der Stellung Öcalans innerhalb der kurdischen Gesellschaft nichts geändert. Auf ihn geht die Vision zurück, die kurdische Frage im Rahmen der Demokratisierung der Türkei zu lösen. Ihm ist es zu verdanken, dass die Eigendynamik eines bewaffneten Konflikts nicht über die Politik obsiegt hat. Mit konstruktiven Thesen und Vorschlägen hat er es verstanden, die kurdische Freiheitsbewegung auf eine realistische Lösungsperspektive auszurichten.

Die Politik des Machbaren bedarf moderater Ansprechpartner. Öcalan ist ein solcher Ansprechpartner. Er hat gezeigt, dass er zu weit gehender Flexibilität fähig ist, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren. Ein möglicher Friedensprozess braucht Akteure mit Visionen, ohne diese lassen sich festgefahrene Positionen nicht überwinden. Öcalan ist der Visionär, den der Friedensprozess in der Türkei braucht. Der direkte Dialog mit dem Kurdenführer ist, früher oder später, unausweichlich. Dafür bedarf es Mut und Beständigkeit, auch in der Türkei.

Ein erster Schritt wäre die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen, denen der Kurdenführer seit elf Jahren auf der Gefängnisinsel Imralı ausgesetzt ist, und die Überführung Öcalans in einen „Hausarrest", in dem ihm die Korrespondenz mit allen Akteuren im Konflikt gestattet ist. Nur so kann Abdullah Öcalan die Rolle ausfüllen, die er zu spielen fähig ist: als einer der Architekten einer friedlichen Lösung des Konflikts und einer gemeinsamen Perspektive von Türken und Kurden.

Dieses Ziel teilt die Internationale Initiative, hierfür setzen wir uns ein.

14. Februar 2010

Internationale Initiative
Freiheit für Öcalan – Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Telefon: +49 221 130 15 59
Fax: +49 221 790 76 10 30
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
URL: www.freedom-for-ocalan.com



Nachdem die 15.-Februar-Proteste in fast allen Ortschaften von der Polizei und der Jandarma brutal angegriffen worden waren, setzten sich vor allem die Jugendlichen gegen die Sicherheitskräfte zur Wehr. Foto: DIHA

Eine Verschwörung gegen den Frieden

Abdullah Öcalan, II. Kolumne in „il manifesto", 13.02.2010

In ihrer Geschichte war die Menschheit oft Zeuge von politischen Verschwörungen und Intrigen. Seit Urzeiten nutzen herrschende Mächte Verschwörungen als ein Mittel zum Machterhalt. Dafür finden sich zahlreiche Beispiele, ob bei den Sumerern oder auch im Römischen Reich. Dies bildet den historischen Hintergrund für die Verschwörungen, denen das kurdische Volk oftmals zum Opfer fiel.

Die internationale Verschwörung, die zu meiner Entführung am 15. Februar 1999 in die Türkei führte, halte ich für eines der wichtigsten Ereignisse in der intriganten Tradition der herrschenden Mächte. Meine Odyssee durch Europa begann am 9. Oktober 1998 mit meiner Ausreise aus Syrien. Sie führte mich nach Athen, Russland und Italien. Von dort aus war ich gezwungen, wieder nach Russland und von dort aus nach Griechenland zurückzukehren. Ihr Ende fand sie mit meiner Entführung aus Kenia. Ich rede von einer internationalen Verschwörung, weil der gesamte Vorgang, an dem eine Koalition von Mächten vierer Kontinente beteiligt war, außer politischen Ränkespielen und wirtschaftlichen Interessen auch eine komplexe Gemengelage aus Verrat, Gewalt und Täuschung enthielt.

Obwohl seither elf Jahre vergangen sind, glaube ich, dass diese internationale Verschwörung, die sich in meiner Person gegen das kurdische Volk richtete, auch heute noch von Interesse ist. Ihre Ursachen und Folgen zu verstehen kann zur Erhellung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse beitragen.

Das primäre Ziel des Hauptakteurs, der USA, war zweifellos, unsere Befreiungsbewegung zu liquidieren. Die USA beabsichtigten mit ihrem Greater Middle East Project den Nationalismus zu schüren und neue kleine Nationalstaaten zu schaffen, um den Mittleren Osten noch auf Jahrzehnte hinaus beherrschen zu können. In einem solchen Projekt ist natürlich kein Platz für Befreiungsbewegungen. Daher besteht eine direkte Verbindung zwischen ihrem Greater Middle East Project und meiner Auslieferung an die Türkei. Die Ereignisse seit 2003 bestärken mich in dieser Ansicht. Gegenüber einem Mächtegleichgewicht, das nur die Wahl zwischen herrschenden internationalen Mächten oder regionalen reaktionären Kräften lässt, verkörpern wir einen dritten Weg, eine wirkliche Alternative, was uns zur Zielscheibe für ideologische und politische Angriffe macht.

Neben diesem Hauptanliegen waren zwei weitere Ziele von Relevanz. Einerseits erhoffte man sich von meinem Tod oder meiner Reaktion auf die Auslieferung eine Ethnisierung des Konflikts, d. h. einen Krieg zwischen Türken und Kurden an sich. Das, was wir heute im Irak beobachten, war eigentlich für die Türkei vorgesehen. Durch eine Schwächung auf allen Ebenen – politisch wie wirtschaftlich – sollte die Türkei vollständig an die USA gebunden werden. Mein besonnenes Handeln und Eintreten für eine friedliche Lösung vereitelte diesen Plan. Eine „Irakisierung" der Türkei konnte verhindert werden. Mit all meinen Kräften setzte ich mich für eine friedliche Lösung ein. Ich tat dies freiwillig, weil ich überzeugt war, dass nur dies im Interesse der Völker liegt. Aber auch, weil ich mir immer eine unabhängige und freiheitliche Haltung bewahrt habe. Gerade das war der Grund, warum wir ihnen ein Dorn im Auge waren. Die kurdische Freiheitsbewegung hat ihren zwanzigjährigen Kampf stets als Verteidigung der Geschwisterlichkeit des türkischen und kurdischen sowie aller Völker des Mittleren Ostens verstanden. Stets verfolgte sie dabei das Ziel einer demokratischen Einheit. Dabei stützten wir uns auf unsere eigene Kraft und unseren eigenen freien Willen. Sorgsam waren wir immer darum bemüht, unsere eigene Souveränität zu bewahren. Aus diesem Grunde setzte ich unsere seit 1993 betriebene Politik einer demokratischen und friedlichen Lösung trotz der äußerst kritischen Situation fort. Dies entsprach unserer Linie; es war unsere Antwort auf die Verschwörung. Wenn sie also ihr Ziel nicht vollständig erreichen konnte, ist dies in Hauptsache unserer Friedensstrategie für eine demokratische Lösung geschuldet.

Andererseits hatte die genannte politische Verschwörung auch eine wirtschaftliche Dimension. Stets habe ich darauf hingewiesen, dass das Erdgaspipeline-Projekt Blue Stream, welches Bestandteil dieses ökonomischen Beziehungsgeflechts ist, besonders beleuchtet werden muss. Blue Stream ist eine große Pipeline, welche russisches Gas unter dem Schwarzen Meer hindurch in die Türkei befördert. Kürzlich erfuhr ich durch meine Anwälte von einem Artikel in einer türkischen Zeitung, in dem ein damals führender Beamter zugab, dass dieses Projekt, welches aufgrund für die Türkei ungünstiger Konditionen gestoppt worden war, nach meiner Ausweisung aus Russland am 12. November 1998 auf Anweisung der türkischen Regierung plötzlich umgesetzt wurde. Dies habe das Schicksal für dieses Projekt gewendet. Weiter führte dieser Beamte aus, dass nach meiner Ausreise aus Italien die italienische Firma ENI an dem Projekt beteiligt wurde. Allein dieses

Beispiel zeigt, wie im Zusammenhang mit meiner Person auf dem Rücken des kurdischen Volkes wirtschaftliche Abkommen geschlossen werden. Sicherlich reichen diese schmutzigen Beziehungen noch wesentlich weiter als bisher aufgedeckt werden konnte.

Stellungnahme der Redaktion von „il manifesto"

Am 9. Januar hat Il Manifesto einen Artikel des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan veröffentlicht. Man hat uns gefragt, wie wir ihn erhalten haben, und so angesichts der Haftbedingungen Öcalans dessen Authentizität infrage gestellt. Als Journalisten sind wir verpflichtet, unsere Quellen zu schützen. Es liegt jedoch auf der Hand, dass Öcalans Texte weder durch die normale Post noch per E-Mail nach Italien gelangen.

Manche beschuldigen uns, ein Sprachrohr für Terroristen zu sein. Jeder und jede kann über Öcalan wie über jede andere Person denken, was er oder sie will. Il Manifesto hat traditionell Menschen das Wort gegeben, die einige „unbequem" fanden, andere als „Terroristen" abstempelten. In der jüngeren Vergangenheit haben der Vorsitzende von Sinn Féin, Gerry Adams, und sein Stellvertreter, Martin McGuinness, in dieser Zeitung geschrieben, um über den Frieden zu reden und ihre Vorschläge für einen gerechten und dauerhaften Frieden im Norden Irlands zu erläutern. Viele hielten Gerry Adams für nichts weniger als den Teufel. Martin McGuinness (als IRA-Kommandant) war noch schlimmer. Heute ist Martin McGuinness der stellvertretende Ministerpräsident einer von Unionisten geführten Regierung. Natürlich bedeutet Frieden mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg, und der Norden Irlands steht vor vielen Problemen. Doch heute werden diese Probleme benannt und über mögliche Lösungen diskutiert, am Tisch und nicht mit Waffen. Auch Nelson Mandela wurde als Terrorist betrachtet. Doch der Frieden in Südafrika konnte nur geschaffen werden ausgehend vom Dialog mit denen, die als „Feinde" betrachtet wurden.

Die kurdische Frage ist 1998 in Italien gelandet, als Öcalan selbst in Rom eintraf und nur eines im Sinn hatte: die Problematik des kurdisch-türkischen Konflikts in das Herz Europas zu tragen. Wir haben es immer wieder geschrieben: Damals vergab Europa eine Gelegenheit, zur Suche nach einer friedlichen Lösung für diesen Konflikt etwas beizutragen.

Deswegen haben wir am 9. Januar 2010 Abdullah Öcalans Artikel veröffentlicht, und wir werden weiterhin seine Artikel publizieren in der Gewissheit, dass dies ein kleiner Schritt auf dem schwierigen Weg zum Frieden sein könnte.

Redaktion „il manifesto"

Die europäischen Staaten behaupten immer wieder, Demokratie und Menschenrechte zu repräsentieren. Dass sie mir jedoch alle Türen versperrten und keinen wirklichen Versuch unternahmen, eine konstruktive Rolle bei der Lösung der kurdischen Frage zu spielen, sondern sich vielmehr den USA und der NATO beugten und so als Schauplatz der Verschwörung einen unglücklichen und dramatischen Part übernahmen, demonstrierte ein weiteres Mal das wahre Gesicht des europäischen Systems.

Die griechische Regierung spielte in diesem Zusammenhang eine ganz besondere Rolle. Als ich auf Einladung einiger Freunde nach Griechenland kam und unter Bruch nationalen und internationalen Rechts nach Kenia entführt wurde, zeigte sich, dass diesem Land die schmutzigste Rolle zugeteilt worden war. Hier zeigten sich am deutlichsten die Lügen, der Verrat und die Heuchelei, welche den Begriff der Verschwörung ausmachen.

Italien dagegen verhielt sich im Vergleich zu den anderen Ländern ein wenig positiver. Doch auch dort wurde ich abgeschirmt und es wurde alles unternommen, um mich loszuwerden. So glaube ich, dass während meines Aufenthalts in Rom eine Einheit der Gladio, gegen welche die italienische Regierung machtlos war, eine entscheidende Rolle spielte. Die italienische Regierung besaß also nicht das nötige Selbstvertrauen und die nötige Stärke, um selbst zu entscheiden. Trotzdem muss ich positiv festhalten, dass sie im Gegensatz zur griechischen Regierung die gesamte Entwicklung nach meiner Ankunft im Rahmen des Rechts behandelte.

Noch einmal möchte ich betonen, dass ich alles dafür tun will, diesen Machenschaften Frieden und eine demokratische Lösung entgegenzusetzen. Dass die Türkei wie in der Vergangenheit auf unsere Friedensbemühungen nicht reagiert, sondern eine Strategie verfolgt, die auf die Liquidierung der Befreiungsbewegung setzt, können wir auch als Fortsetzung der internationalen Verschwörung interpretieren. Insofern ist die Strategie von Frieden und Demokratie nicht nur für die Kurden, sondern für alle Völker des Mittleren Ostens wichtig.

Die damaligen Verschwörer, die nationalen und internationalen reaktionären Kräfte, halten nach wie vor die Fäden in der Hand. Doch auch die Kräfte, die den Kampf für Demokratie und Freiheit führen, werden genauso wie das kurdische Volk diesen Kampf fortsetzen und auf ihrem Weg entschlossen und voller Überzeugung weiter voranschreiten. Das Ausmaß dieser Verschwörung hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Unterdrückten und die Völker der Welt der „globalen Offensive" des Kapitalismus ihre eigene „globale Demokratie" entgegensetzen und diese Position weiter stärken. Dazu stehe ich damals wie heute. ♦

Veröffentlicht von und bei: Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan"; http://www.freedom-for-ocalan.com/
Die erste Kolumne Abdullah Öcalans vom 9. Januar ist ebenso auf der Website der Initiative zu finden.

KCK legt Vorschläge für eine anhaltende Friedensphase vor

Trotz negativer Bedingungen eine konstruktive Deklaration der KCK

Fuat Kav, Journalist

Die KurdInnen sind das in Anatolien und Mesopotamien am meisten verachtete und ausgebeutete Volk. Nur allzu oft wurden sie kollektiv ins Exil verbannt und massakriert. Es gibt niemand, keine Nation, keinen Staat, gar keine Politikerin/keinen Politiker, die oder der sich dessen nicht bewusst ist. Nicht nur die Staaten und PolitikerInnen im Mittleren Osten, sondern auch in Amerika, Afrika und Europa wissen, was den KurdInnen widerfahren ist. Dieses Wissen rührt nicht nur daher, dass es sich um Staaten und PolitikerInnen handelt, sondern dass sie – wenn nicht erstgradig, dann zweit- oder drittgradig – Verantwortung für die Kriege gegen die KurdInnen tragen. Viele dieser Staaten haben selbst an den Spielchen gegen die KurdInnen teilgenommen. Oder sind gar in der türkischen Vernichtungs- und Verleugnungspolitik gegen die KurdInnen in eine Position geraten, in der sie direkt Verantwortung tragen.

Vielleicht handelt es sich hierbei auch um einen der Gründe dafür, dass der Krieg zwischen KurdInnen und türkischem Staat seit so langer Zeit immer noch währt. Ansonsten wäre der türkische Staat nicht in der Lage gewesen, diesen Krieg so lange auszuhalten. Seine wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Krise hätte ihn gezwungen, diesen Konflikt zu überwinden. Jedoch haben ihn die umfassende Unterstützung durch die USA und europäische Staaten, alljährliche hohe finanzielle und politische Hilfen ermutigt, und sie haben mit sich gebracht, dass er im schmutzigen Krieg gegen die KurdInnen keinerlei Bedenken hegt.

Die KurdInnen sind sich dieser Politik der USA, der europäischen Staaten und der Türkei sehr wohl bewusst. Doch trotzdem haben sie sich nicht auf die Seite des Krieges, sondern auf die Seite des Friedens gestellt. Vor allem die seit zehn Jahren verfolgte kurdische Politik ist in diesem Rahmen einzuordnen. Die neue Strategie des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan zielt auf Frieden ab.

Dass die KurdInnen wirklich trotz aller negativen Maßnahmen weiterhin Schritte für den Frieden gehen, um statt Feindschaft und Hass Liebe zu nähren, Freundschaft zu stärken, den Gedanken der Geschwisterlichkeit und des gemeinsamen Lebens zu vertiefen, ist auch mit der aktuellen Erklärung der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK deutlich geworden.

Die KurdInnen versuchen wider die Angriffe und Provokationen der monopolisierten Politik und des zivilen Faschismus das zu tun, was sie tun müssen.

Sie leisten Widerstand gegen die Kriegspolitik von AKP, Militär und anderen politischen Gruppen, die ihre Existenz auf diesen Krieg gründen. Sie leisten Widerstand für den Frieden. Seit dem Tag, an dem die kurdische Bewegung den Frieden zum Ziel erklärt hat, verhält sie sich wirklich sensibel. Deutlich ist geworden, dass sie sich auch in Zukunft so verhalten wird.

Die von der KCK an die Öffentlichkeit gebrachte Erklärung ist ein Zeichen hierfür. Seit von kurdischer Seite ein einseitiger Waffenstillstand erklärt wurde, sind die kurdischen GuerillakämpferInnen ständig angegriffen worden. Das Liquidationskonzept wurde vertieft und seit April geht eine nie gesehene Verhaftungswelle über kurdische PolitikerInnen hinweg. Trotz dieser negativen Bedingungen bietet die konstruktive Deklaration der KCK die Möglichkeit, den Waffenstillstand weiter bestehen zu lassen. Dass diese einseitige Waffenruhe nicht aufgekündigt wurde, oder besser gesagt, dass die kurdische Seite ihre Nichtangriffsposition weiterhin aufrechterhält, ist als hohes Verantwortungsbewusstsein zu verstehen. Es gibt KommentatorInnen, die der Meinung sind, dass die KCK-Deklaration die größte Unterstützung für die „kurdische Öffnung“ und den türkischen Staat darstellt.

Das ist auch richtig. Niemand hatte eine solche Erklärung von der KCK erwartet. Erwartet wurde, dass der einseitige Waffenstillstand beendet wird. Aber so kam es nicht. So hat die KCK dem türkischen Staat, besser gesagt: der AKP und Premierminister Erdoğan, erneut den Ball zugespielt.

Der liegt nun wieder bei der politischen Macht. Die kurdische Seite hat den Ball mit den Worten gespielt: „Wir sagten Frieden, ihr habt auf Krieg beharrt. Wir zeigten Opferbereitschaft, ihr seid das Risiko nicht eingegangen. Wir sagten Geschwisterlichkeit, ihr habt euch angriffslustig verhalten. Wir sprachen vom Frieden zwischen zwei Völkern, ihr habt auf unser Verschwinden angestoßen. Wir erklärten den Waffenstillstand, ihr habt Operation auf Operation folgen lassen. Wir sagten, die Gesundheit Öcalans ist die Gesundheit der KurdInnen, ihr habt ihn vergiftet und nahezu jeden Tag neue Spielchen veranstaltet.“

Die KCK unterbreitet mit ihrer Erklärung auch sehr konkrete Vorschläge für die Schaffung einer anhaltenden und ununterbrochenen Friedensphase:
1. Dass beide Seiten ihre Finger vom Abzug nehmen, die Waffen zum Schweigen gebracht werden. Die Beendigung der politischen und militärischen Operationen, der Verhaftungen und der Lynchangriffe. Respekt gegenüber dem kurdischen Volk.
2. Die Freilassung aller kurdischen PolitikerInnen, BürgermeisterInnen und Führungspersonen, die seit dem 14. April 2009 festgenommen worden sind. Die Beendigung der fortgesetzten Menschenjagd auf KurdInnen.
3. Die Beendigung der harten Isolationshaftbedingungen gegen Öcalan, seine Verlegung in einen Hausarrest, dass er als von KurdInnen respektierte Führungspersönlichkeit wahrgenommen wird und Kränkungen vermieden werden.
4. Für die Umwandlung der jetzigen Phase in eine wirkliche Friedensphase sollen beide Seiten Opferbereitschaft zeigen. Im Rahmen eines Konzepts soll versucht werden, Verhandlungen zu führen. Gegenseitiger Respekt soll gewahrt werden. Von gegenseitigen Schmutzkampagnen soll Abstand genommen werden.



Jeden Samstag fragen Angehörige nach den Verschwundenen: „Wo sind diese Menschen?“ Foto: DIHA

Über diese Hauptartikel hinaus formuliert die KCK drei grundsätzliche Prinzipien für eine wahre Zusammenkunft, eine auf Gerechtigkeit gestützte Einheit und das Zusammenleben der türkischen und kurdischen Gesellschaft.

Murat Karayılan, der im Namen der KCK die Erklärung vortrug, drückte diese Prinzipien wie folgt aus:
Erstens; eine demokratische Nation, in der keine Identität herrschend und privilegiert ist.
Zweitens; eine demokratische Heimat, in der jede Gesellschaft frei leben kann und beheimatet ist.
Drittens; eine demokratische Republik, in der Grenzen nicht problematisiert werden, die nationalen und politischen Rechte der Gesellschaft auf demokratische Weise anerkannt werden.

Kann es etwas Natürlicheres geben als diese Prinzipien? Ist es so schwer, diese drei Prinzipien umzusetzen, damit ein Krieg beendet wird, ein seit dreißig Jahren andauernder blutiger Konflikt ein Ende findet und zwei Völker geschwisterlich zusammenleben?

Können beide Völker, das kurdische und das türkische, sowie alle anderen ethnischen und religiösen Gruppen als eine demokratische Nation, als Mosaik in einer gemeinsamen Heimat und demokratischen Republik nicht frei leben?

Natürlich können sie das. Aber dafür müssen die verleugnende Geisteshaltung, das klassische Verständnis, das Unterschiedlichkeiten als Gefahr ansieht, und die Staatstradition, die Demokratie und Freiheit aussperrt, endgültig aufgegeben werden.

Sollte der Türkei dies gelingen, sollten diese drei Prinzipien berücksichtigt werden, dann können wir gleich heute damit beginnen, die Zukunft aufzubauen. Sollte es ihr jedoch nicht gelingen und sollte sie diese Prinzipien nicht berücksichtigen, dann könnte genau das Gegenteil geschehen.

Aber damit die Türkei sich selbst neu bewertet und ihre verleugnende Haltung und Politik beiseite lässt, müssen ihre internationalen Partner sie warnen und ihre Aufmerksamkeit auf den Frieden als Ziel richten. Die USA als ihre strategischen Freunde und die europäischen Staaten als ihre Verbündeten müssen in dieser Sache eine neue Politik verfolgen. Vor allem müssen sie aufhören, alles im Rahmen wirtschaftlicher Interessen zu bewerten. Bei der kurdischen Frage handelt es sich zugleich um eine Europa-Frage, eine Frage der kapitalistischen Zivilisation. Diese Frage betrifft und beeinflusst alle. Diese Frage wird so lange existieren, wie die KurdInnen nicht befreit werden und ihre Rechte nicht erhalten. In diesem Sinne muss auch Europa seine Fehler beenden und wiedergutmachen. Die historische Verantwortung verlangt dies. ♦

Karayılan: Eine falsche Haltung gegenüber der Friedens- und Demokratie-Deklaration bedeutet Krieg!

Die kurdische Frage langfristig lösen

Halit Ermiş, ANF 08. Februar 2010

Behdinan – Der KCK-Exekutivratsvorsitzende Murat Karayılan bewertete im Interview mit der Nachrichtenagentur Fırat (ANF) die Haltung gegenüber der Friedens- und Demokratie-Deklaration, die am 2. Februar veröffentlicht wurde, die Kriegsstrategie der Türkei und zuletzt die internationale Zusammenarbeit gegen die KurdInnen.

ANF: Sie haben letzte Woche mit einer Deklaration Ihre Forderungen der Öffentlichkeit dargelegt. Trotzdem hat der türkische Staat bisher weder auf die Waffenruhe, die Sie ausgerufen haben, noch auf die Forderung nach einer demokratischen Lösung geantwortet. Was ist der Grund Ihres Beharrens auf Frieden, trotz der negativen Haltung des türkischen Staats?

Karayılan: Es ist eine Tatsache, dass wir als Bewegung auf der Lösung der kurdischen Frage mit friedlichen Methoden beharren. Dieses Beharren hat wichtige Gründe. Als Allererstes kann man an diesem Punkt sagen, dass wir die kurdische Frage als gesellschaftliches Problem betrachten und die Frage nicht wie der türkische Staat angehen, der behauptet, dass das Problem mit Druck, Assimilation und Gewalt zu lösen sei. Wir wissen sehr gut, dass das Problem einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Hintergrund hat. Die kurdische Frage ist eine Frage des Mittleren Ostens und natürlich der Türkei. Genauso, wie im Irak eine Perspektive für eine Lösung gesucht wird, muss dies auch in der Türkei, im Iran und in Syrien geschehen.

Auf der einen Seite wird die Lösung der kurdischen Frage thematisiert, auf der anderen Seite wird weiterhin Druck auf die KurdInnen ausgeübt und auf Assimilation beharrt. Diese Politik wird ergebnislos bleiben, denn sie hat keine Substanz. Mit dieser Haltung hat der türkische Staat in den letzten Jahrzehnten Ergebnisse erzielt, doch sind diese „Ergebnisse“ ein Hindernis bzw. ein dunkler Fleck in der Geschichte der Türkei. Diese Methoden wurden auch gegen das kurdische Volk angewandt und waren nicht erfolgreich. Der Grund für die Erfolglosigkeit liegt in der Besonderheit des kurdischen Volkes wie z. B. der großen Bevölkerungszahl sowie der geschichtlichen und kulturellen Eigenheiten.

Einer der Gründe, warum unsere Bewegung trotz aller Hindernisse auf einer Lösung beharrt, ist die Tatsache, dass dieses Problem historische Wurzeln hat. Der türkische Staat hat nationale und internationale Initiativen ins Leben gerufen, um unsere Bewegung zu vernichten, doch blieb er ohne Erfolg.

Gewalt hat natürlich eine wichtige Rolle gespielt. Doch hat die Gewalt in Sachen kurdische Frage ausgedient. Wir denken, dass dieses Problem nicht mit Gewalt, sondern nur mit zivilisierten Mitteln gelöst werden kann. Das ist für uns eine Strategie. Wir zielen darauf ab, dass das kurdische Volk in Freiheit und Gleichheit leben kann, wie die Nachbarvölker.

Außerdem besteht noch die große Verantwortung, die der Vorsitzende Apo gegenüber den Völkern der Region verspürt. Wenn diese Verantwortung nicht vorhanden wäre, dann könnten wir eine solche Strategie nicht umsetzen. Regierungen sind vielleicht skrupellos gegenüber anderen Völkern und suchen nur ihren eigenen Vorteil, doch wir haben uns eine ethische Politik zum Prinzip gemacht. Daher beharren wir auf einer friedlichen Lösung. Doch es gibt Personen und Kreise, die sich als allwissend bzw. zu Spezialisten bestimmter Fragen erklären. Diese führen unsere Strategie der Gewaltlosigkeit auf unsere angebliche Schwäche zurück. Die Theorie dahinter heißt dann: „Die PKK hat im Mittleren Osten Probleme, die Möglichkeiten der PKK werden immer geringer; internationale Mächte haben entschieden – die PKK wird bald weg sein, daher versteckt sie sich hinter dieser Taktik.“ Hinter dieser Haltung steckt das Streben nach Krieg.

Die kurdischen FreiheitskämpferInnen haben sich in ganz Kurdistan verbreitet. Der türkische Staat versuchte uns in Südkurdistan zu umzingeln und zu vernichten. Die Guerilla, die sich in allen Teilen an strategischen Orten platziert hat, kann auch durch einen jahrzehntelangen Krieg nicht vernichtet werden. Keine Macht kann die Guerilla, die vom Volk unterstützt wird, die sich im Gelände bestens auskennt, die unabhängig ihre Ideologie und ihre Philosophie entwickelt, aus Kurdistan herausdrängen. Die Guerilla hat eine 26-jährige Erfahrung, sie kontrolliert das Gebiet und hat ihre Kriegsfüh-

rung weiterentwickelt. Die Guerilla hat auf dem Wege zur Professionalisierung wichtige Schritte gemacht. Das ist ein Grund, wieso wir auf friedlichen Methoden beharren. Doch wenn diese Schritte nicht ernst genommen werden und wieder Krieg erklärt wird, dann sollen sie kommen. Wer kommt, wird auch was zu sehen haben [*türkisches Sprichwort: gelecekleri varsa görecekleri de vardır*].

In Ihrer Deklaration haben Sie im Rahmen der demokratischen Nation und Republik und des demokratischen Vaterlands drei Prinzipien für einen Lösungsweg der kurdischen Frage dargelegt. Können Sie uns diese Prinzipien erläutern? Welches System bzw. welches Gesellschaftsmodell sehen Sie vor?

Unser Vorschlag beruht auf einem Modell, in dem alle Teile der Gesellschaft geschwisterlich, in Gleichheit und Freiheit leben. Dies bedeutet also, dass das demokratische Leben und die demokratische Kultur systematisiert werden. Die Identität und die Heimat sind für eine Gesellschaft unverzichtbar. Jede Gesellschaft lebt in einem Land, da sie ja nicht auf den Wolken leben kann. Ein ganz natürlicher gesellschaftlicher Faktor kann nicht einfach mit Gewalt und Zwang beseitigt werden. Keine Kultur, keine Identität, kein Land – kurz: keine Eigenschaft einer Gesellschaft kann einfach verleugnet werden.

Die demokratische Nation ist eine, in der keine Identität vorherrschend ist. In ihr grenzt keine die andere aus; es ist eine demokratische Gesellschaftsform. Es ist sehr wichtig, dass das richtig verstanden wird. Wir denken, dass in der demokratischen Nation alle Identitäten in Gleichheit und Freiheit leben können. Wenn eine Identität über die andere gestellt wird, kann keine Gleichheit oder Freiheit herrschen. In der Türkei wird zu den KurdInnen gesagt, dass sie gleichgestellt bzw. Geschwister seien. Aber gleichzeitig wird die Sprache verboten, es ist verboten, „Kurdistan“ zu sagen etc. Was ist das für eine Geschwisterlichkeit? Funktioniert so Geschwisterlichkeit? Wir sprechen von wahrer Geschwisterlichkeit und Gleichheit. Das geeignete Modell ist das der demokratischen Nation.

Das demokratische Land ist eines, das nicht die Heimat einer Gesellschaft verleugnet und die offiziellen Grenzen des Landes berücksichtigt. Ein demokratisches und freies Land, in dem Vielfältigkeit und Geschwisterlichkeit vorhanden sind. Mit einem solchen Modell können wir das gemeinsame Leben der Völker entwickeln. Indem der Name des Landes einer Gemeinschaft verboten wird, wird sich kein demokratisches Land bzw. keine demokratische Gesellschaft entfalten.

Die Türkei hat heute eine unitäre Einheit. Aber diese Einheit wird von ca. einer halben Million Soldaten verteidigt. Überall in Kurdistan sind Polizeistationen bzw. überall sind Kontrollen. Überall sind Inspektionen, Agenten, Dorfschützer, Banden, Mafia, Gewalt, Druck und Folter. Das ist keine Einheit. Eine Einheit kann nur geschaffen werden, wenn die Gesellschaften sich gegenseitig respektieren und ein demokratisches Leben mit ihrer aller Identität, Kultur und ihrer Heimat aufgebaut wird. Dies nennen wir die demokratische Republik.

Zweifellos ist das ein Modell, das die Gesellschaft demokratisiert. Es sind nicht nur wichtige Prinzipien für die Lösung der kurdischen Frage, sondern auch für die Demokratisierung der Türkei. Wir sagen, dass die kurdische Frage auf dieser Basis langfristig gelöst werden kann.

Diese Lösung hat dann auch Einfluss auf die Verfassung und auf die politische Mentalität.

Ihre Deklaration hat in der Türkei und in Kurdistan viel Resonanz gefunden. Verschiedene Intellektuelle, PolitikerInnen und Persönlichkeiten nannten sie eine neue Chance und sind der Meinung, dass der türkische Staat die Deklaration unbedingt positiv beantworten müsse. Welche Mission haben diese Kreise für die Weiterführung des Prozesses?

Die veröffentlichte Deklaration ist für ganz Kurdistan und die Türkei sehr wichtig. Natürlich ist die Meinung der Intellektuellen und PolitikerInnen wichtig. Zumindest bedeutet die Reaktion, dass die Deklaration unterstützt wird. Das ist wichtig, aber nicht ausreichend. Was die Führung der AKP betrifft, ist die Türkei an einem wichtigen, aber auch gefährlichen Punkt angelangt. Es wurden zum ersten Mal so viele legale und demokratisch gewählte PolitikerInnen verhaftet. Ständig werden irgendwelche Putschpläne diskutiert, aber in Kurdistan wird der Putsch ausgeführt. Das ist Fakt.

Bei dem Putsch vom 12. September 1980 wurden zahlreiche Menschen verhaftet, es wurde Folter praktiziert und in jeden gesellschaftlichen Bereich wurde Gewalt hineingetragen. Aber nicht einmal damals wurden so viele PolitikerInnen verhaftet. Die Zahl der Verhaftungen war zwar hoch, aber die Verhafteten waren Mitglieder in illegalen Organisationen, bzw. deren SymphatisantInnen. Heute werden legale kurdische PolitikerInnen in Lagern versammelt. Es ist heutzutage nicht unmöglich, alle kurdischen PolitikerInnen in Verbindung mit der KCK zu bringen. Denn die Worte und Forderungen der KCK sind die gleichen wie die von HirtInnen, Geschäftsleuten, DorfbewohnerInnen und SchülerInnen. Die eigene Identität in Schutz zu nehmen, patriotisch zu sein und demokratische Politik zu machen, das wird gleichgestellt mit KCK-Mitgliedschaft. Das stimmt irgendwo auch, denn die Lösungsformel der KCK ist gleichzeitig die des Volkes. Doch ist Mitgliedschaft etwas anderes.

Wurden am 12. September so viele Kinder verhaftet und bekamen sie so hohe Haftstrafen? Nein! Aber die AKP-Regierung macht das heute. Das bedeutet also, dass die Situation, die die Junta gebracht hat, und der Ausnahmezustand eingeholt wurden.

Kurdische Kinder werden auf der einen Seite brutal ermordet und auf der anderen Seite zu hohen Haftstrafen verurteilt, die mit keinem Gewissen zu vereinbaren sind. Diese Gesellschaft wird in jeder Form verachtet. Jeden Tag werden Dinge

praktiziert, die den Rahmen der Geduld sprengen. Alle, die sich DemokratInnen, SozialistInnen, demokratische IslamistInnen nennen, müssen effektiver auf diese Realität reagieren, diese Sache angehen.

Die AKP-Regierung will die Gesellschaft übernehmen mit ihrer „kurdischen" oder „alevitischen Initiative". Diese „Initiative" ist ein Angriff auf die gesellschaftliche Realität bzw. auf deren Werte.

Wir sprechen also von einer Mentalität, die die Gesellschaft vernichten will bzw. mit ihren Werten spielt. Es ist viel mehr Engagement dagegen notwendig. Wir schlagen daher eine Demokratie-Konferenz vor. Alle demokratischen Kreise sollten eine Demokratie-Konferenz organisieren und sich zu einer Kraft vereinigen. Es scheint so, als ob wir Luftschlösser bauten, das ist mir schon klar. Aber diese Konferenz ist richtig und notwendig.

Wenn die demokratischen Kräfte in der Türkei effektiv werden wollen, dann müssen sie eine solche Konferenz entwickeln. Das ist eine wichtige Mission für die Demokratisierung der Türkei. Doch ist leider in dieser Richtung nicht besonders viel passiert. Denn eine Art Krankheit, in der alle nur an sich selbst denken, hat sich in den demokratischen Kreisen der Türkei entwickelt. Niemand denkt daran, Verantwortung zu übernehmen. Die Besten aus den linken, sozialistischen Kreisen können sagen: „Wir unterstützen die kurdische Freiheitsbewegung, doch haben wir unsere eigenen Ideen. Wir finden es eher angebracht, uns getrennt zu organisieren anstatt gemeinsam. Das ist unserer Meinung nach für uns und für die kurdische Freiheitsbewegung besser." So unterstützen sie nur von außen und packen nicht mit an. Das bedeutet eigentlich, sich vor der Verantwortung zu drücken. Gleichzeitig bedeutet es, die Möglichkeiten nicht zu nutzen. Wir finden diese Haltung nicht richtig. Denn als Außenstehender wird man nicht helfen können.

Die kurdische Bewegung und die demokratischen Bewegungen aus der Türkei brauchen Zusammenhalt. Man will eher in seinem kleinen Kreis bleiben und von da aus unterstützen. Dazu sagen wir auch nicht Nein. Aber dies bedeutet, sich vor Verantwortung zu drücken und die Türkei komplett der AKP zu überlassen. Insbesondere die Linke in der Türkei macht da einen Fehler. Trotz all unserer Kritik an der Linken, an den demokratischen Kreisen bzw. an den Liberalen haben wir es nicht geschafft, sie dazu zu bringen, sich diesem Prozess ohne Bedingungen zu widmen. Wenn sich nichts ändert, wird es auch weiter wenig Erfolg geben. Es wäre von großem Vorteil, wenn das bekannt wäre.

Die kurdische Freiheitsbewegung ist heute mit Millionen von AnhängerInnen eine bedeutende Kraft. Wenn die demokratische und sozialistische Bewegung in der Türkei eine bedeutende Kraft werden will, dann ist die kurdische Freiheitsbewegung eine wichtige Chance. Aber daran denkt nicht einmal jemand.

Doch haben wir Verantwortung. Wir können nicht auf diese so wichtigen „GenossInnen", die sich so leicht mit sich selbst, dem eigenem Heim, der eigenen Arbeit und Karriere beschäftigen, warten. Denn unsere Vernichtung wird geplant. Unser ganzes Volk ist in Gefahr. Im Mittleren Osten sowie in der Türkei haben wir immer noch das Problem dieser Realität. Kann dieser kulturelle und politische Genozid einen anderen Grund haben?

In naher Zukunft wird Kurdistan mit einem umfangreichen Militärangriff konfrontiert sein. Was kann es sonst bedeuten, dass die Türkei mit den USA so heiß flirtet und so tiefe Beziehungen mit dem Iran entwickelt? Die Vereinbarungen der Geheimdienste mit Israel, Amerika und dem Iran sind nicht umsonst. Das ist ein sehr gefährlicher Prozess. Gegen diesen Prozess müssen die genannten Kreise aktiv werden.

Was werden Sie tun, wenn der türkische Staat Ihre Forderungen noch einmal unbeantwortet lässt?

Die Deklaration war sehr wichtig. Wir hoffen, dass sie auch von der Regierung richtig aufgefasst wird. Wenn kein internationaler Druck bzw. Druck der demokratischen Kräfte ausgeübt wird, dann wird die AKP das Genannte nicht machen. Denn die AKP liegt wegen der Wahlen im Wettstreit mit der MHP. Die AKP-Regierung sieht ihre Zukunft in der Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung und einer Hinhaltetaktik gegenüber dem kurdischen Volk unter dem Namen „Initiative". Ein AKP-Vertreter namens Hüseyin Çelik gab das mit den Worten wieder: „Entweder lösen wir das Problem, oder das Problem löst uns." Die AKP-Regierung sieht es für ihre eigene Regierung als lebensnotwendig an, die kurdische Freiheitsbewegung zu vernichten. Es ist ersichtlich, dass hinter den Kulissen diese dreckigen Spielchen geplant werden. Die AKP befürchtet, dass sie sich nicht weiter am Leben halten könne, und versucht mit dieser Demagogie – mit der „Initiative" –, ihren Plan zu umzusetzen.

Wir kennen den Plan der AKP-Regierung und des Staates. Unsere Deklaration ist für Staat und Regierung eine Mahnung. Denn die jetzige Politik ist gefährlich und riecht nach Blut und Krieg. Die AKP strebt die Vernichtung der kurdischen Freiheitsbewegung an. Deswegen spielt sie mit der Ehre des kurdischen Volkes, deswegen dauern die Vernichtungsangriffe auf die demokratisch-politische Basis des Volkes an und deswegen beharren sie entschlossen auf dem politischen Genozid.

Keine Antwort oder eine negative Antwort auf unsere Deklaration wird die Fortführung des Krieges bedeuten. Es wird ein Vernichtungsversuch internationaler und regionaler Mächte sein. Was wird unsere Haltung dagegen sein? Natürlich Selbstverteidigung. Wer das nicht glaubt, wird es in der Praxis sehen. Wir sind keine Bewegung, die allein dasteht und keine Alternativen hat. Wir spielen heute im Mittleren Osten eine wichtige Rolle.

Dennoch heißt es immer noch „Terror" und Tausende von Menschen werden mit der Begründung „Mitgliedschaft in der KCK" festgenommen. Das bedeutet also, dass alle diese Politi-

kerInnen und die 2,5 Millionen Menschen, die diese gewählt haben, TerroristInnen sind.

Die Stellung und die Möglichkeiten unseres Volkes und die Werte, die unsere Bewegung geschaffen hat, haben die Kraft, allen Angriffen, die auf unseren Freiheitskampf abzielen, zu widerstehen. Unsere Haltung ist die demokratisch-politische Lösung. Wenn das nicht anerkannt wird und die Angriffe andauern, werden wir uns natürlich verteidigen. Die wichtigsten Aufgaben sind, den ideologischen, politischen, kulturellen, diplomatischen, organisatorischen Bereich und die Verteidigung zu stärken. Die Forderungen der Deklaration sind ernst.

Sie ist wichtig für die Gemeinschaften in Kurdistan und der Türkei. Der Politik der AKP muss ein Ende bereitet werden. Wenn sich an der Mentalität des Staates nichts ändert, bedeutet das wieder Gewalt und Militäroperationen. Wir werden in jeder Situation im Vorteil sein. Das ist klar. Unser Volk und unsere FreundInnen können darauf vertrauen.

Im Europaparlament wurde die 6. kurdische Konferenz abgehalten. Dort wurde intensiv über die demokratische Lösung der kurdischen Frage diskutiert. In den Diskussionen wurde gesagt, dass Diskussionen über eine Lösung sofort begonnen werden sollten und die PKK sollte von der Terrorliste gestrichen werden. Wie schätzen Sie die 6. kurdische Konferenz im Hinblick auf die Lösung des Problems ein? Welche Aufgaben fallen diesen Kreisen zu?

Die Diskussionen, die auf der 6. kurdischen Konferenz stattgefunden haben, sind wertvoll. Im Besonderen ist es wichtig, welche Beiträge TeilnehmerInnen als Perspektive entwickelt haben. Es war positiv, dass die Diskussion um Frieden und einen beidseitigen Waffenstillstand geführt wurde. Das sind Haltungen, die wir unterstützen. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind solche Aufrufe, die keine reellen Auswirkungen haben, nicht mehr relevant. Das heißt also, generell ist die Haltung positiv, aber heute benötigt man eine aktivere Herangehensweise.

Im Europaparlament wurden bisher sechs Konferenzen abgehalten. Fast jedes Jahr kommen die gleichen Diskussionen zustande. Meiner Meinung nach wiederholen sie sich. Natürlich rede ich solch eine Diskussion nicht klein. Dieses Jahr z. B. ist von den TeilnehmerInnen und SprecherInnen ein wichtiger Schritt gemacht worden. Jedoch sind solche Aufrufe und Versammlungen in der kurdischen Frage nicht maßgebend. Diese Konferenz findet im Europaparlament, also mit Unterstützung Europas statt. Aber sogar im Europaparlament wird das Vernichtungskonzept des türkischen Staats als normal betrachtet. Wenn die kurdische Freiheitsbewegung ganz verboten und auf die Terrorliste gesetzt wird, dann bedeutet das, dass sie den Staatsterror und die Operationen – also den Krieg – unterstützen. Das ist die Situation Europas bzw. des Europaparlaments, das ist ganz klar.

Hier ist eine ernstere Politik vonnöten. Alle müssen das beitragen, was sie können. Jede Politik, die nur eine Hinhaltetaktik ist, muss beendet werden.

Wir wollen auch Folgendes wissen: Sind die EU und das Europaparlament für die demokratische Lösung oder nicht? Wenn ja, dann müssten sie gegen jede Art von Gewalt stehen. Die kurdische Nation ist eine Realität. Die geforderten gesellschaftlichen Rechte sind legitim. Beide Seiten müssen die Gewalt beenden und die Probleme auf demokratische Weise lösen. Dafür müssen sie eine Initiative entwickeln. Bisher fehlt diese. Wenn eine Konferenz das Genannte hervorbringen kann, dann gewinnt sie an historischem Wert. Aber so, wie es sich im Moment darstellt, ist sie ohne Bedeutung.

Wenn der Politik der AKP nicht der Weg verstellt wird, wird es in Kurdistan keine Lösung geben. Daher muss eine klare Haltung eingenommen werden. Wir sagen das auch der türkischen demokratischen Öffentlichkeit; auch der europäischen und der internationalen.

Es wird viel geredet, aber der türkische Staat setzt sein Vernichtungskonzept Schritt für Schritt unter dem Namen „demokratische Initiative" um. Daher reicht es nicht mehr aus, sich still zu verhalten und leise die demokratische Wende zu fordern. Alle müssen sich mit voller Kraft für die demokratische Lösung einsetzen. Alle müssen Verantwortung übernehmen und wenn es sein muss, dann sogar ein Risiko. Wenn das nicht geschieht, dann wird es – wie im Moment – in einer Sackgasse bleiben.



15.-Februar-Protest am 13.2. in Strasbourg Foto: ANF

Wir sagen zu denen, die der Meinung sind, dass die KurdInnen Opferbereitschaft zeigen müssen: Zeigt etwas Mitgefühl. Alles, was die KurdInnen haben, ist zur Zielscheibe geworden, aber immer noch wird Opferbereitschaft gefordert. An diesem Punkt muss auch etwas Empathie gezeigt werden. Wir sind eine Bewegung und ein Volk, die einer Vernichtungspolitik ausgesetzt sind. So viele Menschen wurden festgenommen. Wir haben keinerlei Gerechtigkeit erfahren. Trotzdem heißt es „bleibt still" und „zeigt Opferbereitschaft". Wir finden das nicht richtig.



15.-Februar-Protest in Hewler, Südkurdistan Foto: DIHA

Wir haben Respekt vor allen, die sich für das Thema interessieren, aber wir müssen auch sagen, dass ein unumkehrbarer Prozess ansteht, wenn dieser Phase kein Einhalt geboten wird. Weiter muss gesagt werden, dass die EU und das Europaparlament auch Verantwortung tragen und dieser nachkommen müssen. Denn europäische Staaten haben dazu beigetragen, dass die kurdische Frage überhaupt aufgekommen ist. Alle Initiativen bleiben bedeutungslos, solange keine Haltung gegenüber den faschistischen Zügen des türkischen Staates entwickelt wird. Das möchte ich besonders unterstreichen.

US-Verteidigungsminister Robert Gates wurde in Ankara vom Staatspräsidenten und dem Premierminister empfangen. Es gab auch Gespräche mit dem Verteidigungsminister. Die Türkei verlangt Waffen von den USA für den Kampf gegen die PKK. Was sagen Sie dazu?

Die kurdische Frage ist ein Grundproblem des Mittleren Ostens. Ein Fakt ist, dass die kurdische Frage ein gesellschaftliches Problem ist. Aus diesem Grunde kann sie nicht mit Gewalt gelöst werden. Die kurdische Frage ist kein Terrorproblem. Es ist kein Terror, wenn die legitimen Rechte der KurdInnen eingefordert werden. Die kurdische Freiheitsbewegung als „terroristisch" zu bezeichnen bedeutet von Anfang an Lösungslosigkeit. Der türkische Staat macht das bewusst, weil er nicht von der Verleugnungspolitik abweicht. Die Existenz des kurdischen Volkes wird nicht akzeptiert. Aus diesem Grunde hat der türkische Staat die ganzen 17 Jahre über, in denen wir versuchten, friedliche Lösungen auf die Tagesordnung zu bringen, mit Gewalt geantwortet. Heute sind nicht wir, sondern ist der türkische Staat die Seite, die auf Gewalt beharrt.

Wenn die USA eine Lösung im Mittleren Osten suchen, müssen sie erst einmal die kurdische Frage richtig angehen. Die Haltung, mit Südkurdistan für den eigenen Profit befreundet zu sein und den NordkurdInnen den Krieg zu erklären, ist unmoralisch. Eine Politik, die zwischen „guten" und „schlechten" KurdInnen unterscheidet, zeigt auch ganz klar, was die USA in der Region wollen. Die KurdInnen in der Türkei wollen nichts anderes als ihre legitimen Rechte und die PKK ist es, die diese Rechte verteidigt.

Es ist nicht richtig, dass die USA die Gewaltpolitik der Türkei unterstützen. Dieser Weg wurde jahrelang versucht. Die kurdische Frage dauert seit der Gründung der Republik an. Zuletzt hat die Türkei mit Unterstützung internationaler Kräfte – angefangen bei den USA – tausende Operationen durchgeführt – ergebnislos.

Jetzt ist Februar. Im Februar wurde unser Vorsitzender gefangen genommen. Vor elf Jahren wurde unser Vorsitzender durch ein Komplott unter der Führung der USA an die Türkei ausgeliefert. Das Ziel war die Vernichtung unserer Bewegung. Die Linie des Vorsitzenden Apo und die Organisierung der PKK-Bewegung sind heute viel stärker. Das bedeutet also, dass dieses Problem nicht mit Gewalt zu lösen ist.

Die Türkei will nun neue Militärtechnik von den USA. Glaubt man den Medien, besteht eine Allianz zwischen ihnen. Premierminister Erdoğan hat im Gespräch mit Gates diese Allianz angesprochen und die genannte Technik verlangt. Diese Flugobjekte können sofort schießen, wenn sie ein Ziel ausgemacht haben. Erdoğan hat diese Technik bei Gates beantragt. Wozu? Der Plan dahinter ist, die Führungskader unserer Bewegung zu liquidieren.

Sein Interesse an dieser Technik zeigt die Intention seiner „Initiative". Wir haben schon lange gewusst, dass diese Initiative unsere Vernichtung sein soll. Außerdem haben wir offengelegt, dass die Angriffe auf die politische Basis eine Vorbereitung für den militärischen Angriff sind. Die AKP will mit Gewalt und Terror Ergebnisse erzielen und hat Forderungen an die USA. Mit welchem Ziel? Blut zu vergießen! Es heißt doch, der Premierminister will die Tränen der Mütter verhin-

dern! Wo ist diese Absicht geblieben? Das war also alles nur Demagogie, Lüge und Hinterhältigkeit.

Hier zeigt die AKP ihr wahres Gesicht. Während wir einseitige Waffenruhen ausrufen, macht Erdoğan Diplomatie zur Vernichtung unserer Bewegung. Hier zeigt sich, wie aufrichtig sie sind.

Die USA haben die Gewaltmethoden der Türkei immer unterstützt, obwohl sie erfolglos waren. Sie tragen Mitverantwortung für das Blutvergießen. Wir fordern die USA klar und offen dazu auf, von dieser Unterstützung – also vom Blutvergießen – abzukommen. Wenn die USA weiterhin unterstützen, werden sie Teil des Krieges. Die USA werden direkt dafür verantwortlich sein, wenn kurdische FreiheitskämpferInnen von den genannten Flugobjekten erschossen werden. Wir möchten die USA nochmals dazu aufrufen, davon Abstand zu nehmen.

Die USA dürfen das kurdische Volk nicht zu Opfern des eigenen Profits machen. Das ist unmenschlich und unethisch. Wir rufen die Öffentlichkeit dazu auf, sich gegen die Ungerechtigkeit zu stellen. Wir versuchen, für die demokratische Lösung der kurdischen Frage jede Chance zu ergreifen. Die Türkei will uns vernichten und die USA unterstützen das. Wenn die USA all diese Aufrufe, unsere Bemühungen um demokratisch-friedliche Lösungen ignorieren, werden wir auch unsere jetzige USA-Politik überdenken müssen.

In der Türkei ist die Lage angespannt. Die Gebäude der BDP und andere kurdische Institutionen werden angegriffen. Was können Sie zu diesem Thema sagen?

Es ist sehr auffallend, dass der Staat diese Kreise, die angreifen, nicht verfolgt, sie werden weder erfasst noch bestraft. Weder die Angriffe in Mûş/Kop noch die Angriffe in Istanbul mit Gewehren oder die Angriffe auf den DTP-Konvoi in Izmir. Im Grunde genommen unterstützt der Premierminister diese Angriffe. Die sind gezielt und geplant. Sie dienen der Einschüchterung. 1 500 Menschen wurden verhaftet, der Rest soll mit der Waffe zum Schweigen gebracht werden.

Mitten in Ankara beschießt ein Mann ein Gebäude mit einem Gewehr – keine Pistole, sondern ein Gewehr! – und niemand sieht das und trägt zur Aufklärung bei. Das zeigt ganz klar die Haltung des Staates gegenüber den KurdInnen. Das bedeutet, dass die KurdInnen (und andere Minderheiten in der Türkei) nicht als Menschen angesehen werden. Schon in den 30er Jahren sagte der nationale Bildungsminister Esat Bozkurt, dass diejenigen, die nicht-türkisch seien, nur ein Recht hätten: SklavInnen der TürkInnen zu sein. Das ist das, was heute noch gilt. Esat Bozkurt hat die Mentalität des türkischen Staates gut dargestellt. Diese Mentalität hält in aktualisierter Version bis heute an. Anders kann dies nicht erklärt werden.

Zuletzt hat man gehört, dass in einer Bank und an einem anderen Ort Bomben gelegt wurden. Was bedeuten diese Aktionen kurz vor dem Jahrestag des 15. Februars?

Erst einmal möchte ich sagen: Diese Angriffe in Gever (Yüksekova) sind nicht von unseren Einheiten durchgeführt worden. Solche Aktionen mitten in der Stadt – besonders in Gever, wo die ganze Stadt kurdisch und/oder patriotisch ist – widersprechen unserer Haltung.

Solche Aktionen haben wir verboten. Diese Aktionen können staatliche Kräfte gemacht haben mit dem Ziel der Provokation. Es können aber auch unwissende PatriotInnen gewesen sein. Wenn es welche waren, dann müssen sie damit aufhören. Unser Volk muss eher mit Massendemonstrationen auf die Angriffe antworten. Gever hat, was die Aktionen betrifft, die den Vorsitzenden schützen sollen, ein besonders hohes Niveau erreicht.

Die Jugend in Gever hat eine große Rolle gespielt und wird mit großem Mut und großer Opferbereitschaft diese Rolle weiterhin übernehmen. Ich begrüße den Mut der Jugend aus Gever und wünsche ihr aus ganzem Herzen viel Erfolg. Gever und Colêmerg (Hakkari) werden ihre führende Rolle im Serhildan [*kurdisch: Volkstaufstand*] weiterhin spielen. Davon bin ich fest überzeugt.

Es finden Kontra-Angriffe statt, auf die ich hinweisen möchte. Unser Volk muss dem gegenüber sensibel sein. Wir haben Informationen erhalten, dass besonders im Winter im Namen der HPG finanzielle Hilfe gesammelt worden sei. Im Moment ist keine Person oder Gruppe in Kurdistan oder in den Metropolen damit beauftragt, für die HPG zu sammeln. Das ist ganz sicher und gegen diese BetrügerInnen sollte eine klare Haltung eingenommen werden.

Möchten Sie zum Abschluss noch etwas anfügen?

Es ist ja bekannt, dass der 11. Jahrestag des 15. Februars naht. Unser Volk hat jetzt schon mit den Protesten begonnen. Unser Volk hat seit 11 Jahren einen wichtigen Widerstand gegen das Komplott geleistet. Die ideologischen, politischen, organisatorischen und militärischen Ereignisse dieses Widerstands haben die Verschwörung ins Leere laufen lassen. Doch ist das internationale Komplott noch nicht ganz besiegt, immer noch wird es aktualisiert und auf der Tagesordnung gehalten. Daher wird ein großer Protest zum 11. Jahr des Komplotts große Bedeutung haben.

Daher verurteile ich erneut das internationale Komplott und rufe unser patriotisches Volk zu kraftvollen Protesten auf. Um unsere Haltung zum Ausdruck zu bringen, rufen wir dazu auf, am 15. des Monats schwarze Kleidung zu tragen, Hungerstreiks zu machen, aber an einem normalen Tagesablauf festzuhalten. Wir rufen dazu auf, diesen Protest dieses Jahr noch zu verstärken. Ich rufe auch unser Volk in Europa zur Beteiligung an den Protesten auf. ♦

Mustafa Erdoğan: Das Ziel ist, die Kurden zu AKPisieren

Es geht also im Grunde darum, die PKK zu liquidieren ...

Interview mit Mustafa Erdoğan von Neşe Düzel, Taraf 01.02.2010

> „Die AKP meint mit kurdischer Initiative, die Kurden zu AKPisieren. Sie versucht, einige Erleichterungen für die Kurden herbeizuführen und sie über den Kanal der AKP ins System zu integrieren."
>
> „Ein bedeutender Teil der AKP-Bürokraten besitzt die etatistische und nationalistische Weltsicht, die auch aus Cemil Çiçeks Worten spricht. Auch die eigene Bürokratie der AKP stellt sich gegen die Öffnungen."
>
> „Das System stellt einer Partei, die darauf verzichtet, eine große Sache zu verfolgen, einen enormen Mechanismus zum Heranziehen von Kadern und Verteilen von Profiten zur Verfügung. Jede Partei, die an die Macht kommt, erschafft ihre eigenen Reichen. Auch reiche APKler sind entstanden."

Zur Person Mustafa Erdoğan: Die AKP wird im Allgemeinen von weiter rechts stehenden Parteien und Journalisten kritisiert. Die Schritte der AKP zu mehr Demokratie und Zivilität stoßen auf heftige Reaktionen, aber das „Verschleppen" der Demokratisierung, durch die AKP, wird nicht ernsthaft hinterfragt. Die AKP ist seit sieben Jahren allein an der Regierung, und es gibt viele, die sie mit ihrer Kritik „bremsen", aber sehr wenige, die sie „vorantreiben". Mustafa Erdoğan ist einer der „sehr wenigen", welche die AKP in dieser Weise kritisieren. Der Verfassungsrechtler Professor Mustafa Erdoğan ist einer der führenden Intellektuellen der Türkei. Er hat die Fehler der AKP bei ihrer kurdischen Initiative, den Konservativismus der Parteibasis und teilweise ihrer Führung, die nationalistische Frömmigkeit bei ihren Funktionären, ihr unklares Verhalten gegenüber der militärischen Bevormundung, die Verzögerungen bei der Zivilisierung des Landes und die Frage, was die AKP unter ihren Initiativen und der Demokratisierung versteht, und so die tatsächlichen Probleme der Türkei und der AKP in bemerkenswerter Weise analysiert.

Professor Mustafa Erdoğan gehört zu den Gründern des „Vereins für liberales Denken" (Liberal Düşünce Derneği) und lehrt an der Hacettepe-Universität über Verfassungstheorie, politische Theorie und Menschenrechte. Sein Buch „Verfassungen und Politik in der Türkei" wurde kürzlich erneut aufgelegt.

Neşe Düzel: Nachdem der Ministerpräsident „Drängelt uns nicht so" gesagt hatte, haben Sie in einem Text von einer Verwirrung der AKP-Führung gesprochen. Was für eine Art von Verwirrung herrscht in der AKP-Führung?

Mustafa Erdoğan: Eine Verwirrung, die es in der AKP seit jeher gibt. Die AKP tut zunächst so, als ob sie ein Problem entschlossen angehen werde. Dann aber stellt sich heraus, dass sie entweder einen Schritt zurück machen wird oder sagen: „Hetzt uns nicht so." Dadurch gerät das Problem ins Schwanken. Dabei gab es einige grundlegende Dinge, welche die AKP tun wollte.

Welche grundlegenden Dinge waren das?

Zum Beispiel sollte die Türkei demokratischer geführt werden, die kurdische und die alevitische Frage sollten gelöst, Harmonie mit der EU hergestellt werden, dafür die vorhandene militärische Bevormundung abgeschafft, die Streitkräfte durch die zivile Administration überwacht werden. Diese Absichten hatte die AKP-Regierung erklärt. Doch jetzt stellt sich heraus, dass die AKP-Führung sich da gar nicht so sicher ist. Die AKP-Regierung schwankt vor der Größe der Probleme und macht ständig Rückschritte bei Themen, die das Militär betreffen. Und sie greift ihre Kritiker an, indem sie ihnen vorwirft, sie wollten einen Keil zwischen die verschiedenen Institutionen treiben.

Bei welchen Themen schwankt die AKP am meisten?

Am meisten eiert sie bei der zivilen Kontrolle der Streitkräfte und der Abschaffung der militärischen Bevormundung herum. Dies ist ohnehin das kritischste Problem des Systems in der Türkei. Dieses Land hat viele Probleme wie die kurdische und die alevitische Frage, Arbeitslosigkeit, Armut und noch viele andere. Aber das drängendste Problem ist, die Streitkräfte auch bei uns, wie es in jeder westlichen Demokra-

tie der Fall ist, unter die definitive und vollständige Kontrolle der zivilen, demokratischen Autorität zu bekommen. Denn die Lösung aller anderen Probleme der Türkei hängt von der Lösung des Problems der militärischen Bevormundung ab.

Warum gelingt der AKP die Demokratisierung nicht?

Bei allen diesen Feststellungen möchte ich der AKP nicht Unrecht tun. Denn die AKP ist diejenige Partei, die sich am meisten in diesem Land um die Demokratisierung bemüht, aber obwohl die Demokratie zu ihren Zielen zählt, betrachtet die AKP genauso wenig wie die anderen Parteien die Demokratie als Wert an sich. Keine politische Partei in der Türkei sieht die Demokratie als Wert an sich. Wenn man die Demokratie derart instrumentell betrachtet, wird man natürlich keine entschlossene Demokratisierung durchführen und nur einen schwachen Willen entwickeln. Das politische System der Türkei ist außerdem darauf ausgerichtet, den „Willen zur Veränderung" der politischen Parteien zu brechen.

Wie schafft das System das?

Das System stellt einer Partei, die darauf verzichtet, eine große Sache zu verfolgen, einen enormen Mechanismus zum Heranziehen von Kadern und Verteilen von Profiten zur Verfügung. Ohnehin ist die Politik in diesem Land beinahe das bevorzugte Mittel, um reich zu werden. Jede Partei, die an die Macht kommt, erschafft ihre eigenen Reichen. So scheuen die politischen Parteien die Risiken, um das Land zu demokratisieren, die militärische Bevormundung aufzuheben oder die kurdische Frage zu lösen, und verteilen stattdessen die Mittel des Staates an ihre Anhänger, ihre Basis und ihre Funktionäre und handhaben so die Situation ganz ohne Risiko. Die AKP macht den Eindruck, dass auch sie hin und wieder so denkt und sich in diese Richtung entwickelt. So hat die AKP massiv Kader in den öffentlichen Dienst geschleust und es sind viele reiche AKPler entstanden.

Ist die AKP selbst noch nicht demokratisiert?

Die AKP hat ein Problem, das von ihrer eigenen Struktur und ihrer Basis herrührt. Sowohl an ihrer Basis als auch in ihrer Führung gibt es Leute, die wie die „Kräfte des Status quo" denken. Die AKP hat ihre 47 % der Stimmen nicht nur von Demokraten erhalten. Die Basis der AKP ist im Allgemeinen konservativ. Und diese fromme Basis ist gleichzeitig eine nationalistische Basis.

Lässt sich denn Religiosität mit Nationalismus vereinbaren?

Das frage ich die Religiösen auch immer, wie sie das miteinander vereinbaren. Theoretisch lassen sich Religiosität und Nationalismus nicht vereinbaren, aber bei uns sind sie miteinander vermengt. Das hat sich kulturell herausgebildet, dieses Modell existiert hier traditionell. Bei uns ist die Gesellschaft daran gewöhnt, Staat und Religion als vermengt wahrzunehmen. Daher hat bei uns auch die Frömmigkeit nicht nur etwas mit Moral und Religion zu tun, sondern ist eine politische Haltung. Frömmigkeit hat also etwas damit zu tun, wie man Autoritäten und den Staat betrachtet. Deshalb sind bei uns Frömmigkeit und Nationalismus nicht einander entgegengesetzt.

An welchen Punkten kommt es zu Abweichungen?

Beim Nationalismus ist es wesentlich, dass die Autorität, welche die Gesellschaft kontrolliert und führt, und der Staat, der als zur Gesellschaft gehörig betrachtet wird, respektiert, verehrt oder gar angebetet werden. Ein frommer Mensch wird es nicht bis zur Anbetung kommen lassen, aber er gehorcht den Autoritäten. In dieser Tradition gibt es Gehorsam, keine Kritik und keine Opposition. Außerdem gibt es in unserer islamischen Kulturtradition eine Furcht vor der Anarchie.

Was bedeutet Furcht vor der Anarchie?

Für uns ist sowohl von der anatolischen als auch von der islamischen Geschichte her die Furcht vor der Anarchie eine ganz wesentliche Furcht. Man fürchtet sich davor, dass die Autorität verloren gehen könnte und die Gesellschaft in die Anarchie gezogen wird. Um nicht in Chaos, Aufruhr und wie in der Geschichte eine Phase der „fitret"[1] zu geraten, glaubt man, dem Staat und der Autorität gehorchen zu müssen, selbst wenn diese böse und grausam sind. Diese Denkweise ist zu einem kulturellen Code unseres Volkes geworden. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich die AKP auf solch eine Basis stützt.

Was ist an der Basis der AKP stärker, Religiosität oder Nationalismus?

Beide sind vermischt, aber ich gehe davon aus, dass der Nationalismus die Religiosität kontrolliert.

Was genau ist die Basis der AKP für eine?

Wir können weder beim Parteiapparat der AKP noch bei ihrer Basis davon sprechen, dass sie demokratisch seien. Für den harten Kern ihrer Basis ist das Hauptproblem, der Repression, die sie mit dem 28. Februar 1997[2] erlebt haben, zu entkommen. Diese Basis will nur so viel Demokratie, dass sie selbst diese Repression loswird. Ein bedeutender Teil dieser Basis ist nicht gegen eine repressive Regierung, solange sie selbst nicht von dieser Repression betroffen sind. Dies ist keine Basis, die „nein" zu einer autoritären Regierung sagt. Dies ist das Demokratieproblem des harten Kerns der Basis der AKP. Aber die Führung der AKP dämmt diese Tendenz der Basis ein. Denn die AKP ist zur Demokratie verurteilt!

Wie bitte?

Die Führung der AKP will das Image, dass die Partei die Demokratisierung der Türkei anstrebt, aufrechterhalten.

Was würde passieren, wenn dieses Image nicht aufrechterhalten werden könnte?

Dann kann die AKP den Spielraum für ihre Basis, die unter den Repressionen des 28. Februar 1997 zu leiden hatte, nicht erweitern, keine ihrer Sehnsüchte erfüllen. Die AKP kann nicht nur für ihre eigene Basis Demokratisierung und Befreiung realisieren. Um ihrer Basis Luft zu verschaffen, ihre Probleme mit berechtigten Beschwerden über Kopftuchverbot und Zugang für Schüler religiöser Schulen zu Universitäten zu lösen, braucht die AKP eine breitere Unterstützung. Diese breitere Unterstützung aber erfordert, Dinge zu tun, die breitere Kreise ansprechen, und so Schritte zu tun, die zu einer Demokratisierung des Landes insgesamt führen. Um die eigene Basis zu befreien, muss die AKP also auch andere befreien. Die AKP muss eine Politik verfolgen, welche die Forderungen breiter Massen nach Demokratisierung mit den Forderungen der eigenen Basis vereinbart.

Die AKP hat die kurdische Initiative als einen Schritt zu einer allgemeinen Demokratisierung begonnen, aber sie ist zum Stillstand gekommen. Was denken Sie über die Stagnation bei der kurdischen Initiative?

Wie in der Frage der militärischen Bevormundung schwankt die AKP auch in der kurdischen Frage. Dabei hatte sie zunächst bei allen die Erwartung geweckt, die Identitätsproblematik werde endlich ernst genommen, die kurdische Frage werde nicht länger nur als Sicherheitsproblem betrachtet und die Verfassung werde geändert. Doch das wurde nicht erfüllt, was zuerst „kurdische Initiative" geheißen hatte, wurde umbenannt, dann wurden andere Initiativen hineingemischt. Die kurdische Frage hörte auf, das Grundproblem zu sein, und wurde an den Rand gedrängt. Außerdem hat die AKP noch ein weiteres Handicap in der kurdischen Problematik.

Was für ein Handicap ist das?

Die AKP will die kurdische Frage regeln, ohne die Lorbeeren mit anderen politischen Parteien oder gar der kurdischen politischen Bewegung zu teilen.

Kann denn die kurdische Frage gelöst werden, ohne die kurdische politische Bewegung, also die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) in den Prozess einzubeziehen?

Das kann sie nicht, doch die AKP hat das stets versucht. Sie will das Problem lösen, indem sie es AKPisiert. Wenn man sich die Situation der AKP bei den Kommunal- und Parlamentswahlen in den Gebieten ansieht, in denen die Kurden in der Mehrheit sind ... Also die AKP denkt, dass wenn die Kurden AKPler werden, dass dann die Identitätsproblematik nicht so wichtig ist. Das sagt sie nicht offen, aber im Stillen geht sie davon aus, dass die Tatsache, dass es sich um „Glaubensbrüder- und schwestern" handelt, eine Auswirkung haben wird. Ihre Strategie lautet, wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen und dabei die Identitätsproblematik zu ignorieren, die Kurden mit ein wenig Wohlstandsverteilung in die Arme zu schließen. Sie erwartet, dass sich die Problematik entspannt, wenn sie auch nicht gelöst wird, und will dann davon allein profitieren. Deswegen hat die AKP die Partei, die die kurdische politische Bewegung repräsentiert, ständig ausgegrenzt und ihr vorgeworfen, verlängerter Arm der PKK zu sein. Die AKP hat die Politik der AKPisierung noch immer nicht aufgegeben.

Wenn dies die Strategie der AKP ist, warum hat sie dann Ihrer Meinung nach die kurdische Initiative begonnen?

Die Initiative, von der sie reden, und die, von der Demokraten reden, ist nicht dieselbe. Die AKP meint mit kurdischer Initiative, die Kurden zu AKPisieren. Sie versucht, einige Erleichterungen für die Kurden herbeizuführen und sie über den Kanal der AKP ins System zu integrieren. Die zweite Sackgasse bei der Haltung der AKP zur kurdischen Frage ist der Status quo in der Türkei!

Könnten Sie das etwas genauer ausführen?

Die Forderung der Kurden ist im Wesentlichen eine Forderung nach Identität. Diese Forderung nach Identität beinhaltet Sprache, kulturelle Rechte und eine teilweise Autonomie. Diese erfordern eine Verfassungsänderung. Ein bedeutender Teil der konservativen und teilweise auch nationalistischen Basis der AKP ist nicht bereit für eine Lösung, bei welcher die kurdische Identität anerkannt wird. Noch wichtiger als die Basis der AKP ist, dass der Status quo, vor allem das Militär, dazu überhaupt nicht bereit ist. Die regierende Mentalität im Lande, inklusive der eigenen Bürokratie der AKP, leistet mit aller Kraft Widerstand gegen die kurdische Initiative.

Die Bürokraten, welche die AKP selbst ernannt hat, leisten Widerstand?

Auch die eigene Bürokratie der AKP leistet Widerstand. Die AKP ist seit sieben Jahren an der Regierung. Sie hat die Gouverneure eingesetzt. Trotzdem verhalten sie sich unverständig und unsensibel in der kurdischen Frage. Schauen Sie, die Verfassung ist geändert worden und die Hindernisse für die Freiheit, sich auf Kurdisch auszudrücken, wurden beseitigt, aber Äußerungen auf Kurdisch werden immer noch behindert. Wie wird das behindert? Dieses verfassungsmäßige Recht wird mit Erlassen behindert. Die Sensibilität der AKP-Bürokratie entspricht der des Staates. Daher schränkt die Bürokratie die Rechte, welche die Verfassung gibt, zunächst mit Gesetzen, dann mit Erlassen ein. So werden die Rechte unbrauchbar gemacht.

Wäre die kurdische Initiative positiv verlaufen, wenn die AKP-Regierung sich entschlossen verhalten hätte?

Das Problem ist hier nicht, ob man sich entschlossen verhält oder nicht. Das Problem liegt hier in der Betrachtungsweise.

Die AKP betrachtet die kurdische Frage in falscher Weise. Zunächst dachten sie, dass sie diese Angelegenheit unter Glaubensbrüdern lösen könnten. Dann planten sie, eine Entspannung durch AKPisierung der Kurden herbeizuführen. Sie haben ihre Politik, die Kurden über den Kanal der AKP ins System zu integrieren, immer noch nicht aufgegeben.

Nimmt deshalb die Kritik zu, es gehe bei der kurdischen Initiative nicht darum, die PKKler zu demokratisieren und so aus den Bergen zu holen und sie ins zivile Leben zu integrieren, sondern die Initiative habe sich in ein Projekt zur Liquidierung der PKK verwandelt?

Da ist viel Wahres dran. Weitestgehend ist es dies, was die Regierung in Abstimmung mit dem Staat verwirklichen will. Es geht also im Grunde darum, die PKK zu liquidieren und die politische Bewegung, die als verlängerter Arm der PKK gesehen wird, aus der Position als Repräsentantin der Kurden herauszudrängen und die Kurden über den Kanal der AKP in den Staat zu integrieren.

Ist die kurdische Initiative dann nicht nur ein großer Betrug?

Dies unter dem Namen „Demokratisierung" zu tun, ist natürlich Betrug. Es sieht aus, als gebe es keinerlei Vorbereitungen oder den Willen zu Gesetzes- oder Verfassungsänderungen, um außer der Liquidierung der PKK die Leute in den Bergen ins System zu integrieren und der kurdischen politischen Bewegung die Möglichkeit zu geben, sich frei zu äußern.

Auf welchen Diskurs stützt die AKP ihre Politik, die Kurden zu AKPisieren?

Sie stellt die Betonung der Geschwisterlichkeit in den Vordergrund. Unter der Hand stellt sie die religiöse Union mit den Glaubensbrüdern in den Vordergrund. Diesen Diskurs über Geschwisterlichkeit möchte sie vorantreiben.

Gibt es denn in Demokratien einen solchen Maßstab, „Geschwisterlichkeit"?

In großen Gesellschaften kann man ein Identitätsproblem nicht durch Geschwisterlichkeit lösen. Das ist keine Familienangelegenheit, schon gar keine Sippen- oder Stammesangelegenheit. Die kurdische Frage ist ein großes Problem. Die AKP aber hat immer noch einen türkischen Blick auf die Angelegenheit. Dabei gibt es keine Gemeinsamkeiten in der Art und Weise, wie die Türken die Beziehung zwischen der PKK und den Kurden betrachten, und der, wie es die Kurden selbst tun. Wenn die Türken auf die PKK blicken, sehen sie eine terroristische Organisation. Die Kurden sehen die PKK nicht so. Die AKP sieht das Problem so, wie es die Türken tun, und kann mit diesem Blick nicht einmal bei der eigenen Basis punkten.

Sie hatten Verluste bei den Kommunalwahlen in den [kurdischen] Gebieten. Wie sehen denn die Kurden die PKK?

„Wenn es diese Bewegung nicht gegeben hätte, würde der Staat unsere Sache niemals ernst nehmen. Die Rechte, die wir heute haben, hätten wir nie bekommen. Der Staat hätte nicht mit uns geredet." So denken sie. Außerdem glauben sie, dass der Staat nicht nur auf die PKK zornig ist, weil es Terroristen sind, sondern weil sie Kurden sind. Daher betrachten sie jede Herabwürdigung der PKK als Beleidigung ihrer kurdischen Identität. Erdoğan hat das nicht bemerkt und hin und wieder

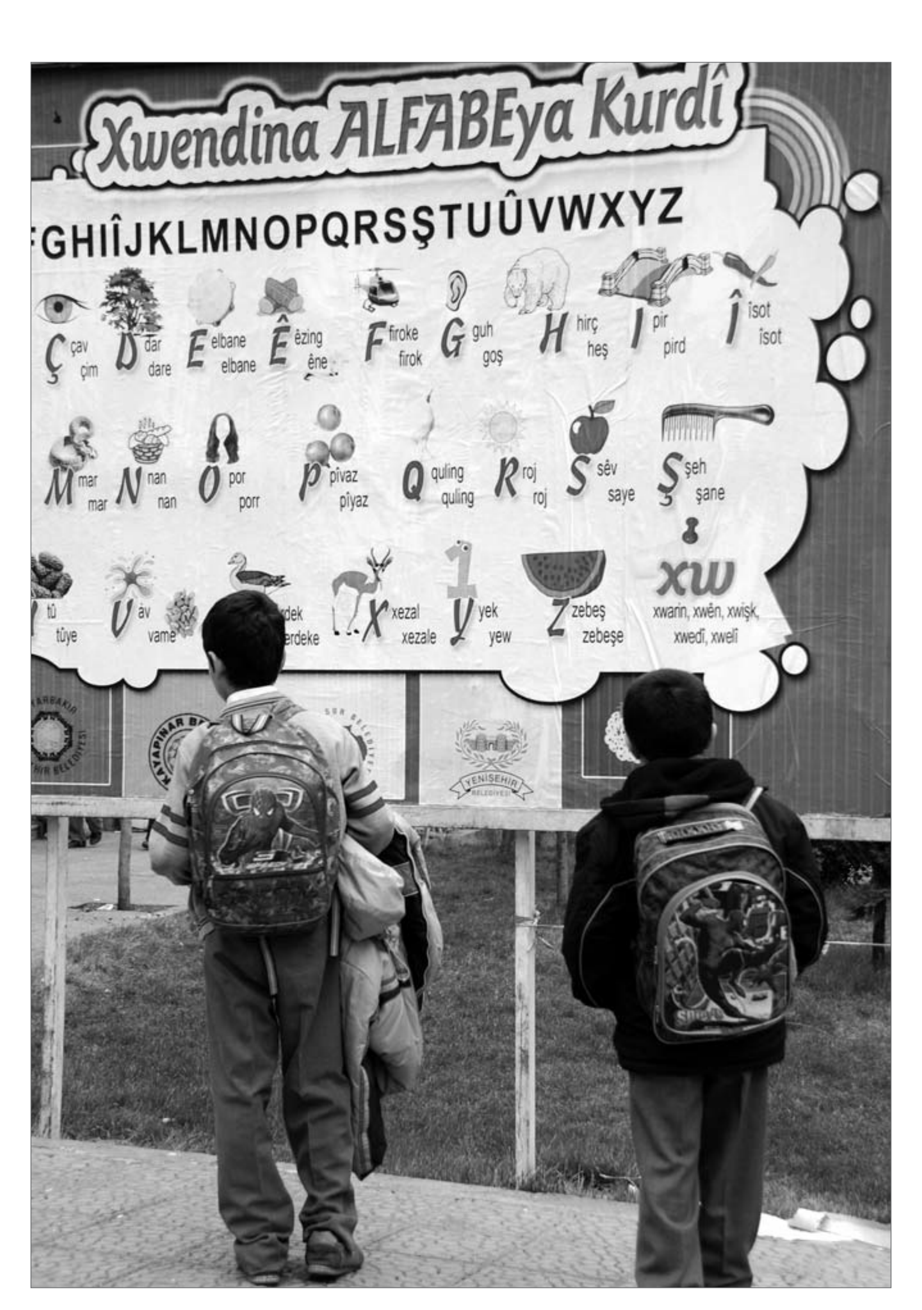


Fast schon tägliche Auseinandersetzung der Jugendlichen mit den Sicherheitskräften in Colemêrg (Hakkari) Foto: DIHA

solche Herabwürdigungen benutzt, und so haben sie Stimmen in der Region verloren. In der kurdischen Frage hat Erdoğan keine Berater, die ihn zutreffend informieren.

Im Südosten werden Tausende Kinder zu zehn, fünfzehn Jahren Haft verurteilt, weil sie Steine geworfen und Parolen gerufen haben. Warum ändert die AKP nicht die Gesetze und rettet diese Kinder? Stellen die Kinder, die ins Gefängnis gehen, kein Problem für Denken und Moral der AKP-Führung dar?

Es ist tatsächlich unverständlich, warum selbst ein so einfaches Problem nicht gelöst werden konnte. Der Ministerpräsident ist ein emotionaler Mensch. Ich glaube nicht, dass er bei diesen Themen unsensibel ist. Ich vermute eher, dass das Problem hier nicht beim Status quo, sondern in der eigenen Bürokratie der AKP liegt. Die eigene konservative Bürokratie in Justiz- und Innenministerium behindert die AKP, informiert sie gelegentlich falsch und täuscht sie. Ein bedeutender Teil der AKP-Bürokraten besitzt die etatistische und nationalistische Weltsicht, die auch aus Cemil Çiçeks Worten spricht.



Wandbild in Amed mit dem kurdischen Alfabet Foto: DIHA

Was muss die AKP tun, um die kurdische Frage zu lösen?

Die Türkei kann sich dieser Aufgabe nicht stellen, indem sie das Problem als ein Sicherheitsproblem, ein nur ökonomisches Problem oder ein Wohlfahrtsproblem betrachtet. Es ist nicht möglich, das Problem zu lösen, indem man die Erniedrigung, Ausgrenzung und Repression, welche die Kurden traditionell in der Türkei empfinden, ignoriert und ihnen Brot gibt oder die Region vom Terror befreit. Man muss dieses Problem als ein Identitätsproblem betrachten.

Was muss also getan werden?

Die Identitätsproblematik erfordert, die Sprache und die kulturellen Rechte der Kurden anzuerkennen. In der Türkei betrachtet sich der Staat als Staat der Türken und definiert jeden in diesem Land als Türken. Von den ersten Artikeln der Verfassung bis zur Definition der Staatsbürgerschaft muss das System diese nationalistische Parteinahme abschaffen. Der Staat „Republik Türkei" muss akzeptieren, dass er der Staat des gesamten Volkes ist. Dafür ist eine Verfassungsänderung notwendig. Und es gibt das Problem der Sprache.

Wie sollte das Problem der Sprache gelöst werden?

Vielleicht ist es notwendig, dass Kurdisch in einigen Regionen als zweite Sprache akzeptiert wird und dass in einigen Regionen eine zweisprachige Struktur aufgebaut wird. Dabei gibt es heute selbst im zivilen Leben noch Probleme mit der Verwendung des Kurdischen. Obwohl das Verbot anderer Sprachen als Türkisch aus der Verfassung gestrichen

wurde, ist diese Freiheit noch immer nicht umgesetzt. Denn die Bürokratie verhindert es.

Sie finden auch Erdoğans Verhältnis zu den Medien und seine Erklärungen „merkwürdig". Was will Erdoğan von den Medien?

Er denkt folgendermaßen: „Wir wissen, was das Richtige ist, und wir handeln danach. Ihr klatscht bitte Beifall, aber kritisiert uns nicht, denn wir meinen es gut." Er erwartet einseitig Unterstützung durch die Medien. Ich glaube, dass das mit Erdoğans psychischer Situation zusammenhängt. Er glaubt, dass seine Bemühungen, Probleme durch gute Absichten zu lösen, von den Medien nicht ausreichend gewürdigt werden, und hält Kritik für die Konsequenz von bösen Absichten.

Stören Nachrichten von Putschen und Nachrichten über das Militär den Ministerpräsidenten?

Der Ministerpräsident möchte keine Medien, welche die Demokratisierung unterstützen, aber gleichzeitig die Aufrichtigkeit und den Mut besitzen, Fehler zu benennen.

Sie erklären, dass Erdoğan eine „realistische" Strategie im Kopf hat, dass diese Strategie aber nichts tauge. Was ist das für eine „realistische" Strategie?

Mit realistischer Strategie meine ich, dass er auf die Kräfteverhältnisse achtet. Seit den Zeiten der Refah wendet er diese Strategie an. Um die militärische Bevormundung zu liquidieren, gehen sie nicht offen und standfest vor, sondern glauben, dass sie durch gelegentliches Zurückweichen und „weiche Methoden" langsam zum Erfolg kommen. Sie verschieben die Lösung des Problems mit der Begründung, dass ihre Kräfte noch nicht ausreichen, immer weiter nach hinten. Weil sie nicht entschlossen handeln, wird das Problem nicht gelöst. Auch am 28. Februar 1997 war das so. Im Januar hatte das Militär den „Notstandsplan des Ministerpräsidentenamts" herausgebracht. Als ich den las, wusste ich, dass es vorbei ist. Denn es handelte sich um eine zweite Verfassung. Ministerpräsident Erbakan unterschrieb das, stimmte also zu.

Ähnelt die AKP der Refah-Partei im Hinblick auf das Verhältnis zum Militär?

Die AKP handelt professioneller. Aber trotzdem haben sie diese Haltung nicht ganz aufgegeben. Sie denken immer noch, dass sie das Problem angehen können, ohne die Machtverhältnisse zu sehr zu erschüttern, indem sie geeignetere Personen an die Spitze des Generalstabs bekommen. Das ist aber ein Selbstbetrug. Wir stehen vor einem viel grundsätzlicheren Problem. Es ist nicht möglich, das bestehende System zu verändern, ohne die Kräfteverhältnisse zu erschüttern.

Hat denn die AKP überhaupt die Absicht, das System zu verändern?

Vielleicht nicht. Wenn sie sich sicher sein könnten, dass an die Spitze des Generalstabs jemand kommt, mit dem die Regierung stets harmonisch zusammenarbeiten kann, dann wäre aus ihrer Sicht das Problem gelöst. Die Demokratisierung des Staates und die Abschaffung der militärischen Bevormundung schieben sie stets weiter hinaus. So kommt es letztlich niemals dazu. Wenn sie stets das „kleinere Übel" nicht verschrecken wollen und so die Lösung aufschieben, führt das dazu, dass sie sich mit der militärischen Bevormundung zufriedengeben und sich selbst fester im System verankern.

Kann die Türkei unter der AKP-Regierung nicht ziviler werden?

Mit dieser Logik ist das unmöglich. Die Streitkräfte sind in der Türkei eine autonome Institution. Sie betrachten sich selbst gegenüber dem Parlament als unabhängige Macht. Sie sehen sich wie einen zweiten Staat. In keiner Demokratie können sich die Streitkräfte gegenüber dem Parlament als unabhängige Macht sehen. Die Menschen in der Türkei haben immer noch nicht begriffen, was für eine verhängnisvolle Situation das ist.

Warum finden sie das Ihrer Meinung nach nicht so schlimm?

Weil jeder in diesem Land mehr oder weniger diese etatistische und militaristische Mentalität besitzt. Eigentlich könnte die Regierung auch ohne Verfassungsänderung einige simple Veränderungen im Verhältnis zum Militär vornehmen und in bedeutendem Maße die militärische Bevormundung reduzieren.

Was könnten sie zum Beispiel tun?

Sie könnten zum Beispiel das EMASYA-Protokoll abschaffen. Es wurde aber während der Zeit der AKP-Regierung sogar verlängert. Das ist ein unglaublicher Lapsus. Die Regierung kann all die Gesetze über den Inneren Dienst der Türkischen Streitkräfte (TSK), das Personal der TSK, über den Militärrat[3], über die Organisation der Gendarmerie und über das Generalsekretariat des Nationalen Sicherheitsrats ändern. Dies sind die gesamten Stützpfeiler der militärischen Bevormundung. Keine dieser Gesetzesänderungen benötigt eine Verfassungsänderung. Die Regierung kann sie alle neu schreiben. Außerdem ist der Lehrplan der Militärakademien nicht mit einem Verständnis von ziviler Demokratie vereinbar. Jeder, der sie absolviert, sieht sich als Vormund des Systems der Türkei. Warum?

Ja, warum?

Weil dort eine ideologische Ausbildung stattfindet. Den Lehrplan der Militärakademien stellen die Soldaten selbst zusammen. Die Regierung kann sagen, dass Ausbildung, die der Demokratie, den Menschenrechten und dem zivilen Leben widerspricht, nicht stattfinden darf, und wie beim Ministerium für Nationale Bildung Grundregeln festsetzen. Es

geht sogar noch einfacher. Der Ministerpräsident steht laut Gesetz dem Militärrat vor. Auch der Verteidigungsminister ist Mitglied des Rates. Und was haben sie bisher getan?

Sie haben die Beschlüsse nur kommentiert, oder?

Jawohl. Das ist lächerlich. Wir reden nicht über ein Gremium von Gleichen. Wenn der Ministerpräsident Vorsitzender des Militärrats ist, dann bedeutet das, dass im Rat kein Beschluss gegen seinen Willen gefällt werden kann. Der Rat entlässt ohne gerichtliche Überprüfung Militärpersonal wegen disziplinarischer oder moralischer Verstöße. Warum ist bis heute niemand derer, die Putschpläne geschmiedet haben, wegen Verstößen gegen die Disziplin entlassen worden? Alle diejenigen, die sich daran beteiligt haben, sollten sie im Rat aus dem Militär werfen.

Was glauben Sie, warum das nicht geschieht?

Dazu bringen sie den Mut nicht auf. Nicht nur, dass sie nicht hinausgeworfen werden, das Gegenteil passiert. In der letzten Zeit wurden einige, deren Namen im Zusammenhang mit diesen finsteren Machenschaften genannt wurden, entweder befördert oder ihre Wartezeit verlängert. Die Regierung hat große Angst vor dem Vorwurf, sie versuche, die Streitkräfte zu schwächen und deren Ansehen zu beschädigen. Wie Sie wissen, baut Baykal [CHP] seine Strategie auf diesen Vorwurf auf.

Will denn die AKP die Bevormundung durch die Streitkräfte überhaupt aufheben?

Wenn sie das gewollt hätte, hätte sie den Nationalen Sicherheitsrat aus der Verfassung gestrichen. Denn wenn Sie den Nationalen Sicherheitsrat zu einem Verfassungsorgan machen, sehen sich die Streitkräfte als einen natürlichen Akteur des politischen Entscheidungsprozesses, als einen Teilhaber an der Regierung, und bestimmen ihre Leitlinien. Ein Beispiel dafür ist das Nationale Sicherheitsdokument. Eine neue Version ist während der Amtszeit dieser Regierung verabschiedet worden.

Wie denn?

Die Soldaten haben es erstellt, der Ministerpräsident hat zugestimmt und es ist in Kraft getreten. Dieses Dokument ist ein entscheidender Faktor des Regimes. Indem die Regierung diesem Dokument zugestimmt hat, hat sie sich selbst die Schlinge um den Hals gelegt. Dies ist eine Situation wie die Verabschiedung des Krisenplans durch Ministerpräsident Erbakan 1997. Die Regierung kann das Nationale Sicherheitsdokument genauso aufheben wie das EMASYA-Protokoll. Dieses Dokument ist eine zweite Verfassung, die durch das Militär erstellt worden ist. Sie sagen es nicht, aber das Parlament kann nicht gegen dieses Dokument handeln. Jede Gesetzesänderung, die im Gegensatz zu diesem Dokument steht, wird in den Parlamentskommissionen sofort korrigiert. Die Aufhebung dieses Dokuments steht nicht auf der Tagesordnung der AKP.

Was will die AKP an der Verfassung ändern?

Sie plant keine umfassende Änderung, um das bestehende System freier und demokratischer zu gestalten. Stattdessen will sie vielleicht einige Änderungen wie bei der Ernennung der Mitglieder des Verfassungsgerichts und der Obersten Staatsanwaltlichen Behörde oder zur Erschwerung von Parteiverboten und anderes, was es ihnen erleichtert, bürokratische Hürden zu nehmen. Vielleicht machen sie einige partielle Verfassungsänderungen, um eigene Bedürfnisse zu befriedigen. Aber selbst die Zukunft dieser Verfassungsänderungen ist unsicher.

Warum?

Seit das Verfassungsgericht die Verfassungsänderung über das Kopftuch kassiert hat, kann es nun zu allen Themen entscheiden und ein Veto gegen alle Verfassungsänderungen einlegen, obwohl es dazu gar nicht befugt ist. Denn auf sehr verschlungenen Wegen wurde beschlossen, dass es eine solche Befugnis besitzt.

Was sollte Ihrer Meinung nach die AKP beim Thema Verfassung tun?

Die nächsten Parlamentswahlen sollten die AKP, zivilgesellschaftliche Institutionen und der demokratische Teil der Medien in eine Verfassungskampagne verwandeln. Die AKP sollte die Oppositionsparteien zwingen, ihr Verhalten zu erklären. So sollten alle ihre eigenen Grundsätze für die Verfassung auf den Tisch legen. So würde das neue Parlament zu einer Art Gründungsparlament für eine neue Verfassung.

Braucht man denn unbedingt ein Gründungsparlament für eine Verfassungsänderung?

Ich nenne es nur der Einfachheit halber „Gründungsparlament“. Das Mandat, das die Wähler einer Partei normalerweise geben, unterscheidet sich vom Mandat, eine Verfassung zu erstellen. Wenn in einem Wahlkampf nur bestimmte Themen diskutiert werden, zu nicht thematisierten Punkten die Meinung der Bevölkerung nicht klar ist und das so gebildete Parlament eine vollständig neue Verfassung erstellt, gibt es möglicherweise ein Problem mit der Repräsentanz. Deshalb sollten im nächsten Wahlkampf diese Probleme diskutiert werden, damit alle ihre Meinung sagen können, die Wähler die Projekte der Parteien kennen und entsprechend abstimmen, damit das dann neu gewählte Parlament eine vollständig neue Verfassung verabschieden kann. ♦

Fußnoten:
1 Zeit zwischen dem Auftreten zweier Propheten [Anm. d. Ü.]
2 Der „postmoderne Militärputsch“ gegen die islamistische Regierung Erbakan [Anm. d. Ü.]
3 Der Militärrat (Askerî Şûra) ernennt alle Generäle und den Generalstab. Er befindet auch über Ausschlussverfahren aus der Armee. [Anm. d. Ü.]

Eine politische Bilanz 2009

Auch keine Verbesserungen mit der AKP

Nilüfer Koç

Die Türkei erreichte im Jahr 2009 mit den Diskussionen über die Lösung der kurdischen Frage einen ihrer politischen Höhepunkte. Für diejenigen, die stets auf der Seite der materiell Überlegenen stehen, sind diese oft der Maßstab für Erfolg oder Misserfolg, für gut oder schlecht. Dies ist leider bei der Mehrheit der Menschen in der Türkei zu erkennen – auch den Intellektuellen, Akademikern, Linken usw. Je intensiver die Dinge aus der Sicht des Staates, also des vermeintlich Stärkeren, ungefiltert betrachtet werden, desto mehr müssen sich auch die darauf folgenden Enttäuschungen bewusst gemacht werden. Es regieren nur die Interessen der Mächtigen. Wenn die „Unteren", die „Schwachen" etwas lauter werden, dann werden sie z. B. in der Türkei brutal angegangen, vernichtet und nicht wie in einigen europäischen Ländern behandelt, wo die Staaten liberaler reagieren und Zugeständnisse an die Mitbürger formulieren.

In der Türkei gibt es eine Alternative zum staatlichen Dogma der Alleinherrschaft. Die mittlerweile als Kernfrage der Türkei definierte kurdische Frage, vorangetragen durch den kurdischen Freiheitskampf, stellt die Unantastbarkeit des Staates der Türken in Frage. Diesem Staat erlauben die Kurden nun nicht mehr, dass sie von ihm diskriminiert, eliminiert oder assimiliert werden. Weder militärisch noch politisch. Die Praktiken des Staates seit der Republikgründung vor 86 Jahren haben gezeigt, dass etwas falsch läuft in seinem System. Dieses System funktioniert nur einseitig. Es basiert auf der Illusion: alles den Türken. Dass dem aber nicht so ist, haben die Kurden bewiesen und bieten somit auch die Alternative. Es ist zweifelhaft, dass der türkische Staat die kurdische Frage lösen will. Es ist nicht der Staat, der eine Vorliebe für Demokratie besitzt, es sind die Kurden, die in der Demokratisierung des Staates eine Chance zum freien Leben sehen. Daher haben sie ein starkes Interesse, diesen Staat etwas milder zu stimmen und liberaler zu gestalten. Denn mit seinem jetzigen Charakter ist er den Kurden gegenüber so etwas wie ein Monster, das sie am liebsten gleich verspeisen würde. Das Verspeisen der Kurden geschah mal militärisch, wie oft in der Vergangenheit, mal politisch, wie es jetzt die AKP versucht. Nun aber haben die Kurden derart große Dornen, dass es nicht mehr so einfach ist, sie zu verschlucken.

Dieser Staat wird die kurdische Frage nicht von sich aus lösen wollen. Es muss mehr Druck aus verschiedenen Richtungen auf ihn ausgeübt werden. Bislang war es die kurdische Seite. Aber dies reichte bisher nicht aus.

Die Lösung der kurdischen Frage, als ein wichtiges Instrument zur Demokratisierung der Türkei, kann vieles bewirken. Sie kann realisiert werden, wenn auch diejenigen, die von dieser alleinigen Staatsmacht ausgeschlossen werden, sich ebenfalls mutiger einmischen. Zuvor aber ist es wichtig, dass die Staatsfixierten eine kritischere Position einnehmen. Die bisherige Kritik derjenigen, die meinen, über den Tellerrand schauen zu können, begrenzte sich selbst mit den Folgen praktischer politischer Schritte. Einerseits fehlte es an Mut, die Ursachen anzupacken, andererseits stehen sie selbst unter dem starken Einfluss des Nationalismus à la „eine Nation, eine Sprache, eine Flagge".

Ein fataler Irrtum ist auch, dass mittlerweile viele türkische Journalisten, Akademiker, Politiker usw. glauben, mit einem Beitritt zur EU würde sich die Türkei demokratisieren. Solche Kreise beherbergen Menschen, die zwar körperlich in Istanbul leben, aber geistig in Brüssel zu Hause sind. Wieso soll die EU die Türkei demokratisieren? Schließlich haben die Europäer auch für ihre Demokratie kämpfen müssen. Es ist fatal, Demokratie von anderen zu erwarten, da man sich eigenhändig entmündigt.

Zum anderen ist die EU in dem türkisch-kurdischen Konflikt parteiisch und denkt dabei vielmehr an ihre Interessen als an den gesellschaftlichen Frieden in der Türkei.

Gerade diese Kreise haben im vergangenen Jahr zu zahlreich die Bühne der Politik besetzt – und sogar Beihilfe geleistet zur Verdrehung der Tatsachen. Was wiederum zu einer realitätsfremden Politik in der Türkei geführt hat.

Die ausschlaggebende Antwort vom letzten Jahr blieb in der Öffentlichkeit aus. Bis heute glauben viele an die Äußerungen des türkischen Staatspräsidenten und führenden Kopfes der AKP, Abdullah Gül, der am 6. Mai 2009 die kurdische Frage als die primäre Frage der Türkei bezeichnete, die gelöst werden müsse. Viele haben in diesem Glauben politischen Diebstahl begangen. Die Wahrheit ist geklaut und verdeckt worden. Die Wahrheit, für die die kurdische Seite ein großes Risiko auf sich genommen hat, wurde Gül und der AKP zugeschrieben. Hätte die kurdische Seite, vertreten durch die PKK, nicht schnellstens die AKP-Tricks entlarvt, würde man Gül wahrscheinlich für den Friedensnobelpreis nominieren. Es ist ja heute durchaus gängig, Kriegstreiber zu preisen.

Es ist an der Zeit, 2009 kurz zu bilanzieren, um zu zeigen, wo denn die Wahrheiten und Unwahrheiten versteckt sind.

Denn – wer von der Unwahrheit ausgegangen ist, wurde getäuscht und hat damit auf die falsche Karte gesetzt.

29. März – Kommunalwahlen: Der türkische Staat unternimmt alles, damit die AKP in Kurdistan die Lokalwahlen gewinnt. Daher sind sich AKP, Armee und Bürokratie einig, gemeinsam gegen die DTP aufzutreten. Selbst Kurden aus dem Irak werden zu Hilfe geholt. Der irakische Staatspräsident Celal Talabani ruft die Kurden auf, für die AKP zu stimmen. Auch Brüssel unterstützt die AKP, damit sie gewinnt.



Der politische Genozid des Staates – festgenommene PolitikerInnen, BürgermeisterInnen, MenschenrechtsaktivistInnen ... Foto: DIHA

Gegen die Kurden besteht ein breites nationales und internationales Bündnis. Aus dieser Tatsache heraus begreifen die Kurden schnell, dass wegen der internen und externen Bedingungen diese Lokalwahlen im Grunde den Charakter eines Referendums haben. Trotz der Realität gravierender Armut in Kurdistan aufgrund türkischer kolonialer Ausbeutung sagen die Kurden mehrheitlich „Nein zum Brot“ und den Lügen der AKP und „Ja zum Frieden“ und den Wahrheiten und bestätigen dies durch ihre Stimmen für die DTP. Das Wahlergebnis ist ein Schlag für AKP, Armee und alle anderen aus dem Anti-DTP-Bündnis.

Auf Wunsch der Kurden erklärt PKK am 13. April einseitige Waffenruhe: Die Kurden haben durch die Wahlen ihren Friedenswunsch zum Ausdruck gebracht. Sie haben deutlich gezeigt, dass sie nicht länger beim Wortspiel der AKP mitmachen werden. Sie haben dem Staat – vertreten durch die AKP – zu verstehen gegeben, dass sie endlich Frieden wollen. Dies versteht die PKK und erklärt am 13. April ihre sechste einseitige Waffenruhe seit 1993.

Es darf nicht vergessen werden, dass die Kurden seit 2007 „Êdî bese – Es reicht!“ gesagt haben. Êdî bese war ein „Es reicht“ zu sich selbst und gegen die kolonialen Verhältnisse. „Keine faulen Kompromisse für den Frieden“ war das Ziel dieser Parole. Und tatsächlich hat die zivile Organisierung der Kurden einen Aufschwung erlebt; eine neue Massenbewegung mit einem neuen Selbstbewusstsein hat sich Anfang 2008 in Kurdistan gezeigt. Die kurdischen Organisationen sind – da die Mehrheit der Gesellschaft bereit ist für den Frieden – politisch und diplomatisch in der Lage gewesen, noch engagierter und mutiger ihre Forderungen vorzubringen. Mit den Kommunalwahlen findet dies im Grunde seinen vorläufigen Höhepunkt.

14. April – AKP startet auf Wunsch des Staates politischen Genozid (1. Operationswelle) Die erste Operation gegen die DTP beginnt mit der Festnahme zahlreicher und hochrangiger Parteipolitiker. In der Öffentlichkeit wird sie als „KCK-Operation“ bezeichnet. Der starke kurdische Wille wird nicht akzeptiert und soll gebrochen werden.

Abdullah Gül nennt manipulative Realität: Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül erklärt am 6. Mai, die kurdische Frage sei eine primäre Frage der Türkei und müsse daher gelöst werden. Ferner sagt er den mysteriösen Satz: „In der kurdischen Angelegenheit werden gute Dinge passieren.“ Was er damit meint, stellt sich allerdings praktisch viel später heraus: Er meint eigentlich das Gegenteil, nämlich gute Dinge für die Türkei, was etwa so viel heißt wie schlechte Dinge für die Kurden. Die Bilanz der Festnahmen seit dem 14. April 2009 bis Mitte Februar 2010 zeigt: Schlechte Dinge sind den Kurden widerfahren.

Koordinator für die Öffnung: Im Juni wird Innenminister Beşir Atalay von Premier Erdoğan als Koordinator für die kurdische Öffnung eingesetzt. Atalay reist quer durch die politischen Parteien, Nichtregierungsorganisationen, zu Künstlern und anderen, um für etwas zu werben, was niemand so richtig versteht. Es wird um eine Luftblase debattiert, die öffentlich als „kurdische Öffnung“ bekannt gemacht wird.

Abdullah Öcalan will Worte zur Friedenspraxis machen: Da die Mehrheit der Kurden, aber auch bereite Teile der türkischen Gesellschaft, den Frieden herbeisehnen, erklärt Abdullah Öcalan im Juni, er arbeite an einer Roadmap für den Frieden. Diese wird im August fertiggestellt – jedoch der Öffentlichkeit und seinen Anwälten sowie später dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorenthalten. Angesichts der Tatsache, dass Abdullah Öcalan nicht irgendjemand ist, sondern von den Kurden trotz seiner Inhaftierung noch immer als ihr Vertreter wahrgenommen wird, vermittelt die AKP-Regierung mit dem Blockieren des Friedensplans eine politische Botschaft: „kurdische Öffnung“ ohne die Beteiligung der kurdischen Seite. Obwohl sowohl die PKK als auch bereite Kreise in der Türkei und international die Herausgabe der Roadmap für den Frieden fordern, wird sie bis heute zurückgehalten.

Die Labilität der „kurdischen Öffnung“: Die „kurdische Öffnung“ der AKP dient eigentlich zur Beendigung der kurdischen Initiative für den Frieden, deren klarer Ausdruck die Wahlen vom 29. März waren.

Der AKP ist es nicht ernst damit. Der „tiefe Staat“ hatte die AKP schließlich nicht an die Regierung kommen lassen, um in die Türkei ein Fremdwort, nämlich „Frieden“, einzuführen. Es ist nicht so einfach, mit dem Frieden zu jonglieren, was die Öffentlichkeit unter der „kurdischen Öffnung“ versteht. Selbst diese Bezeichnung ruft allergische Reaktionen bei nationalistischen Kreisen hervor. So wird binnen zwei Monaten die „kurdische Öffnung“ zur „demokratischen Öffnung“ und endet dann im Fass des türkischen Nationalismus als „Projekt der nationalen Einheit“.

AKP wirbt während „kurdischer Öffnung“ für den Krieg: Ende September wird das Spiel der „kurdischen Öffnung“ noch deutlicher. Ein hohes Gericht in Ankara führt ein Verfahren gegen die DTP-Co-Vorsitzende Emine Ayna und den Abgeordneten Selahattin Demirtaş.

Zeitgleich wirbt die AKP für die Verlängerung des Parlamentsmandats für grenzüberschreitende Militäroperationen gegen die PKK in Irakisch-Kurdistan. Das türkische Parlament stimmt dem Antrag am 6. Oktober zu, die PKK beurteilt dies als Kriegserklärung.

Abdullah Öcalans Beharren auf Frieden: Während aus Ankara Stimmen für militärische und politische Attacken laut werden, interveniert Abdullah Öcalan erneut, um die Hoffnung auf Frieden, die unter den breiten Massen positive Resonanz findet, zu retten. Mehrmals hat er die AKP zur Vernunft und Sicherheit für die Zukunft aufgerufen, hat ihr trotz seiner begrenzten Möglichkeiten mit Überzeugungsarbeit zu erklären versucht, dass der Boden für einen türkisch-kurdischen Frieden reif sei. Die Roadmap war daher eine wichtige Chance von kurdischer Seite. Denn Abdullah Öcalan hat eine Realität sehr deutlich erkannt, dass Frieden in der Türkei die permanente Ermutigung auch nur geringster Chancen bedeutet. Er selbst hatte von März 1993 bis zum 13. April 2009 sechs Mal die PKK dem Frieden zuliebe zu einseitigen Waffenstillstandsangeboten aufgerufen.

Frieden kommt aus den kurdischen Bergen: Abdullah Öcalan erkennt, dass sich die Entwicklungen unter dem Namen der „kurdischen Öffnung“ ihrem Ende zuneigen, und interveniert erneut aus Imralı. Seinem Aufruf folgend kommen am 19. Oktober acht Guerillakämpfer aus den Qandil-Bergen und 26 Zivilisten aus dem Flüchtlingslager Mahmur in die Türkei.

Sie bringen die Botschaft des Friedens. Zum ersten Mal in den 30 Jahren Krieg zwischen dem türkischen Staat und dem kurdischen Volk kommen Guerillakämpfer offiziell und lebend in die Türkei. Diese Tatsache entfacht ein Gefühl des Newroz (kurdischer Widerstandstag, auch Neujahr) bei den Kurden. Abertausende versammeln sich, um die Friedensbotschafter willkommen zu heißen. Ganz Kurdistan steht auf zu Dilans (Freudentänzen).

Mit diesem Schritt werden zwei Dinge offensichtlich: einmal die Bereitschaft der Kurden, für den Frieden Risiken auf sich zu nehmen, aber auch die Loyalität gegenüber Abdullah Öcalan aufgrund seines unermüdlichen Engagements für den Frieden.

Bestrafung Abdullah Öcalans – Bestrafung der Kurden: Am 17. November erklärt Abdullah Öcalan, in eine neue Zelle verlegt worden zu sein, architektonisch einem Todesloch ähnlich gestaltet. In Kurdistan wird diese Nachricht wie in den letzten elf Jahren verstanden. Denn die Kurden wissen, dass jede negative Veränderung auf Imralı mit der Zeit auf sie übertragen wird. Kriegserklärungen gegenüber den Kurden werden zunächst auf Imralı gegen Abdullah Öcalan eingeleitet. Dies ist zu einer Lebenserfahrung für die Kurden geworden, weshalb sie binnen weniger Stunden auf die Barrikaden gehen.

2. Operationswelle gegen die DTP: Am 11. Dezember wird die DTP verboten. Gegen 38 kurdische Politiker wird ein fünfjähriges Verbot politischer Betätigung ausgesprochen.

3. Operationswelle – auch BDP wird zur Zielscheibe: Am 24. Dezember werden 80 Mitglieder der neuen Partei BDP (Partei für Frieden und Demokratie) festgenommen. Darunter zahlreiche Bürgermeister, Anwälte, Journalisten, Frauenaktivistinnen.

Operationswellen beabsichtigen politischen Genozid: Die 4., 5. und 6. Operationswelle laufen mittlerweile mit Turbogeschwindigkeit. Es ist daher äußerst schwer einzuschätzen, wie viele nunmehr in den Gefängnissen sitzen. Unter den nahezu 5 000 Festgenommenen werden einige freigelassen. Manche warten immer noch auf eine Verhandlung. Es ist daher tatsächlich schwer, die Anzahl derer, die im Gefängnis sitzen, genau zu beziffern. Selbst der Menschenrechtsverein IHD ist nicht dazu in der Lage. Tagtäglich kommt es zu neuen Verhaftungen. Man könnte meinen, die AKP habe mit ihrem ersten Befehl zu den Festnahmen am 14. April beschlossen, alle Kurden zu inhaftieren.

Nichts Neues in der Türkei, nur die AKP-Nuance: Die Logik der Festnahmen besteht darin, die Kurden handlungsunfähig machen zu wollen. Während frühere Regierungen mehr auf die physische Vernichtung der Kurden setzten, weshalb in den 90er Jahren mehrere Tausend kurdische Intellektuelle, Journalisten, Anwälte, Geschäftsleute, Künstler, Menschenrechtler und politische Aktivisten auf brutale Art und Weise durch „unbekannte Täter“ ermordet wurden, hat heute der Begriff der Eliminierung einen etwas veränderten Inhalt bekommen. Aber genau hier liegt der feine Unterschied der AKP zu den Vorgängerparteien. Sie will die kurdische Frage allein lösen. Aber dafür ist es nun zu spät. Denn wer seinen Gegner erkennt, der hat die Hürde zur Hälfte genommen. Auch wir Kurden haben die AKP-Regierung als die letzte Chance des türkischen Staates erkannt und entlarvt. ♦

Das Schicksal von Minderjährigen im zivilen Widerstand in Kurdistan

Werfen sie Steine oder ist die Justiz versteinert?

Reyhan Yalçındağ, Menschenrechtlerin, Unterzeichnerin des Appells „Gerechtigkeit für Kinder“

In den vergangenen dreißig Kriegsjahren mussten die Kurdinnen und Kurden stets Qualen erfahren wie Folter, Tod, Morde sogenannter unbekannter Täter, Massengräber, kalte steinerne Gefängniswände, Verleugnung, Erniedrigung, Vernichtung und weitere menschenverachtende Verbrechen.

Um Mitternacht haben sie sich im Dunkeln auf die Flucht begeben. Maskierte, bewaffnete Banditen hatten ihre Kinderträume in der Nacht unterbrochen. Sie verbrannten nicht nur ihre Häuser, sondern nahmen ihnen ihre Väter, Brüder und Onkel. Manche Zwillingsgeschwister kamen bei den Bränden ums Leben. Manche mussten „nur zur Strafe für die ungehorsamen Eltern“ bis zum Morgen draußen im Schnee ausharren und ihre Gemüter froren. Manche mussten die Vergewaltigung ihrer Mütter mit ansehen.

Diejenigen, die kamen, waren dunkel, kaltblütig, herzlos und den schönen Träumen der Kinder und Jugendlichen feindlich gesonnen. Sie waren grausam, ängstlich und die Verfasser der dunkelsten Seite der Geschichte.

Diese Kinder und Jugendlichen waren in den Städten, in die sie fliehen mussten, den Erniedrigungen durch Menschen ausgesetzt, deren Sprache sie nicht verstanden. Sie haben ihren Vater, dem sie eines Nachts aus den Armen gerissen wurden, nicht wiedergesehen; Väter, die nicht einmal ein Grab haben, zu dem sie gehen könnten ... Sie blieben hungrig und in der Kälte. Sie hatten kein Dach über dem Kopf, ihre kleinen Hände putzten manchmal Schuhe, manchmal gingen sie ihren kleinen Körper deutlich überfordernden Arbeiten nach, um nach Hause Brot mitbringen zu können.

Diese Kinder und Jugendlichen sind an den Gefängnistoren aufgewachsen. Ihre Liebsten haben sie jahrelang hinter Mauern, „steinernem“ Beton gesehen. Sie hatten niemals Spielzeuge; ihre Spielzeuge waren Minen, Granaten und Handbomben. Sie bezahlten mit ihrem Leben dafür, dass sie gefährliche Gegenstände für Spielzeug hielten ...

Jetzt befinden sich Tausende von diesen Kindern und Jugendlichen im Gefängnis. Sie bekommen Strafen, die das Doppelte ihres Alters betragen. In ihren Briefen schreiben sie, dass alle Farben des Regenbogens dunkel geworden seien, und weinend fordern sie „gebt uns unsere Freiheit wieder“.

Was ist denn ein Stein?

Nach dem Antiterror-Gesetz wird er wie eine „schwere Waffe“ behandelt. Die Kinder und Jugendlichen, denen wegen Steinwürfen der Prozess gemacht wird, werden wegen Parteimitgliedschaft zu Dutzenden Jahren Haft verurteilt. Steine sind häufig Bestandteile von Kinderspielzeug. Manchmal sind sie Ausdruck von Widerstand, manchmal ein Mittel zum Selbstschutz. Was sie auch sagen – diese Minderjährigen, die die Mörder ihrer auf offener Straße hingerichteten AltersgenossInnen mit Steinen bewarfen, haben in keinster Weise daran gedacht, dass die Konsequenz so schwer sein würde. Während sie so teuer bezahlen mussten für den Steinwurf als Widerstandsform gegen die „Erwachsenen“, die Kinder ermorden und sich frei bewegen können, und im Gefängnis Hunger, Durst, Folter und Erniedrigungen ausgesetzt sind, sind sie aber auch in der Lage zu erkennen, was diejenigen, die dem gegenüber schweigen, von ihrer Menschlichkeit verlieren.

Warum haben diejenigen, die für Kinder in Palästina weinen, so versteinerte Gewissen, wenn es um kurdische Kinder geht? Warum können sie so barbarisch und gewissenlos werden?

Sind nicht alle Kinder der Welt – palästinensische, afghanische, kurdische, sudanesische – Geschwister?

Zügiges Vorgehen notwendig

Die aktuelle Lage, schlimmer als in den 90er Jahren, trifft in erster Linie die Kinder. Heute sind tausende Menschen, darunter kurdische PolitikerInnen, BürgermeisterInnen, MenschenrechtlerInnen, Abgeordnete, im Gefängnis nur, weil sie von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machten. Einer der im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses wichtigsten Aspekte für die StaatsbürgerInnen war eine Änderung der jetzigen antidemokratischen Gesetzgebung in eine pluralistische, demokratische und zivile Verfassung, welche die Rechte und Freiheiten garantiert. Jedoch gab es mit zahlreichen Veränderungen 2004 im Straf-, Polizei- und Befugnisrecht Rückschritte. Damit wurden Freiheiten und Rechte unbrauchbar gemacht und jeg-

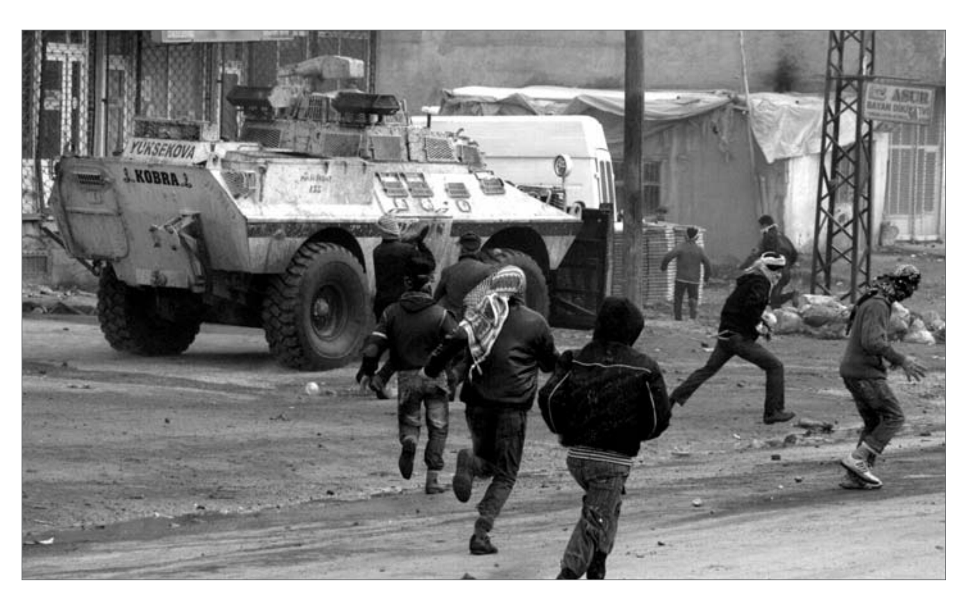
liche Aktivitäten der demokratischen Opposition wurden der „Mitgliedschaft in einer Organisation" zugeordnet.

Wegen einer Parole, eines Peace-Zeichens bei einer Veranstaltung, eines Steins, der Richtung Panzer geworfen wurde, jedoch nicht traf (was wäre, wenn er getroffen hätte, wenn er von einem Kind geworfen worden wäre?), wurden tausende Leben zerstört. Alle Gesetze müssen dringend an die internationalen Abkommen, allen voran die europäische Menschenrechtscharta und die Kinderrechtskonvention der UN, angepasst werden.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes veröffentlichte seine abschließenden Beobachtungen am 2. Oktober 2009 gemäß dem Rechenschaftsbericht der Türkei. Im Paragraphen 25 wurden viele Aspekte thematisiert. Sie sollen bei der Auswertung des Länderberichtes 2010 erneut bewertet werden. Der Ausschuss wiederholte seine Mahnung vom Bericht über Kinderrechte für das Jahr 2001 und schlug die Abschaffung der Einschränkungen im Kinderrecht vor. Zudem äußerte er seine ernsthafte Besorgnis über die Veränderung von 2006, die es dem Antiterrorkampf gemäß ermöglicht, dass über 15-Jährigen vor dem Hohen Strafgericht der Prozess gemacht wird. Der Ausschuss äußerte einhergehend mit der Registrierung der vom Staat herausgegebenen Informationen ebenso seine Besorgnis über die steigende Zahl dieser Jugendlichen. Die verhängten Strafen sowie die Anwendung des Antiterrorkampfes gegen Kinder und Jugendliche, die sich an Protestaktionen beteiligen, widersprechen laut Bericht der Kinderrechtskonvention.

Seit Beginn der Tragödie der Kinder und Jugendlichen, die der versteinerten Gerechtigkeit des Staates ausgesetzt waren, hat die Initiative „Gerechtigkeit für Kinder", die von zahlreichen JournalistInnen, JuristInnen, KünstlerInnen, PolitikerInnen, Intellektuellen und MenschenrechtlerInnen gegründet wurde, ihre Ansichten über notwendige Gesetzesänderungen mit der internationalen und regionalen Öffentlichkeit sowie allen im türkischen Parlament vertretenen Parteien geteilt. Das Problem ist eigentlich überaus offensichtlich: Wie können in einem Land, in dem Kinder aufgrund gesetzlicher Alters- und Volljährigkeitsbestimmungen keine Vereinsmitgliedschaft eingehen können, 13-, 14- oder 15-Jährige einfach als Mitglieder einer illegalen Organisation angesehen werden?

Daher ist eine dringende rechtliche Änderung erforderlich, welche die Haftstrafe für Minderjährige aufgrund Steinewerfens oder Parolenrufens aufhebt. Laut UN-Konvention sind die Prozess- und Strafbedingungen für unter 18-Jährige klar geregelt. Das Problem ist nicht allein durch eine Übertragung der Prozessführung von speziellen Hohen Strafgerichten (Jugendlichen zwischen 15 und 18 wird noch immer vor diesem Gericht der Prozess gemacht) auf Hohe Kindergerichte lösbar. Wir wissen, dass die AKP-Regierung in den vergangenen Monaten der Justizkommission des Parlaments eine solche Vorlage eingereicht hat. Wir haben wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass Gesetzesänderungen das Problem in keinster Weise lösen werden. Ungeachtet aller politischen Manöver muss als Voraussetzung für Gewissenhaftigkeit und Menschlichkeit dieser Tragödie, die diese Kinder und Jugendlichen und ihre Familien erleben, ein Ende gesetzt werden. Tausende Kinder und Jugendliche, die „keine Parteimitglieder sind, aber im Namen dieser eine Straftat begehen" und zu Dutzenden Jahren Gefängnis verurteilt wurden, denen das Recht auf Bildung und Freiheit genommen wurde, müssen freigelassen werden.



15.-Februar-Protest in Amed — Foto: DIHA

Bei diesen Kindern, Jugendlichen und Familien muss man sich entschuldigen.

Ich kenne die Wunden, die in ihren Körpern aufgerissen wurden, nicht; aber wenn es um ihre Heilung geht, so ist es das Problem der Staatsvertreter, die für dieses Drama verantwortlich sind.

Diese Wunden werden bluten, wenn sie nicht behoben werden.

Sonst werden sich Menschheit und Umwelt schämen. Sonst wird der Fluch von Kindern wie Uğur, einem Zwölfjährigen, dem mit 13 Schüssen das Lachen gestohlen wurde und der uns vom Himmel aus beobachtet, niemals über dieser Region verschwinden.

Wie können Sie so Ihren Kindern, Ihren Enkeln ins Gesicht schauen, ohne sich zu schämen? ♦

Zur Rolle der Türkei im Mittleren und Nahen Osten

Ahmet Davutoğlu und seine „strategische Tiefe"

Sinan Sinegır

Die herrschenden Mächte haben nach dem 11. September nach neuen Wegen zum Ausbau ihrer Herrschaft gesucht. Auf der Grundlage neuer Bündnisse suchten sie alternative Systeme gegen die sie bedrohenden Kräfte zu etablieren. Mit unterschiedlichen Mitteln und Vermittlern versuchen sie auf vielen Gebieten unter verschiedenen Namen ihr Ziel zu verwirklichen. In diesem Zusammenhang wollen die USA unbedingt das Projekt „Greater Middle East" verwirklichen.

Da einige radikal-islamische Bewegungen im Nahen/Mittleren Osten die imperialistischen Kräfte bedrohen, sollen mit dem Projekt „gemäßigter Islam" neue Bündnisse auch durch die Entwicklung neuer künstlicher Machtzentren geschaffen werden, um diese radikalen Bewegungen einzudämmen und zu mäßigen.

Als ein Land, das die Rolle eines solchen Zentrums einnehmen soll, ist die Türkei hervorgetreten. Auch wenn ihr Name fällt, so sind der Fethullah-Gülen-Orden sowie die von ihm beherrschte AKP und damit die Regierung der Türkei die von den USA selbst geschaffenen Sonderbeauftragten.

Es ist kein Zufall, dass die AKP nach dem Angriff vom 11. September gegründet wurde und an die Regierung kam. Die der AKP in diesem Projekt zugeschriebene Rolle ist der eigentliche Grund, warum sie seit sieben Jahren an der Macht ist. Der Orden und seine Partei, die im vorgesehenen Rahmen agieren, erweitern ihr Wirkungsnetz mithilfe der globalen Wirtschaft durch die Organisierung in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur.

Nach dem Regierungsantritt der AKP betonten im November 2007 Bush und Erdoğan ihre „strategische Partnerschaft". Dies kam einer Bekanntgabe der der Türkei von den USA zugeschriebenen Rolle gleich. Es war also beabsichtigt, unter dem Deckmantel des Anti-Terror-Kampfes die Region auf neue schmutzige Kriege und Komplotte vorzubereiten.

Das neue Modell Türkei

Vor allem die USA sind bemüht, die AKP im Mittleren Osten als „Vorbild" darzustellen. Die AKP nutzt jeden politischen, militärischen, diplomatischen und ökonomischen Trumpf, um ihrer Rolle gerecht zu werden. Sie versucht zudem, mit verfeindeten Kräften Beziehungen und Bündnisse aufzubauen und eine Vermittlerrolle zu spielen.

Nachdem die AKP-Regierung verstanden hatte, dass ihr für die überregionalen Pläne und Projekte die vorhandenen Kader nicht genügen, berief sie den Nahost-Experten und Strategen Ahmet Davutoğlu zum Außenminister. Der war bereits Chefberater der AKP gewesen und erhielt den Ministerposten trotz fehlenden Abgeordnetenmandats. Dass erfahrene Experten ohne Zustimmung des Volkes solche strategischen Aufgaben erhalten, ist ein gutes Beispiel für die Dringlichkeit der aktuellen Planung und die außerordentlichen Bedingungen ihrer Realisierung.

Grundlage der sich unter Führung des Außenministers Davutoğlu entwickelnden türkischen Außenpolitik ist zum einen die Intensivierung der strategischen Partnerschaft mit den USA und Israel, zum anderen das Bemühen, sich den diese Partnerschaft gefährdenden Kräften als islamischer Staat mit Fortschrittsambitionen als Vorbild zu verkaufen.

Ein Grund, die Türkei vor allem den Ländern mit radikal-islamischem Potential als Modellstaat im Nahen und Mittleren Osten zu präsentieren, ist die Absicht, dieses Potential zu vernichten. Ein anderer Grund ist das Ziel, dem Beispiel der Türkei entsprechend alle Länder dieser Region Interventionen von außen und so der Übernahme der Kontrolle über Wirtschaft, Kultur und Religion zu öffnen. Alle konsequenten Kräfte, allen voran die Kurden, sollen sich dem unterwerfen.

Entsprechend seiner Mission spielt der türkische Staat und in seinem Namen der Nahost-Experte und Stratege Außenminister Davutoğlu die Vermittlerrolle zwischen Syrien und Israel, Palästina und Israel, Widerstandskämpfern im Irak und den USA, den Arabern sowie Sunniten und Schiiten.

Auch im Atomstreit zwischen den USA und dem Iran ist die Türkei intensiv engagiert. Interessant ist, dass sie sogar bereit ist, das strittige Nuklearmaterial bei sich zu lagern.

Betrachtet man auch die Rolle der Türkei bei den iranisch-syrischen Beziehungen, so erkennt man unweigerlich, dass die USA ihnen feindlich gesonnene Staaten mithilfe der Türkei kontrollieren wollen.

Dieselben Projektbetreiber versuchen in allen Bereichen, in denen sie militärisch bedrängt werden, die türkische Armee auf ihre Seite zu holen und gegen die regionalen Kräfte einzusetzen. Am offenkundigsten in Afghanistan und im Irak. Während USA und NATO mit intensiven diplomatischen Akti-

vitäten um den Einsatz der türkischen Armee in Kampfgebieten bemüht sind, tritt die lobende Erwähnung türkischer Soldaten durch militärische Führungskräfte hervor. Somit steht die Türkei im Mittleren Osten mittels AKP für die praktische Umsetzung des Projekts „Groß-Mittelost".

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die geopolitische Lage der Türkei, die sich aus der Verbindungsposition zwischen Europa und Asien sowie der Angrenzung an drei Meere ergibt. Diese strategischen Vorteile versucht die AKP über ihren Außenminister in Beziehungen und Bündnisse umzuwandeln. Der beginnende Aufbau von Beziehungen zu einigen zentralasiatischen Staaten, die Unterzeichnung des Protokolls mit Armenien und die Aufhebung von Visa-Bestimmungen mit einigen arabischen Staaten – zuletzt wurde die Visumpflicht zwischen Syrien, Libyen, Jordanien und der Türkei aufgehoben; entsprechende Anfragen wurden auch Russland und Ägypten übermittelt – vermehren die vorhandenen Fragezeichen.

Die Beziehungen zwischen Türkei und EU

Wie sieht es vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen mit den Beziehungen zur EU aus? Ist der Traum eines EU-Beitritts unter Führung der AKP-Regierung beendet? Sucht die AKP nach alternativen Bündnissen? Können ihre Aktivitäten als solche Initiativen betrachtet werden? Weitere ähnliche Fragen können gestellt werden.

Auch wenn die AKP-Regierung mit ihrer Außenpolitik ihre neo-osmanische Vorherrschaft weiterentwickeln will, ist es eine Tatsache, dass der Türkei ihre Mission in der Phase des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches übertragen wurde und nicht in dessen Blütezeit. Unter der neuen Weltordnung ist die Politik, die Realität von Beziehung und Widerspruch gleichzeitig zu leben und die Gegner an sich selbst ersticken zu lassen, vorherrschend und wirkungsvoll. Während das Ziel dasselbe ist, besteht der Unterschied nur in der Art und Weise der Umsetzung.

Die AKP und ihre Führung sind momentan die einzige Kraft, die freundschaftliche Beziehungen mit zu ihr im Widerspruch stehenden Kräften unterhält – gleichzeitig mit Hamas und Israel, im Irak mit Schiiten und Sunniten, mit Armeniern und Aserbaidschanern etc. Diese Situation entspringt nicht eigenem Können, sondern ist eine von anderen übertragene Mission, und die Fäden halten andere Kräfte in der Hand.

Die Position der Kurden

Eine im Rahmen dieses Projekts zu berücksichtigende andere wirkungsvolle und bedeutende Kraft stellen nach dem Fall des Irak die Kurden sowie ihr Mitspracherecht in der regionalen Politik dar. Während die USA wiederholt erklärten, den Kurden einige Aufgaben und eine Mission aufgetragen zu haben, versuchten die Türken dies bis zu einem gewissen Zeitpunkt außer Acht zu lassen. Nachdem sie jedoch verstanden hatten, dass sie durch weitere Ignoranz noch mehr verlieren würden, fingen sie an, zwischen auszuschaltenden Kurden und solchen, die akzeptiert werden müssen, zu unterscheiden. In diesem Zusammenhang begann der Aufbau der Kontakte mit den in Süd-Kurdistan vorherrschenden Kräften. Zudem wurde die Vernichtung der Guerilla in Nordkurdistan und der PKK, als Vertreterin aller Kurden, beschlossen.

Inwieweit dies im Rahmen des „Greater Middle East"-Projekts auch den USA dient, ist ein anderes Thema. Ein Plan, der eine Volksbewegung, wie sie die PKK ist, sowie die historische und politische Realität der Region nicht berücksichtigt, kann keinen Erfolg haben. Während die AKP und ihre Verbündeten so kalkulieren, verstärken unbeirrte Kurden und regionale demokratische Kräfte ihre Verteidigung und vertiefen ihren Zusammenhalt im Rahmen der Völkerfreundschaft.

Die Lösung des Problems liegt weder in neo-osmanischen Strategien noch in neuen Modellen, welche den Interessen der Völker widersprechen. Die eigentliche Lösung ist ein ausschließlich demokratisches System auf der Basis des Zusammenlebens der Völker. Der größte Irrtum Ahmet Davutoğlus und seiner Verbündeten ist es, den seit 200 Jahren vorherrschenden, mittlerweile jedoch allgemein abgelehnten türkischen Chauvinismus nationalstaatlicher Prägung erneut aufleben lassen zu wollen. Diese Strategie werden weder die Kurden noch die Völker der Region ertragen, die 600 Jahre die Qualen unter dem Osmanischen Reich erlitten haben, und sie werden sie auch nicht akzeptieren. ♦



15.-Februar-Protest in Riha (Urfa): „Öcalan ist die PKK, die PKK ist das Volk" Foto: DIHA

6. Internationale EUTCC-Konferenz

„Let's start the Kurdish initiative all over again“

Hans Branscheidt, Board of Directors EUTCC Brüssel

Die 6. Internationale Konferenz der EUTCC im Brüsseler EU-Parlament (3./4. Februar 2010) hatte in ihrer Titelüberschrift ein Motto als Arbeitsaufgabe formuliert: „Turkey and the Kurdish Conflict: Political Dialogue & Peace“.

Mehr als ihre Vorgängerkonferenzen fand die jetzige weitreichende Beachtung: der Plenarsaal war mit zeitweilig über 200 Teilnehmern ausgebucht.

Die Debatte selber, für die erstmals dem Plenum viel Zeit zur Verfügung stand, gestaltete sich selten engagiert und lebendig. Das Urteil des in Kurdenkreisen bekannten Dr. Rebwar Fatah (London) mag zutreffen:

„Die EUTCC-Konferenz ist zur Zeit international das interessanteste und wichtigste diplomatische Plenum zur Lage der Kurden.“

Zu dieser Bewertung trug gewiß auch die erstmalige förmliche Teilnahme eines Delegierten der EU-Kommission (Enlargement Office) bei. Jean-Christophe Filoris Redebeitrag, der das Verbot der DTP im Namen der Kommission verurteilte, ist vor allem dann nicht geringzuschätzen, wenn man weiß, daß im Vorfeld der EUTCC-Versammlung die offizielle türkische Delegation in Brüssel hart daran gearbeitet hatte, dessen Auftritt zu verhindern. Filori ließ keinen Zweifel daran, „daß solche Maßnahmen (der AKP; Verf.) eine Gefahr für die weitere demokratische Öffnung des Landes und seiner Gesellschaft darstellen, (….) und wir, die EU Commission, werden jede nur eben erdenkliche Bemühung unterstützen, die auf Verhandlungen in Richtung Frieden, Demokratie und Stabilität in der Region zielt.“

Vom Verfasser im persönlichen Gespräch befragt, ob man in seiner Teilnahme eine Art Veto gegenüber Ankara erkennen könne, äußerte er: „Wir sind nicht einverstanden mit dem, wie das jetzt alles geschieht, und wir haben den Eindruck, man hört nicht auf uns. Wir werden uns aber bemerkbar machen und wir sind auch gewiß, daß man wieder auf einen gradlinigen und strikten Kurs des Dialogs setzen wird. Vorschreiben aber können und wollen wir der Türkei nichts.“ Frage an Filori: „Was aber stimmt Sie optimistisch, wenn die EU selber auf die Türkei nur geringen Druck ausübt?“ Antwort Filori: (lacht) „Nun, es gibt anderweitige Konstellationen, die hier zählen, der Rückzug der USA aus dem Irak bis 2011, das ist ein hohes Tempo, das will bewältigt sein ohne Restkrisen, jenseits eines Vakuums und mit der Perspektive auf Stabilität. Die USA meinen, Ankara sollte es den Kurden nicht zu schwer machen – und vor allem zu prägenden Ergebnissen kommen, jedenfalls zu signifikanten Zwischenergebnissen. Experimente kosten da zuviel Zeit. Gleichzeitig konzentrieren sich die USA auf Afghanistan, tendenziell noch mehr auf Pakistan. Sie wünschen eine starke türkische Delegation in Afghanistan, deshalb wiederum kann die Türkei zur Zeit Unterstützung für ihren Kampf gegen die PKK reklamieren. Wir werden das in den Monaten März und April erleben. Die USA werden dem assistieren. Die entscheidende Frage aber lautet, was kommt danach? Möglicherweise erleben wir 2010 so eine Art letztes Gefecht in diesem Krieg. Dann wird auch die EU sich stärker zu Wort melden, und wir benötigen keine verhafteten Bürgermeister.“

Leyla Zanas nachdrückliche Rede wurde mit großem Applaus bedacht. Tags darauf hatte sie eine erfolgreiche Zusammenkunft mit Jerzy Buzek, dem Präsidenten des EU-Parlaments, der ihr seine Solidarität versicherte. Mit stehendem Applaus und Ovationen begrüßte das Plenum den sprachlich höchst anrührenden Redebeitrag von Osman Baydemir, der aufgrund eines offiziellen Reiseverbots ins Ausland nicht teilnehmen konnte.

Den meistgesagten Satz aller Rednerinnen und Redner der Konferenz hatte Leyla Zana bereits in ihrem Eröffnungsbeitrag ausgesprochen: „Kompromiß, politischen Dialog und Frieden kann man nur erreichen, wenn man auch die jeweilige andere beteiligte Seite sieht und anerkennt.“

Wenn nicht gleich explizit die Teilnahme der PKK und die von Abdullah Öcalan an zukünftigen Lösungsgesprächen von nahezu allen prominenten Panel-Teilnehmern gefordert wurde, so erkannte man doch mindestens deren indirekte Beteiligung als sinnvoll und unerläßlich an.

Ibrahim Bilmez trug solche Vorstellungen im Namen „meines Klienten“ (Öcalan) vor: Während der letzten 11 Jahre habe dieser sich in Wort und Schrift und für den Frieden ausgesprochen, worauf die staatliche Reaktion die einer verschärften Isolierung gewesen sei. Die kürzliche Road Map habe nichts anderes enthalten als konstruktive Pläne zur Erreichung dieses Ziels, die Antwort sei deren Beschlagnahmung gewesen. Man hoffe nun auf die Möglichkeiten der europäischen Institutionen, diesen Text demnächst vielleicht veröffentlichen zu können.

Durchweg waren die prominenten Referenten und Referentinnen besorgt über die verdächtige Metamorphose im politischen Vokabular der Regierungspartei AKP: Von einem „Kurdish opening“ über weitere verbale Deklinationen hin zu einem schließlichen Projekt der „national unity“ der Türkei. Bei einer Bilanz innerhalb eines einzigen Jahres (2009) von 1445 Verhafteten (lt. Osman Baydemir) und einigen Tausend länger oder kürzer inhaftierten Kindern und Jugendlichen. Angesichts von völkerrechtswidrigen blutigen „cross border operations“ Richtung Irak/Südkurdistan. Operationalisiert von einer „trilateral commission“, einem „joint command“-Stab der USA und der Türkei in Arbil/Hewler.

In Ansehung dessen gab es gewichtige Stimmen, die prinzipiellen Zweifel an der Dialog- und Friedensbereitschaft der türkischen Regierung zu erkennen gaben. Kein Dialogprojekt käme hier überhaupt zum Zuge, sondern lediglich ein „counterinsurgency-Konzept“, dessen zielbewußte Absicht es sei, die kurdischen politischen Formationen und insbesondere die PKK nicht nur physisch zu vernichten, sondern vor allem zu delegitimieren. Statt forciertem Dialog müsse man eskalierende counter-Maßnahmen erwarten: in der gesamten Breite der Palette des modernen Anti-Guerilla-Warfare: militärische Kampagnen, Propaganda, psychologische Kriegsführung, Denunziationen und gefälschte Enthüllungen.

Andere Redner empfahlen „Geduld“ und setzten, wie der vielbeachtete Hasan Cemal, auf weitere intensive Diplomatie und beharrliche Gesprächsbemühungen. So auch Doğu Ergil. Die eine klare politische Prosa sprechende Emine Ayna – früher DTP, jetzt BDP-Partei – konterkarierte diese Auffassung durch den Hinweis: Zeit habe man schon und Geduld auch, aber alles dies nütze nur, wenn man den Verhandlungspartner positiv identifiziere, statt ihm nur Handschellen anzulegen.

Die verbreitete große Besorgnis angesichts der regressiven Tendenz in der Politik der Türkei gegenüber den Kurden mag dazu beigetragen haben, daß die Konferenz inhaltlich sehr substantielle Beiträge zu verzeichnen hatte, die das übliche Schema von Allerweltsreden hinter sich ließen: thematisch-produktive Verdichtungen der Frage nach den Umständen, den Methoden und der strukturellen Gliederung möglicher Friedensgespräche und deren Etappen.

Besonders die Session III der EUTCC-Konferenz bestach durch solche Konkretionen:

Herausragend der Beitrag „Prospects for Peace and Democratic Reconciliation“ von Mehmet Yuksel (KNK), aufsummiert in essentiellen Forderungen und Erwartungen. Pragmatisch und einleuchtend die Forderungen von Kerim Yıldız (KHRP – London). Meistbeachtet allerdings am Ende der Konferenz der luzide Beitrag von Mark Muller QC (London) „Kurdish Initiative: Illusion or Reality?“, der bei aller Skepsis, die er nicht verleugnete, die Ansicht äußerte, es gebe eben nur diesen einen mühevollen Weg des Versuchs zum Dialog – wobei Mark Muller zur politischen Selbstvergewisserung 10 Commandments abschließend formulierte, die mit großem Applaus des Publikums bedacht wurden. Nicht zuletzt ihrer sprachlichen Stringenz wegen.

Trotz auch gelegentlich differenten Ansichten auf dem Podium und aus der Plenardebatte war die Versammlung durch eine eindrucksvolle Bemühung zur Einigkeit in gemeinsamer Sache gekennzeichnet. Dies fand auch in der Zustimmung zur ebenfalls gründlich diskutierten „Final Resolution“ seinen Ausdruck.

Diese fixierte tatsächlich die allgemeine Willensbekundung der Teilnehmer:

– Sofortige Beendigung aller militärischen Operationen der Türkei gegen Kurden.

– Der bewaffnete Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der PKK kann nur durch einen politischen Dialog beendet werden, an dem Repräsentanten des kurdischen Volkes und der Regierung beteiligt sind.

– Weitere Beschlüsse appellierten an die EU, sich ernsthaft um die Umsetzung der genannten Essentials innerhalb der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei bemühen zu sollen – und votierten schließlich für ein friedliches Newroz-Fest 2010 als Zeichen neuer Hoffnungen.

Im Anschluß an die „Final Remarks“ der EUTCC-Konferenz leistete sich das spontane Publikum eine projektive Frage an die Podiumsredner: jeder möge seine private Prognose für die Zukunft äußern. Durchweg waren alle der Meinung, daß nach einem schwierigen Jahr 2010, das weitere Rückschläge durchaus nicht ausschließe, innerhalb der kommenden 3–5 Jahre eine dauerhafte Friedens-Lösung wahrscheinlich sei. Zwar führe die Türkei in diesen Tagen und mutmaßlich auch in den kommenden Monaten das Land wieder in den Krieg – die Kriegspartei aber sei chancenlos. Wie und ob man erfolgreich wieder auf einen danach deutlicheren und gemeinsameren Weg zum Friedensdiskurs zurückfinde, das hänge von allen Beteiligten ab, nicht zuletzt aber auch von der Seite der Kurdinnen und Kurden, die sich unbedingt aus ihrer oftmals autistischen politischen Abkapselung herausbegeben müßten.

Enttäuschend am Konferenz-Ende doch eines: man hatte gefordert und hätte gewünscht, daß die EU-Institutionen, Parlament wie Kommission, uneingeschränkt die virulente Forderung nach der unverzüglichen Freilassung der kurdischen politischen Gefangenen sich zu eigen machen. Wenn Mitte Februar 2010 das Parlament in Straßburg die neue europäische Resolution zur Türkei diskutiert, sollte diese Erwartung auf der Tagesordnung stehen.

Andernfalls verliert die EU ihre Glaubwürdigkeit. ♦

Die Dokumente der 6. EUTCC Konferenz können angefordert werden bei: mesop@online.de

Zur Situation der Kurden in der Türkei

Das Bild der Türkei bleibt voller Widersprüche

Prof. Dr. h. c. Ronald Mönch, Hochschule Bremen, Februar 2010

Die gegenwärtige Situation ist komplex und kompliziert, voller Risken, aber auch Chancen.

In den vergangenen drei Jahrzehnten hat sich die kurdische Gesellschaft **signifikant vergrößert**: Das ist die demographische Entwicklung, die einen amerikanischen Wissenschaftler vor fast 20 Jahren zu der wohlbegründeten Vorhersage veranlaßte, zwischen 2015 und 2020 werde die Mehrheit der Bevölkerung in der Türkei kurdische Wurzeln haben, und die die türkische Armee, und ihr folgend auch alle türkischen Regierungen, zu einer Intensivierung der Politik der Vertreibung der kurdischen Bevölkerung aus ihrer Heimat in Kurdistan veranlaßte.

Die Kurden in der Türkei sind heute **geographisch großflächig „verschoben"** und bilden nun in der Gesamttürkei einen integrierten Bestandteil der Bevölkerung. Die (früher irreführend so genannte) kurdische Frage ist auch von daher schon lange nicht nur eine Frage der Türkei (als Staat, Staatsmacht und Gesellschaft), sondern im Alltag längst auch eine Frage aller Türken.

Damit hat sich auch „die kurdische Gesellschaft" grundlegend gewandelt. Sie ist heute multidimensional, eine **differenzierte ethnische Entität**. Sie kann nicht mehr eindimensional beurteilt werden. Die kurdische Bevölkerung, wohin immer in der Türkei sie das Schicksal hingetrieben hat, lebt in dieser Gesellschaft (an vielen Plätzen kaum gelitten) und mit den Lebensmechanismen dieser Gesellschaft. Arbeit, Familie, soziale Fragen, politische Beteiligung, Selbstbehauptung und Identitätsfindung, religiöse Haltungen und alles andere sind in dem Sinne „normal", daß sich einfache Antworten verbieten. Die so gerne von türkischen Regierungen und Sicherheitskräften gewählte eindimensionale Gleichsetzung (der ja bis vor kurzem offiziell nicht einmal existierenden) kurdischen Bevölkerung mit „Terroristen" („bösen Kurden") oder mit Dorfschützern i. w. S. („guten Kurden") und die Reduktion der kurdischen Frage auf ein „Sicherheitsproblem", dessen man mit den tradierten Repressionsmechanismen (vom Parteienverbot bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung) Herr werden könne, waren immer schon eine Schimäre. Sie sind schon gescheitert. Der Mitte der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts nach der bleiernen Zeit der Türkei Atatürks eingeleitete **kurdische Emanzipationsprozeß** ist als solcher unumkehrbar. Dieser Emanzipationsprozeß hat das **Tabu**, das Atatürk und seine unmittelbaren Nachfolger mit blutiger Gewalt über Kurden und Kurdistan verhängt haben, ohne Umkehr gebrochen.

In diesem Prozeß bleibt aber vieles Entscheidende noch offen und in Bewegung: vor allem Ziele und Mittel. Die **säkulare Chance dieser relativen Offenheit** und eines die Realitäten akzeptierenden friedlichen Ausgleichs hat die offizielle Türkei noch nicht als solche wahrgenommen.

Denn auch die türkische Bevölkerung befindet sich in einem wenn auch noch deutlich unterschiedlichen, aber vom Gewicht her **vergleichbaren Prozeß der Wandlung und Differenzierung**. Kurdische Emanzipation und gesellschaftlicher Wandel treffen auf eine nicht weniger im Umbruch befindliche türkische Gesellschaft, wenn auch viele Schwerpunkte gesondert sind. Den Unterschieden und Berührungspunkten dieser Prozesse sorgfältig, umfassend und offen nachzugehen, ist ein Gebot der Stunde.

Türkische Regierung, Sicherheitskräfte und Justiz hinken seit jeher dem Wandel der türkischen Gesellschaft hinterher. Sie reagieren, statt zu agieren, sie kündigen an, versprechen und drohen, sie widerrufen und verstricken sich in Widersprüche. Das liegt auch an dem eindimensionalen, nationalistischen Erbe von Atatürk, der auf komplexe Situationen einfache, d. h. militärische Antworten geben zu können meinte. Und Demokratie ist nun einmal eine komplizierte Staatsform für die Bewältigung grundsätzlicher Fragen. Das belegt das Beispiel Israel. So wird aus einer stark angetretenen türkischen Regierung plötzlich eine getriebene Regierung. Und das steigende numerische Gewicht der kurdischen Bevölkerung und ihre Omnipräsenz, vor allem in den türkischen Metropolen, machen eine strukturelle Abkehr von einer grundsätzlichen Fehlentwicklung eines Jahrhunderts schwierig, da jeder Ansatz zum Wandel Opposition hervorruft. Wer da nicht Kurs halten kann, ist verloren.

Das Bild der Türkei bleibt voller **Widersprüche**: Einerseits kündigt die Regierung (einseitig, also ohne kurdische Beteiligung!) ein (inhaltlich absolut armseliges) Programm zur „Lösung" der Frage an, die berühmte Reformagenda, die durch längere Geheimniskrämerei an politischem Gewicht gewann, aber nun schon zu den Akten gelegt ist. Dem stehen in der Realität das **Verbot der DTP** (das 6. Parteienverbot der jüngeren türkischen Verfassungsgeschichte, das sich explizit gegen eine friedliche, parlamentarische Vertretung einer

modernen, friedlichen, ausgeglichenen Türkei richtet), die **dramatische Repression gegen kurdische Bürgermeister in Türkisch-Kurdistan**, die Verhängung **drakonischer Strafen auch gegen kurdische Kinder, der alltägliche Polizeiknüppel im Alltag der kurdischen Region** gegenüber. Ich will diese dunkle Aufzählung von Verboten, Kriminalisierung und staatlicher Gewalt nicht fortsetzen.

Drei Dialogebenen bleiben gestört, zerstört. Die offizielle Türkei verunmöglicht den unverzichtbaren **Dialog mit „der kurdischen Seite**“, wie differenziert diese auch immer sein mag. Sie setzt die tradierte Hoheitlichkeit und Dialoglosigkeit der republikanischen Türkei fort. Damit erschwert sie auch den nicht weniger notwendigen **innerkurdischen Dialog**, ohne den ein kluger, anerkannter und durchsetzungsfähiger kurdischer Partner nicht leben kann. Und schließlich hindert sie jede Art von **gründlicher Aufarbeitung der Materie im Dialog mit dem Ausland und der Wissenschaft**.

Von dem türkischen Knüppel registrieren ausländische Beobachter im Allgemeinen nur ein (eigentlich risikoloses) bescheidenes Strafverfahren gegen prominente Türken, etwa Orhan Pamuk u. a., also nur ein Staubkorn. Das erkennbare Desinteresse des Auslands an diesen „innertürkischen“ Fragen ist nicht weniger beschämend.

Bewertet man türkische Realität und politische Ankündigung, so drängen sich zwei Bilder auf: Ein Pianist spielt sich vor seinem Konzert mit **Fingerübungen** ein, er spielt aber danach vor dem Publikum ein ganz anderes Stück. Ein Sportler bereitet sich auf den Wettkampf mit **Dehn- und Streckübungen** vor, dann wird Fußball gespielt. Die Außenwelt neigt dazu, die Fingerübungen der türkischen Regierung wohlwollend bereits als ein noch holpriges, aber doch schon irgendwie musikalisches Stück zu interpretieren („die Türkei ist auf einem guten Weg“), und das anschließende Konzert (der Repression) nicht mehr zu besuchen, und die harmlosen Dehn- und Streckübungen bereits als guten Sport („ein guter Anfang ist gemacht, die türkische Regierung verdient Unterstützung“) zu verstehen, aber das anschließende Kickboxen (die Gewalt) nicht mehr wahrzunehmen.

Wie geht es, wie kann es nur weitergehen?

Daß die Realität nicht nur in eklatantem Widerspruch zu sämtlichen Ankündigungen und völkerrechtlichen Verpflichtungen der Türkei steht, und daß sie die EU-Ambitionen der Türkei absurd erscheinen läßt, das scheint klar zu sein. Der Status quo muß, aber er kann auch überwunden werden. Ausweglos ist die Situation nämlich nicht. Es bieten sich aber nach wie vor verschiedene friedliche Optionen an:

• Die Türkei muß sich in einem „Allemannsmanöver“ politisch den Realitäten und ihrer geschichtlichen Verantwortung für Staatsterror und Staatsrepression stellen. Es gibt viele Beispiele der jüngeren Geschichte, in denen die Übernahme der



15.-Februar-Protest in Hewler/Südkurdistan: „Apo ist nicht einer, er ist mit Millionen“ Foto: DIHA

Verantwortung und **Aufarbeitung der historischen Schuld** segensreich gewirkt haben, etwa in Südafrika.

• Nicht durch 24 Stunden kurdische Tänze und Gesänge lassen sich die Fragen lösen, sondern durch einen **fundamentalen Wandel** der staatlichen und politischen Strukturen, durch die Herstellung der Gleichberechtigung der Sprachen und Kulturen im Lande.

• Die Türkei muß alle sich anbietenden **kurdischen Dialogpartner anerkennen** und in den Prozeß einbeziehen; das gilt auch für die PKK und ihre Untergliederungen. Es muß ein Ende der Parteiverbotsgeschichte haben; keiner soll sagen, eine Regierung hätte dies nicht in der Hand.

• Die strukturelle Erstarrung der türkischen Regierung könnte durch die Einschaltung eines anerkannten **politischen Mediators** aufgelockert werden. So hat sich etwa Ahtisaari, der ehemalige finnische Staatspräsident, bei der Mediation schwierigster Fragen ausgezeichnet. Auch der indische Ministerpräsident Singh genießt einen hervorragenden Ruf; er würde in Bezug auf die kurdische Frage in die Fußstapfen des großen Gandhi treten, der sich wiederholt zu Gunsten der kurdischen Freiheit ausgesprochen hat.

Ich appelliere im Zusammenhang mit dieser Rolle weder an Deutschland noch an die EU. Der Staatsbesuch des neu im Amte befindlichen deutschen Außenministers in der Türkei, wenige Stunden nach dem (zu erwartenden und von daher politisch vorhersehbaren) Verbot der DTP, zeichnete sich durch politische Sprachlosigkeit aus, die durch viele Worte verdeckt wurde. Ich würde zur Interpretation der Wortflut von Westerwelle nicht einmal Talleyrand-Périgord heranziehen, der meinte, daß Gott dem Menschen die Gabe der Sprache gegeben habe, um seine Gedanken zu verbergen. Gab es auch nur die Spur eines Gedankens zu dieser Zentralfrage der Türkei (und des Iran, des Irak und Syriens)? Aber Westerwelle war in (guter?) Gesellschaft. Auch Fischer hat sich 1998 wenige Tage nach Amtsantritt in der Türkei sprachlos vorführen lassen, als die Türkei einen Kurden, dem in Deutschland das Asylrecht zuerkannt worden war, aus einem Drittstaat in die Türkei hatte entführen lassen. Vorbei die Zeiten eines Genscher und eines Kinkel, als Deutschland Außenpolitik mit Stil und Inhalt betrieb. ♦

Verdächtige „Selbstmorde“, Schicksal vieler junger Kurden in der türkischen Armee

Wie viel ist das Leben eines kurdischen Soldaten wert?

Michael Knapp, Kurdistan Solidaritätskomitee Berlin

Wie auch in der Festnahmewelle des letzten Jahres zu Tage getreten werden kurdische Jugendliche und junge Erwachsene zur besonderen Zielscheibe der Repression. Sei es durch Gewalt forcierte Assimilationspolitik an Schulen, ökonomischer Druck und direkte Gewalt durch Polizei und Militär. So reiht sich auch ein Folterskandal an jugendlichen Inhaftierten an den nächsten. Erst im Januar 2010 wurde nach Aussagen von jugendlichen Gefangenen bekannt, dass sie im Gefängnis von Adana von Wächtern mit Schläuchen geschlagen, mit kaltem Wasser abgespritzt und ihre Wunden dann mit Salz bestreut worden waren.

Kurdische Jugendliche und Kinder werden als zukünftige, potentielle GegnerInnen behandelt. Dieser Artikel soll sich jedoch einem besonderen Aspekt der Repression widmen, den sich häufenden Todesfällen von kurdischen jungen Männern im militärischen Zwangsdienst.

Die ökonomische Benachteiligung der kurdischen Bevölkerung schlägt sich auch im Militärdienst nieder. Da Akademiker und Studenten in der Lage sind, ihren Kriegsdienst auf 12 bzw. 6 Monate zu verkürzen, trifft es besonders junge Männer aus sehr armen Verhältnissen, die vollen 15 Monate Kriegsdienst im Kampfgebiet leisten zu müssen. Durch Krieg, Vertreibung und strukturelle Diskriminierung betreffen diese Faktoren vor allem kurdische Jugendliche.

Kriegsdienst bedeutet für viele kurdische Jugendliche gegen die eigene Bevölkerung und oft auch gegen die eigenen Geschwister oder FreundInnen in den Krieg ziehen zu müssen. Viele Familien haben sowohl gefallene Soldaten als auch gefallene Guerillas zu beklagen.

Soldat und Kurde zu sein heißt aber auch, nach Berichten vieler Betroffener, systematischem Terror und rassistischer Diskriminierung beim Militär ausgesetzt zu sein. Es gibt Berichte über Folter beim Militär allgemein und im Besonderen an kurdischen, vor allem politisch engagierten Soldaten. Viele von ihnen stehen unter Generalverdacht ihrer Vorgesetzten „Verräter“ zu sein, und werden mit dem Tod bedroht.

Verdächtige Todesfälle im Rahmen vom Militärdienst sind wie Misshandlungen, Folter etc. häufig. So sprechen Menschenrechtsorganisationen allein von 35 verdächtigen „Suiziden“ beim türkischen Militär in den ersten 9 Monaten des Jahres 2009, die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen, da das Militär immer wieder versucht, diese Fälle zu vertuschen.

Als Beispiel für viele andere möchte ich hier über den Tod Burhan Güzelaydıns berichten, über den wir von der Menschenrechtsorganisation IHD erfuhren.

Am 30.01.2009 soll nach Militärangaben der junge kurdische Soldat und Vater eines sieben Monate alten Kindes, Burhan Güzelaydın (*13.06.1988), Suizid begangen haben. Sowohl dem Menschenrechtsverein IHD vorliegende Aussagen als auch der Obduktionsbericht weisen aber auf eine Tötung durch Dritte hin. So wurden eine nichtletale Verletzung und massive Folterspuren an seinem Leichnam entdeckt.

Er hatte seinen Dienst beim 2. Jandarma-Bataillon Yüksekova (Gever) ausgeübt. Er erhielt während seines Dienstes jedoch Todesdrohungen vom Einheitskommandanten und wurde häufig geschlagen. Burhan lebte in Todesangst. Die Armee schickte ihn, wie viele andere kurdische Soldaten auch, ohne Waffe an vorderste Front und brachte ihn damit in Lebensgefahr, da er so einen menschlichen „Schutzschild“ für die angreifenden Soldaten darstellte. Er rief mehrfach seinen Vater und seine Ehefrau an und betonte, dass er um sein Leben fürchte.

Als der Terror gegen ihn immer massiver wurde und ihm klar war, dass er das Dienstende, das in zwei Monaten vor ihm lag, nicht erleben würde, entschloss er sich, aus dieser ausweglosen Situation zu fliehen. Er versteckte sich nach ZeugInnenaussagen in einem Dorf in der Region Gever. Das Militär fand heraus, in welchem Dorf er sich versteckt hielt, und drang dort mit einer großen Anzahl von Soldaten ein.

Sie drohten, dass diejenigen, die ihm Hilfe oder ein Versteck gewähren würden, ermordet werden sollten und dass sie alle Frauen im Dorf vergewaltigen würden. In Folge dieser Bedrohungen der gesamten Dorfbevölkerung stellte er sich. In dieser Nacht soll er sich angeblich in Militärgewahrsam selbst getötet haben.

Die DorfbewohnerInnen sind die letzten Nichtmilitärangehörigen, die ihn lebend gesehen haben. Trotz Lebensgefahr sind sie bereit, ihre Erlebnisse vor Gericht zu schildern.

Der Regionalgouverneur der Provinz Colemêrg (Hakkari) behauptete, Burhan hätte sich erschossen. Nach der Obduktion wurde jedoch deutlich, dass er nur eine Schusswunde an der Schulter hatte, aber an seinem ganzen Körper deutliche Folterspuren sichtbar waren. Daraufhin räumte der Gouver-

neur ein, dass er sich nicht erschossen, sondern sich selbst, um dienstunfähig zu werden, zu Tode gefoltert hätte. Eine zynische Antwort, wenn man die Vielzahl der Knochenbrüche, die inneren Blutungen und Schlagtraumata an seinem Körper bedenkt, die im Obduktionsbericht notiert worden sind. Vieles weist darauf hin, dass Burhan zu Tode gefoltert wurde.

Die Angehörigen von Burhan Güzelaydın gehen aus gutem Grund davon aus, dass er vom Kommandanten der Jandarma ermordet wurde. Die Familie fordert, wie auch die mittlerweile verbotene DTP, eine schnelle Aufklärung des Todes. Diese wird aber durch eine vom Militär verhängte Nachrichtensperre, die vom Ministerpräsidenten Erdoğan und dem Verteidigungsminister unterstützt wird, verhindert. Diese Vertuschungs- und Verdunklungspolitik des türkischen Staates behindert eine Veränderung der Menschenrechtslage und befördert solche Verbrechen.

Dass der Fall Burhan Güzelaydın kein Einzelfall ist, ist eine bekannte Tatsache unter türkischen und kurdischen Menschenrechtsorganisationen. Nach Aussage von MenschenrechtsaktivistInnen wird Folter im Rahmen des Militärdienstes als so häufig betrachtet, dass sie oft nicht gemeldet oder auch wegen Angst vor Repressalien und aus Resignation über die Vertuschungsbereitschaft der türkischen Behörden gar kein Sinn in einer Anzeige gesehen wird.

Bei vielen toten Soldaten ist schwer nachzuweisen, ob sie sich selbst getötet haben, durch Unfall oder im Gefecht gestorben oder durch Militärangehörige umgebracht worden sind. Da ein großes Interesse an der Verschleierung dieser Verbrechen besteht, ist selten die Beweislage so klar wie im vorliegenden Fall von Burhan Güzelaydın.



Protest gegen die Misshandlungen getöteter HPG-KämpferInnen Foto: DIHA

Ein weiteres Beispiel für die Verschleierungspolitik des türkischen Militärs ist der Tod von 4 Soldaten im August 2009 in der kurdischen Stadt Xarpêt (Elazığ). Als Strafe für „Schlafen im Dienst“ gab ein Offizier einem Soldaten eine entsicherte Granate in die Hand. Nachdem er sie 4 Stunden gehalten und somit an der Explosion gehindert hatte, versuchte er sie, mit Hilfe von 3 anderen Soldaten, zu sichern. Dabei explodierte die Granate und tötete die vier Soldaten. Das Militär versuchte, den Vorfall als Unfall zu vertuschen.

Wie wenig dem türkischen Staat das Leben eines kurdischen Soldaten wert ist, zeigt auch die Behandlung von acht 2007 wohlbehalten aus dem Gewahrsam der Guerilla zurückgekehrten Soldaten. Sie waren im Rahmen eines Gefechtes von HPG-Guerillaeinheiten festgenommen worden, nachdem sie sich in einer völlig ausweglosen Situation ergeben hatten. Nach ihrer Freilassung bei guter Gesundheit wurden sie sofort in Haft genommen. Der Justizminister sagte zu ihrer Rückkehr: Sie hätten eher als Märtyrer für das türkische Vaterland sterben sollen, deshalb könne er sich über die wohlbehaltene Rückkehr auch nicht wirklich freuen. In das gleiche Horn stieß ebenfalls das Gerichtsurteil vom 20.01.10 gegen vier der Soldaten, die teilweise zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Begründet wurden die Urteile damit, dass sie sich niemals hätten ergeben dürfen. Da sie aus dem Gewahrsam der Guerilla mit dem kurdischen Fernsehsender Roj TV gesprochen hatten, kam eine Strafe wegen „Propaganda für eine verbotene Organisation“ hinzu.

Trotz der schlechten Menschenrechtslage, die das Leben vieler kurdischer Wehrpflichtiger bedroht, erkennen deutsche Gerichte die Flucht vor dem Kriegsdienst nicht als Asylgrund an und machen sich hiermit zu Komplizen des türkischen Staatsterrorismus.

Dieser Artikel beruht u. a. auf den Erfahrungen einer Delegation von März 2009, die die nordkurdischen Orte Colemêrg (Hakkari), Wan (Van) und Gever (Yüksekova) bereiste. ♦

Für ein Ende der Hinrichtungen im Iran!

Halil Savda, Kriegsdienstverweigerer

Zeynep Celalyan (**Zainab Jalaliyan**) ist eine 27-jährige Anwältin. Als ein Mensch, der seinen Freiheitsidealen gefolgt ist, befindet sie sich in einem iranischen Gefängnis und wartet auf die Vollstreckung der Todesstrafe. Vielleicht weilt sie nicht mehr unter uns, wenn Sie diesen Artikel lesen.

Wir haben einen Brief von Zeynep mit wenigen Zeilen; unter welchen Bedingungen dieser geschrieben und verschickt wurde, wissen wir nicht. Sie schreibt: „Ich habe nicht einmal einen Anwalt, der mich verteidigt." Sie ist eine Anwältin, aber sie hat keinen Anwalt, der sie verteidigt. Hätte sie einen, dann wäre dennoch unklar, ob er sie verteidigen könnte.

Als das Revolutionsgericht am 14. Januar 2009 die Todesstrafe verhängte, habe der Richter gesagt: „Du bis ein Feind Gottes. Sehr bald wirst du wie alle Feinde Gottes erhängt werden." Was hat Zeynep getan, dass sie eine Feindin Gottes wurde? Zeynep ist Kurdin und stammt aus Mako im Iran. Sie hat ihr verleugnetes und verfolgtes Volk im Iran verteidigt. Für ihre Rechte hat sie gekämpft. Im Kampf wurde sie 2008 in Kermanshah festgenommen. Und nun wurde sie in einem Land, in dem die Schari`a gilt, von einem Revolutionsgericht zum Tode verurteilt. Sie wartet in einer Zelle im Gefängnis Sanandadsch auf die Vollstreckung der Strafe. Sie ist eine von einer Regierung, welche sich die Verteidigung Gottes zur Aufgabe gemacht hat, zum Tode Verurteilte … und dann sagt man, Gott habe seinen Untergebenen verboten, Leben zu nehmen … dieser Gott sei zu allem würdig … und das iranische Gericht, das den Wächter Gottes spielt, wird Zeynep erhängen ...

Die Familie Zeyneps hat ihre Tochter seit der Verhaftung nicht gesehen. „Ich habe den Richter gebeten, mir die Möglichkeit zu gewähren, mich von meiner Mutter und meiner Familie zu verabschieden. Der Richter hat meine Bitte mit den Worten ‚Halt den Mund' zurückgewiesen." Dies haben wir aus ihrem kurzen Brief vom 26.11.2009 erfahren. Ihre einzige Bitte wurde abgelehnt. Sie durfte ihre Mutter nicht sehen.

Als ich Zeyneps Brief gelesen hatte, war mir zum Heulen zumute … schluchzen wollte ich … wie jeder verzweifelte Mensch habe ich mich meinen Träumen hingegeben …

Wenn ich Dich eines Nachts an den Händen halten und aus der Zelle führen könnte. Wenn wir uns in die Kälte auf die Straßen, weit weg vom Leid, begeben könnten. Wenn wir alles Leid und jeglichen Dreck in der Zelle in Deiner linken Jackentasche lassen könnten. Wenn wir die Fußspuren finden könnten, die Du in Deiner Kindheit nach jedem Spiel auf dem Weg nach Hause hinterlassen hast. Deine Mutter sollte an der Tür auf uns warten …

Wenn wir dann alle Fußspuren verwischen könnten … wenn das in der Jackentasche verbliebene Leid in der Zelle verschlossen bliebe … aber Du bist noch immer in Deiner Zelle und ich kann Dich nicht zu Deiner Mutter bringen …

Wenn ich an Deine verschlossene Zelle herankäme, würde ich mein Gesicht an Deines schmiegen ... ich würde dein seit Monaten ungewaschenes Gesicht mit dem meinen waschen ... wie Deine Mutter würde ich es küssen ... wie Deine Mutter würde ich Dich umarmen ... vielleicht würde Dein Gesicht wegen des Reibens bluten, vielleicht würde Dir durch die Umarmung die Luft wegbleiben, vielleicht würde ich Dir weh tun ... die von Dir gewünschte Begegnung hätte stattgefunden ...

Ich hätte wie der Regen geheult ... Du hättest gelacht ... aber ich habe nicht heulen können und Du nicht lachen ...

Wenn Du doch wie ein Mond aus der Dunkelheit erscheinen würdest ... dann hätte ich jede Nacht aus dem Fenster in Dein Gesicht geschaut ...

Jeden Tag, den Du auf die Vollstreckung der Todesstrafe wartest, werde ich frieren ... ich werde nicht unter Menschen gehen können ...

Wenn ich doch an Deinen schwarzen Haaren hängen bleiben könnte und der Strick erst gar nicht um deinen Hals käme ...

Auch **Farzad Kmanfar** wurde wie Zeynep vom iranischen Regime der Prozess gemacht. Er wurde nach Verkündung der Todesstrafe erhängt. Vor seiner Hinrichtung im Februar 2008 schreibt der Lehrer Farzad Kmanfar in seinem Brief: „In der Hoffnung, der letzte Gefolterte meiner Generation zu sein, fasse ich alle Erniedrigungen, Beleidigungen und Gräueltaten in mein Herz (...) und bitte um Erlaubnis, mein Herz mit der darin enthaltenen Liebe und Leidenschaft einem Kind spenden zu dürfen. Egal wo, ob ein Kind am Hang des Sabalan-Berges, in der Sahara oder in den Zagros-Bergen den Sonnenaufgang verfolgt. Mein einziger Wunsch ist, dass mein schlagendes Herz einem noch rebellischeren Kind, als ich es war, gegeben wird, damit es seine Kinderwünsche dem Mond und den Sternen offenbaren kann und diese als Zeugen dafür hat, dass es als Erwachsener seine Wünsche nicht verraten wird. Im Herzen eines solchen Kindes soll mein Herz weiterschlagen. Egal welche Sprache es spricht, bitte erlaubt, dass mein Herz in einem anderen Körper weiterschlägt."

Das Herz von Farzad Kmanfar schlägt jetzt in Deinem. Auch Du hast alle Erniedrigungen, Beleidigungen und Gräueltaten in Dein Herz gefasst ... das in Deinem Körper schlagende Herz von Farzad Kmanfar lebt jetzt in den Stimmen der Kinder in Amed, in den Straßen von Sülemaniye und in den Zagros-Bergen.

Es lebe der Wunsch Kmanfars und möge sein Herz weiterschlagen.

Dafür müssen wir etwas tun ... gebt auch Ihr Eure Unterschrift für ein Ende der Hinrichtungen!

İdamla.mucadele.insiyatifi@gmail.com ♦

Frauenkooperativen in Kurdistan

Auf dem Weg zu einer frauenbefreiten Gesellschaft …

Sandra Kreil und Daphne Wiegers

Frauenkooperativen in Kurdistan haben sich aus der Frauenbewegung entwickelt. Sie sind Projekte von Frauen für Frauen und arbeiten auf allen Ebenen – sozial, ökonomisch, kulturell und politisch – und alle folgen demselben Ziel: die gesellschaftliche Rolle der Frauen grundlegend zu verändern.

Es gibt in Kurdistan verschiedenste Frauenprojekte die zur Frauenbewegung gehören. Dazu zählen Vereine, Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsprojekte, Beratungs-, Kultur- und Begegnungszentren. Diese Reportage befasst sich mit Einrichtungen, die sich selbst als Frauenkooperativen bezeichnen. Es gibt zurzeit sechs Projekte in den Städten Wan (Van), Nisêbîn (Nusaybin), Amed (Diyarbakır), Qoser (Kızıltepe), Riha (Urfa) und Bazîd (Doğubeyazıt).

Die Ziele und Arbeitsweise dieser Frauenkooperativen entsprechen nicht der Definition von Kooperativen im Sinne eines kollektiv geführten Betriebes, sondern haben im nachfolgenden Text beschriebene, darüber hinausgehende Ziele.

Wir stellen den politischen Ansatz vor, die Projekte einer Kooperative am Beispiel der *Vanda Boştaniçi Kadın Kooperatifi* in Wan und das Frauenrestaurant *Firavîn* (kurmanci; Mittagessen) in Amed, das sich aus einer Kooperative heraus entwickelt hat.

… schauen wir auf die Landkarte der Frauenkooperativen

Welchen politischen Ansatz, welche Ziele und welche Aufgaben haben Frauenkooperativen in Kurdistan?

Von dem Standpunkt aus, dass eine freie Gesellschaft nur dann frei sein kann, wenn auch die Frau befreit ist, arbeiten die Kooperativen vor allem an der Stärkung und Befähigung der Frauen, das gesellschaftliche Leben frei und aktiv zu gestalten. Dies ist sogleich eine soziale, aber noch viel mehr eine politische Aufgabe.

Die Frauenkooperativen arbeiten mit jungen Frauen sowie mit Frauen, die bereits eine eigene Familie haben, mit dem Ziel, dass diese Frauen sich auf sozialem, kulturellem und politischem Gebiet ausdrücken können. Denn nur dann können sie ihre gesellschaftliche Rolle überwinden.

Dieser Prozess verläuft langsam, Schritt für Schritt, ohne die Frauen zu überfordern oder sie zu drängen.

An oberster Stelle stehen, den Bedürfnissen entsprechend, die ökonomische Unabhängigkeit, die Frauen aus ihren Wohnungen holen, und ihnen soziale und auch ökonomische Entfaltungsmöglichkeit, Allgemeinbildung und Raum für sich selbst zu bieten. Erst danach werden andere Bildungsbedürfnisse realisiert und an der Reflexion von Geschlechter- und kultureller Identität gearbeitet.

Um den Frauen außerhalb ihrer Wohnungen und Familien Freiraum zu bieten, ist es nötig, Arbeitsangebote zu schaffen. Dafür gibt es z. B. Job-Pools, in denen Frauen mit ihrem Können bei Bedarf für Arbeiten vermittelt werden, beispielsweise zur Kinderbetreuung. Sie können eigengefertigte Produkte wie Näh- und Stickarbeiten verkaufen und es gibt entsprechende Bildungsangebote, die das Können der Frauen erweitern, ihre Fähigkeiten und ihr Selbstvertrauen stärken. Dazu gehören Allgemeinbildung wie Alphabetisierung und Schulabschlüsse ebenso wie berufliche Ausbildungen. Frauen müssen sich ernähren und eine eigene ökonomische Unabhängigkeit erreichen können.

Und Frauen brauchen einen Raum für sich selbst. Deshalb gehören auch soziale und kulturelle Aktivitäten wie Theater und Filmvorstellungen zum Programm der Kooperativen. Viele Frauen waren noch nie im Theater oder im Kino. Sie haben die Möglichkeiten nicht. Diese Aktivitäten sind Teil einer kulturellen Bildung, denn auch Kultur ist ein Raum, um sich auszudrücken und sich selbst zu entfalten.

Die ökonomischen, kulturellen und Ausbildungs-Angebote umfassen den größten Teil der praktischen Arbeit der Kooperativen und doch liegt ihr Arbeitsschwerpunkt auf dem Gebiet der Auseinandersetzung mit der eigenen Persönlichkeit, der Gesellschaft und der eigenen Rolle in ihr. Dieses Ziel begleitet die praktischen Angebote und wird über Bildungsseminare und den gemeinsamen Alltag realisiert.

Inhaltlich geht es vor allem um die Frage: „Wer bin ich?“ Es geht um die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschlechtsidentität und der Rolle innerhalb der Gesellschaft. Es geht darum, sich mit sich selbst zu befassen, mit dem eigenen Körper, mit den sozialen Unterschieden zwischen Männern und Frauen und mit der Befreiung aus ihrer gesellschaftlichen Unterdrückung.

Die Frauen sind gesellschaftlich unterdrückt

Der Staat unterdrückt, der Vater unterdrückt, die Brüder unterdrücken, der Freund unterdrückt – das ganze gesellschaftliche System unterdrückt die Frau. Und auch die Frauen unterdrücken. Sie haben das Denken vom Staat, vom System und vom Mann übernommen und reproduzieren es in ihrer Rolle als Mutter, als Tochter oder als Ehefrau. Sie denken selbst wie der Staat, wie der Mann und akzeptieren ihre gesellschaftliche Rolle als Normalität. In den sozialen und politischen Bildungsangeboten der Kooperativen geht es genau darum, sich mit diesen Themen zu befassen und die eigenen Schranken im Denken zu überwinden, damit eine Befreiung möglich ist.

In der Bildung können sich die Frauen selbst kennenlernen, sie lernen, sich nicht mehr mit dem patriarchalen Herrschaftssystem zu identifizieren, um auf ihre Weise dieses männliche Herrschaftssystem verändern zu können. Denn nicht nur Männer, sondern auch der Staat und das Gesellschaftssystem bilden das Problem. Das patriarchale Herrschaftssystem ist überall, auf der Straße, in der Schule, im Arbeitsleben.

Viele Frauen denken deshalb sehr eng, sie denken nicht frei. Und um frei sein zu können, ist es nötig, frei denken zu können und den eigenen Willen zu kennen. Weil viele der Frauen das Denken des Systems verinnerlicht haben, ist Bildung notwendig, um frei denken und einen freien Willen ausdrücken zu können. Ohne diese beiden Komponenten kann es kein freies Leben geben.

An diesem Punkt wird auch die Lösung der Kurdenfrage thematisiert. Die Assimilation und Unterdrückung als Kurdin spielt eine ebenso wichtige Rolle in der eigenen Identitätsentwicklung.

Es werden Kurdischkurse angeboten, denn die Muttersprache ist ein wichtiger Faktor. Wenn Menschen gezwungen werden sich in einer „fremden" Sprache auszudrücken, die nicht ihre Muttersprache ist, wird ihr Denken und Fühlen eingeschränkt. Viele Frauen können ihre Muttersprache nicht gut, sie haben Schwierigkeiten zu denken und ihre Gedanken zu äußern. Es ist ein Problem, sich nicht richtig ausdrücken zu können.

Mit der ökonomischen Unabhängigkeit und dem Aufbrechen der verinnerlichten Herrschaftsstrukturen, der Auseinandersetzung mit der eigenen kulturellen und Geschlechtsidentität und der Kompetenz, sich selbst auszudrücken, ist es für die Frauen möglich, eine eigene Identität zu entwickeln.

Ebenso beteiligen sie sich an politischen Kampagnen wie z. B. „Wir Frauen sind die Ehre von niemandem, unsere Ehre ist unsere Freiheit" und an Projekten gegen Gewalt an Frauen, wie am 25. November, am 8. März, zu Newroz sowie zu tagespolitischen Themen.

Doch es geht nicht allein darum, sich gegen die ganzen Ungerechtigkeiten zu wehren. Sie wollen eine grundlegendere Änderung der patriarchalen Gesellschaft. Als Teil der Frauenbewegung verfolgen die Kooperativen das grundlegende Ziel: eine befreite Frau, eine freie Gesellschaft.

Ihre Arbeit basiert auf mehren Komponenten: dem Zusammenkommen, denn nur gemeinsam kann eine gesellschaftliche Veränderung erreicht werden; einem schöneren Leben, ohne Krieg, ohne das Töten von Menschen, ohne Gewalt als ein Ziel, das nur über die Befreiung der Frau erreicht werden kann – das alte Herrschaftsdenken muss verlassen werden. Ein freier Wille, freie Gedanken und Entschlossenheit sind die Grundlage, um ein freies, gemeinsames Leben entwickeln zu können.

... Schritt für Schritt ...

Freiraum, ökonomische Unabhängigkeit und die Stärkung der Frau – Was machen Frauenkooperativen für diese Ziele?

Wie Frauenkooperativen ihre Ziele im Rahmen ihrer Projekte umsetzen, zeigt sich am besten an einem konkreten Beispiel. Die *Vanda Boştaniçi Kadın Kooperatifi* gibt es seit 6 Jahren.

Ihr praktisches Ziel ist, dass sich Frauen weiterentwickeln, dass Frauen einen Ort haben, wo sie hingehen können, um einen Beruf zu erlernen, sie ökonomisch unabhängig werden und Geld verdienen können.

Zurzeit sind dort 10 Frauen als Lehrerinnen tätig. Sie organisieren sich kollektiv, jede erhält für ihre Arbeit gleichen Lohn und sie können ihre Kinder mit zur Arbeit bringen. Entscheidungen werden gemeinsam getroffen und mindestens einmal monatlich sowie bei Problemen und Schwierigkeiten gibt es gemeinsame Plenen, um gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Über 80 Frauen haben sich für Kurse angemeldet, ca. 40 nehmen derzeit Bildungsangebote wahr.

Die Kooperative vereint in ihren Angeboten soziale Unterstützung, berufliche Ausbildung, Allgemeinbildung sowie Kultur. Sie orientiert sich an den verschiedensten Bedürfnissen der Frauen vor Ort. Eines ihrer wichtigsten Projekte ist ihr Waschhaus. Über 40 vor allem ärmere Familien, die sich keine Waschmaschine leisten können, nutzen die Möglichkeit, um ihre Kleidung waschen, bügeln und trocknen zu lassen.

In der Schneiderei lernen zehn Schülerinnen Nähen und Sticken und bieten gleichzeitig die Möglichkeit, auf Bestellung Kleidung und andere Textilien anfertigen oder reparieren zu lassen.

Es gibt dort eine Brautausstattung, um Hochzeit und Aussteuer vorzubereiten, und es gibt einen Friseursalon, wo momentan zwei Schülerinnen den Friseurberuf erlernen. Die Ausbildungen dauern 6 Monate. Neben der beruflichen Bildung werden immer wieder allgemeinbildende Kurse angeboten wie z. B. Computer- und Alphabetisierungskurse in Türkisch und Kurdisch (mit aktuell 25 Teilnehmerinnen). Sie bieten soziale Aktivitäten wie Kino, festliche Veranstaltungen und Theater – gemeinsam mit den Kindern und manchmal auch zusammen mit den Männern.

Sie haben noch weitere Wünsche und Projekte in Planung. Eines der größten Wünsche ist ein Frauenpark, damit Frauen einen Ort haben, wo sie draußen sitzen, mit den Kindern spielen und mit anderen Frauen reden können. So etwas gibt es in Wan bisher nicht. Ebenso wünschen sie sich eine Theatergruppe und eine Sportgruppe für junge Frauen. Es gibt viele Ideen, doch die meisten scheitern momentan noch an den finanziellen Mitteln.

Ein wichtiges Standbein der Kooperative ist die regelmäßige Bildung für Frauen. Solche „Selbst-Kenntnis-Kurse" beabsichtigen, dass Frauen sich selbst und ihre Situation kennenlernen, ihre Rolle in der Familie und in der Gesellschaft erkennen. Sie lernen, sich zu reflektieren und sich auszudrücken. Dazu gehört ebenso ihr Verhältnis zum eigenen Körper. Sie lernen ihren Körper zu beschreiben und können, wenn sie krank sind und zum Arzt gehen, ihre Probleme genauer ausdrücken. Gesundheit ist ein wichtiges Thema; ein Arzt gibt einmal wöchentlich „Gesundheitskurse". Auch das Bedürfnis nach psychologischer Unterstützung ist groß. Auch dafür gibt die Kooperative einen Ort, wo die Frauen hinkommen können.

Wenn Frauen ihre Probleme beschreiben, dann geht es meist um die Familie. Sie ist der Ort, an dem Unterdrückung am unmittelbarsten erlebt wird. Die Frauen müssen in ihrer Familie bleiben und sind finanziell von ihr abhängig. Die Männer verweigern den Frauen ihre Zustimmung, sich mit anderen Frauen zu treffen und das Haus zu verlassen. So wirken das Haus und die Familie manchmal wie ein Gefängnis. Aus diesem Grund ist die Arbeit der Kooperative auch Stadtteilarbeit. Sie gehen zu den Familien, um zu erreichen, dass die Frauen in die Kooperative kommen können.

Frauen haben viele Probleme. Um den Problemen zu entfliehen, bringen sich einige um. Es ist wichtig für die Psyche, einen Ort zu wissen, der neben den Kursen auch auf anderer Ebene psychologische Unterstützung bietet. Frauen mit ihren Problemen nicht allein zu lassen, sondern sie zu stärken und zu befähigen, ist ein Ziel der Arbeit. Deshalb ist die Kooperative für viele Frauen enorm wichtig.

„Patron olursa, sorunlar olur" (Gibt es einen Chef, gibt es auch Probleme!)

Ein kollektives Restaurant in Diyarbakır. Entstanden aus einer Frauenkooperative.

Das *Firavîn* ist ein ausschließlich von Frauen geführtes Restaurant. Es hat im Juli 2009 eröffnet und ist ein kollektives Projekt von 3 Frauen, die sich auf diesem Weg ein ökonomisch unabhängiges Leben organisieren.

Die 3 Frauen haben sich in der „Bağlar Kadın Kooperatifi" kennengelernt. Dort hatten sie an Schulbildungskursen der Mittel- bzw. Oberschule teilgenommen, um einen Schulabschluss zu erreichen. Frauen, die aus unterschiedlichsten Gründen die Schule abbrechen mussten, werden dort u. a. von „freiwilligen" Lehrern fit gemacht, um die Prüfungen zu bestehen.

Sie alle haben dort das erlebt, was den Kern der Frauenkooperativen ausmacht. Sie haben neben ihrem Schulabschluss an verschiedenen Bildungsseminaren teilgenommen und konnten ihre Fähigkeiten stärken, Selbstvertrauen und Mut erlangen. Erst mit Unterstützung der Frauenkooperative – so sagen sie selbst – haben sie die Fähigkeiten und die Möglichkeit erhalten, ein Projekt, wie ihr Frauenrestaurant, auf die Beine zu stellen.

In der Frauenkooperative gab es ein Küchenprojekt, in dem sie mitgearbeitet hatten. Sie haben dort mit dem Verkauf von Backwaren und Börek angefangen. Später haben sie dort komplettes Essen vorbereitet z. B. für Empfänge und andere Events. Das lief sehr gut, aber es gab oft viel Arbeit und auf Dauer war dies mit den anderen Aktivitäten der Kooperative nicht mehr vereinbar. An diesem Punkt haben sie sich entschieden, zu dritt ein Frauenrestaurant (wo aber durchaus auch Männer als Gäste kommen können) zu eröffnen.

Jetzt arbeiten sie bereits seit sieben Monaten. Das Restaurant ist jeden Tag bis 17 Uhr geöffnet. Hauptsächlich bieten Sie Mittagessen an und beliefern Veranstaltungen. Das Essen ist vollständig handgefertigt und qualitativ hochwertig.

Sie teilen das Geld ebenso wie ihre Aufgaben und ihre Zeit. Gerade Letzteres ist wichtig, denn sie haben Kinder und müssen auch tagsüber ihren Verpflichtungen nachgehen können. Ihre Arbeitsstruktur macht dies für alle möglich. Es gibt keine Hierarchie, keinen Chef.

Es ist besser, ohne Chef zu arbeiten, selbst Chefin und Arbeiterin zu sein. Arbeiten ohne Chef macht zufrieden und sie mögen deshalb ihre Arbeit – auch wenn es nicht immer einfach ist, nicht immer ausreichend Gäste kommen. Aber wenn Gäste kommen und ihnen das Essen schmeckt, dann macht es ihnen Freude.

Sie möchten noch andere Filialen aufmachen, weil sie Frauen eine Möglichkeit bieten wollen, ökonomisch unabhängig zu sein. Frauen sollen eigenes Geld verdienen können und auf eigenen Füßen stehen. Wenn Frauen arbeiten, ändert dies ihre Position in der Familie. Die Frau ist freier und die Familie kann weniger Druck ausüben.

Zusammengefasst sind die Ziele der Kooperativen die Stärkung und Unterstützung von Frauen. Ein freies gemeinsames Leben, das Teilen von Arbeit, von Geld ist ein Ziel. Eine Kooperative sollte dabei mehr beinhalten als eine andere unabhängige, ökonomische Organisationsform. Dies allein ist nicht ausreichend und löst nicht die wirklichen Probleme. Sie bleibt ein Teil der kapitalistischen Modernität. Kollektive Betriebe bleiben gefangen in den Widersprüchen des Kapitalismus. Sie bieten innerhalb des vorhandenen Gesellschaftssystems, auf individueller Ebene eine Lösung und damit für mehrere Individuen die Möglichkeit, ein freieres Leben zu führen. Auch wenn äußere Faktoren, wie der Zwang, Kinder ernähren zu müssen kaum eine andere Alternative bieten, entfernt sich dieser Weg von einer gemeinschaftlichen Lösung für alle und ist damit kein Lösungsansatz für die Frauenkooperativen. Sie wollen für alle ein alternatives Leben unabhängig von Kapitalismus und Patriarchat erreichen.

Schritt für Schritt! ♦

Zum 100. Jahr der Einführung des Internationalen Frauenkampftags

Frauen rechnen mit der patriarchalen Zivilisation ab!

Gönül Kaya

Die Frauen stehen an einem neuen Wendepunkt ihres Widerstandes gegen die patriarchale Zivilisation. Die „lautlos und ungeschrieben" genannte Geschichte der Frauen bekommt eine Stimme und eine Geschichtsschreibung. Die Entwicklung feministischer Kämpfe, die die letzten 200 Jahre der Menschheitsgeschichte geprägt hat, hat die Masken der patriarchalen Zivilisation radikal zu Fall gebracht.

Der am 27. August 1910 verkündete „Internationale Frauenkampftag" jährt sich zum hundertsten Mal. Die zurückliegenden 100 Jahre waren sowohl von großen Schmerzen und Aufopferung als auch von Hinterfragung und Widerstand gekennzeichnet. Natürlich erstreckt sich die Widerstandsgeschichte der Frauen nicht nur über das letzte Jahrhundert. Gegen die Durchsetzung patriarchaler Herrschaft, die mit der hinterlistigen und gewalttätigen Beschlagnahme der im matriarchalen Zeitalter von Frauen erschaffenen Werte vor 5 000 Jahren begann, regte sich von Anfang an Widerstand. Für die Freiheit haben zahllose Frauen in der Geschichte ihr Leben gegeben. Das patriarchale Herrschaftssystem wurde auf der Versklavung aufgebaut. Die Frau ging als erste unterdrückte Klasse, Nation und unterdrücktes Geschlecht in die Geschichte ein. Der erste ideologische Angriff nahm Frauen ins Fadenkreuz. Mit der Unterwerfung der Frau wurde eigentlich zugleich der Gang der Menschheitsgeschichte zu Fall gebracht.

In der Geschichte gab und gibt es viele Frauen, die dieses aufgezwungene „Schicksal" nicht akzeptierten und Widerstand leisteten. Ihrem Widerstand verliehen sie mit Gedanken, Philosophie, Organisierung und Aktionen Ausdruck. Frauen versuchten, gegen das patriarchale System und seine gegen die Gesellschaft gerichtete Kriegskultur ihre eigenen Standpunkte zu bewahren. Sie begegneten den patriarchalen Philosophien, Religionen, Organisationen und Staatssystemen immer mit Skepsis und Abstand. Gegenüber Gewalt und der Mentalität des „Tötens und Sterbens" versuchten sie sich zu verteidigen und wann immer sich eine Stimme gegen das Patriarchat erhob, verbündeten sie sich mit ihr.

Auch gegen die kapitalistische Modernität, die die bislang letzte Entwicklungsstufe des Patriarchats darstellt, bildeten sich Frauenbewegungen heraus, die mit der feministischen Aufklärung darum kämpften, von Neuem auf den Schauplatz der Geschichte zu treten. Hiermit entwickelte sich ein heftiger Kampf gegen Faschismus, Völkermord, Naturzerstörung, Sexismus, religiösen Fundamentalismus, Nationalismus und Herrschaftswissenschaften, die von der kapitalistischen Modernität gegen die Menschheit und die Gesellschaften eingesetzt wurden. Denn dadurch sind Mensch und Gesellschaft in jeglicher Hinsicht der Zerstörung, Spaltung und Bedeutungslosigkeit preisgegeben. Das Individuum wird im Namen des Individualismus zugrunde gerichtet. Die Wissenschaft erforscht und produziert Technologien, welche Gesellschaft, Natur und Mensch in ihrer Existenz bedrohen. Es gibt kaum noch eine Entwicklung von Mensch und Natur, in die nicht künstlich zur Nutzbarmachung von Ressourcen eingegriffen wurde. Ethische Werte, anhand derer das menschliche Zusammenleben organisiert wurde, sind durch die Ideologie des Liberalismus ausgehöhlt worden. Nahezu alle Ressourcen, die sich die Menschen als Widerstandspotential gegenüber den Angriffen des patriarchalen Systems geschaffen haben, sollen dem Erdboden gleichgemacht werden. Frauen und Männer werden als Individuen vereinzelt, schutzlos dem System ausgeliefert. Indem „jeder gegen jeden" kämpft, werden Eigentumsbeziehungen und damit Machtverhältnisse durchgesetzt. Es scheint, als sei die freie, gleichberechtigte Lebenskultur des Menschen nur ein Konstrukt aus Kinofilmen, eine Illusion oder ein Märchen. Auch wenn die Probleme und Massaker, die an Frauen und Gesellschaften begangen werden, durch ein mediales Informationsbombardement ständig verbreitet werden, so werden doch die Lösungswege immer geschlossen gehalten. Der Pessimismus, das Einbläuen davon, dass Leben auf diesem unerträglich sei, sowie die Diffamierung von Kampf- und Widerstandsformen als „Terrorismus" dienen alle der Selbsterhaltung der kapitalistischen Zivilisation. Sollte diesem Bild gegenüber unsere Suche nach Lösungen aufhören? Anstatt die Existenz dieses Bildes zu verteidigen, ist es unsere vorrangige menschliche Verantwortung und Aufgabe, seine Überwindung zu erreichen. Hierbei ist es ein wichtiger Schritt, sich von den Masken zu befreien, die die Kultur des patriarchalen Systems Frauen und Männern aufgesetzt hat, d. h. sich aus diesem System herauszulösen, die „Scheidung" vom System zu vollziehen.

Alle Beziehungen, die den Menschen zur Ware degradieren, müssen von Neuem hinterfragt und gestaltet werden. So wie Radikalität heißt, an die Wurzel eines Problems zu gehen, so muss auch die Lösung von der Wurzel her angegangen werden. Auch wenn es wichtig ist, die Auswirkungen der Probleme zu

vermindern, so kann dies jedoch nur bis zu einem bestimmten Punkt hilfreich sein. Denn die Wurzel produziert das Problem weiter. Frauen und Männer, die versuchen, sich innerhalb des Systems Lebensbereiche aufzubauen, werden das System niemals überwinden können. Innerhalb der patriarchalen Kultur des Systems zu leben bedeutet, nicht frei von ihrem Einfluss bleiben zu können. Das System reproduziert sich in der Persönlichkeit einer jeden Frau und eines jeden Mannes. Damit wird das System letztendlich nicht mehr nur von außen aufgezwungen. Denn in jedem Individuum lebt es auf eine Weise weiter, die nicht umsonst auch als Bio-Herrschaft bezeichnet wird.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass sich Frauen, die als Erste durch das System unterdrückt und ausgebeutet wurden, sich selbst und ihre Existenzgründe radikal hinterfragen und ihre Widersprüche offen darlegen. Die Freiheitsverbundenheit der Frau hat tiefe Wurzeln. Denn die treibende Kraft des Aufbaus natürlicher Gesellschaftsformen, die 98 % der Menschheitsgeschichte ausmachten, waren Frauen. Deshalb hat die Frau auch die Kraft, eine Alternative zum patriarchalen System aufzubauen.

Wenn wir anlässlich des 100. Jahres zurückschauen, stellen wir fest, dass es für die Menschheit große und würdevolle Beispiele des Widerstandes gibt. 100 Jahre des organisierten, bewussten und kontinuierlichen Widerstandes von Frauen haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, das heutige System infrage zu stellen. Deshalb müssen die Entwicklungsstufen von außer-staatlichen, ökologischen und feministischen Bewegungen im 20. Jahrhundert genau analysiert werden. Auch wenn wir die Bewegungen untersuchen, die für nationale Befreiung und Klassenbefreiung gekämpft haben, ist feststellbar, dass Frauen mit ihrer Beteiligung an diesen Kämpfen auch das Niveau des Kampfes erhöht haben. Bewegungen, an denen sich Frauen nicht im Rahmen von Selbstorganisierung, mit eigenem Bewusstsein und ihrer eigenen Identität beteiligen konnten, haben sich entweder im patriarchalen System integriert oder sind zu seinen Handlangern im rechten oder linken Lager geworden. Das grundlegende Kriterium für Erfolg und Aufrichtigkeit eines Freiheitskampfes und für die Überwindung des patriarchalen Systems ist, wie sehr der Frauenfreiheitskampf gestärkt wurde und wie sich ihm angenähert wird.

Mit dem 100. Jahr wächst die Verantwortung der Frau, mit dem patriarchalen System abzurechnen, immer mehr und gewinnt an Radikalität. Anlässlich der 100 Jahre des Frauenfreiheitskampfes ist es unsere Aufgabe, aus dem gestiegenen Frauenbewusstsein unsere eigene Ideologie und Philosophie zu entwickeln, in allen Teilen der Welt die Solidarität unter Frauen auszuweiten, wobei wir auf der Basis von Unterschiedlichkeiten gemeinsame Ziele verfolgen sollten. Alle Wertmaßstäbe, die Frauen durch das patriarchale System aufgezwungen wurden, müssen dazu hinterfragt werden: Wie sehr sind beispielsweise unsere Sprache, unsere Umgangsformen, die Methoden unseres Kampfes von patriarchalen Mustern durchsetzt? Inwieweit steht unsere philosophische Auffassung unter dem Einfluss positivistischen, egoistischen Denkens, das Menschen in Objekte bzw. Subjekte spaltet? Wie verhalten sich Frauenbewegungen aus den westlichen Industrienationen zu den Frauenbewegungen in anderen Teilen der Welt? Wie tra-



Protest der Demokratischen Freien Frauenbewegung DÖKH zum 15. Februar in Amara, dem Geburtsort von Abdullah Öcalan Foto: DIHA

gen Frauen zur Kontinuität des Systems bei? Es liegt an uns, die notwendigen Fragen zu stellen, zu diskutieren und unsere Sichtweisen von der herrschenden Logik zu befreien. Denn es gibt immer noch Frauenbewegungen und Kreise, die zu Freiheitsbewegungen auf Distanz gehen, da sie seitens des kapitalistischen Systems, seiner rechten oder linken, westlichen oder östlichen Vertreter als „terroristisch" diffamiert werden. Es existieren immer noch Frauenkreise, die einander aus der Perspektive einer patriarchalen Kultur bewerten und für die die Integration ins System als Kriterium für „zeitgemäß" und „zivilisiert" gilt.

Natürlich gibt es auch Frauen, die sich mit Recht in der Tradition des 100. Jahres des Internationalen Frauenkampftages begreifen können, Widerstand leistende Frauen. Sei es in den Bergen Kurdistans oder Lateinamerikas, sei es in den Freiheitskämpfen in Afrika oder in den schwindelerregenden Metropolen Europas ... Global denkende und ihren Freiheitskampf lokal organisierende, ihre Menschenwürde bewahrende Frauen und Männer gibt es überall.

Dieses Jahrhundert steht unter dem Vorzeichen einer radikalen Abrechnung von in der Tradition des 8. März um Freiheit kämpfenden Frauen mit der Politik der kapitalistischen Zivilisation. Fortschrittliche Frauenkämpferinnen, die ihre bewusste, organisierte und aktionsorientierte Haltung verteidigen, werden nicht davor zurückschrecken, das System zu demaskieren und Rechenschaft einzufordern.

Die Tradition des 8. März hat uns gezeigt, dass die Freiheitssuche der Frau nicht nur sie selbst, sondern zugleich alle Unterdrückten, alle gesellschaftlichen Bereiche und die Natur umfasst. Diese Ansätze sind nicht voneinander zu trennen. Frauen wollen eine Gesellschaft errichten, in der alle frei und mit gleichen Chancen leben können. Genauso, wie Frauenbewegungen sich zum Ziel gesetzt haben, den Sexismus zu überwinden, kämpfen sie auch für eine demokratische und ökologische Gesellschaft. Wie in einer ökologischen Welt jedes Phänomen sowohl in Abhängigkeit von einem anderen als auch in Harmonie miteinander existiert, möchten auch Frauen mit ihrer Identität im Gleichgewicht mit Natur und Gesellschaft in Harmonie und Freiheit auf der Welt leben. In dieser Hinsicht sind Frauenbewegungen umfassend und vertreten universelle Standpunkte.

Der Erfolg von Freiheitskämpfen beginnt auf ideologischem, intellektuellem und philosophischem Gebiet. Denn aus diesen Bereichen hat das patriarchale System zuerst versucht, Frauen zu verdrängen, sie der von ihnen erschaffenen gesellschaftlichen Werte zu berauben und sie zu vereinnahmen. Darum werden wir uns unsere menschlich-gesellschaftlichen Werte zurückerobern und in den Dienst der Freiheit stellen. Die Bereiche von Politik, Sozialwissenschaften, Ökonomie, Intellekt und Ästhetik müssen von patriarchalen Normen befreit werden. Anstelle der Gewaltkultur muss bei der Lösungssuche eine Kultur des Friedens, der Solidarität, der Verständigung und des gegenseitigen Ergänzens aufgebaut werden. Als Frauen müssen wir uns sorgfältig mit Machtverhältnissen auseinandersetzen. Unsere Seelen, unsere Arbeit, unsere Gefühle und Gedanken dürfen nicht von Machtbeziehungen bestimmt werden. Vor diesem Hintergrund finden wir es wichtig, die unzähligen theoretisch-intellektuellen Arbeiten von Frauenpersönlichkeiten aufzugreifen, die durch die Widerstandskultur des 8. März Wege zu ihrer Organisierung fanden. In dieser Hinsicht haben sich Frauenbewegungen auch eine kulturelle und soziale Revolution zum Ziel gesetzt.

Während wir uns all diese Aspekte der Tradition des 8. März vergegenwärtigen, verdeutlicht sich die Notwendigkeit eines organisierten und kontinuierlichen Kampfes. Damit Frauen den tiefen Bruch, der in der Geschichte zwischen den Geschlechtern zuungunsten der Frau vollzogen wurde, ins Gegenteil verkehren können, müssen sie zuerst mit dem patriarchalen System und seiner Mentalität brechen. Deshalb müssen wir, wo immer wir uns auch befinden oder welchem organisatorischen Zusammenhang wir angehören, sowohl übergreifend denken als auch darauf hinarbeiten, unsere Erfahrungen und Kämpfe als Frauen in gemeinsamen Netzwerken zusammenzutragen und zu erweitern. Ein derartiges universelles Organisierungsmodell darf sich unter keinen Umständen an staatlichen Organisationsmodellen orientieren. Denn es ist bekannt, dass staatliche Organisationsmodelle das Regierungssystem des patriarchalen Systems darstellen. Dieses Modell, das mit dem Beginn der patriarchalen Geschichtsschreibung bei den Sumerern begann, baut auf Herrschaft, Klassen und dem Widerspruch zwischen Regierenden und Regierten auf. Die Gesellschaft wurde ihres Rechtes beraubt, sich selbst zu verwalten, eigene Beschlüsse zu fassen, selbstbestimmt zu denken und zu handeln. Da die Frauen durch das Staatssystem als Erste versklavt wurden, müssen sich Organisierungsansätze von Frauen mit den Wurzeln des Staates auseinandersetzen und in ihren eigenen Ansätzen jegliches Modell hierarchischer, monopolistischer und herrschaftsorientierter Prägung ablehnen.

Wir sind der Meinung, dass es die bedeutungsvollste Art und Weise ist, das 100. Jahr der Verkündung des 8. März zum Internationalen Frauenkampftag zu feiern, wenn wir unsere Entschlossenheit und Praxis darauf ausrichten, entgegen der kapitalistischen Modernität, welche die letzte zivilisatorische Entwicklungsstufe des Patriarchats darstellt, eine demokratisch-ökologische und geschlechterbefreite Modernität zu entwickeln. Der radikalste Kampf beginnt damit, uns von den Wurzeln des patriarchalen Systems loszureißen. Es ist unsere Aufgabe, das Erbe des Frauenkampfes und -widerstandes in der Menschheitsgeschichte ans Tageslicht zu bringen, die Geschichte von Frauen in jeglicher Hinsicht niederzuschreiben und zu dokumentieren. Eine Geschichte wartet darauf, geschrieben zu werden. Geschichte kann sowohl mit dem Stift als auch mit Aktionen und dem Ausbau von Organisierung hier und heute geschrieben werden.

Wie ein Forscher der Sozialwissenschaften sagte: „Die Geschichte ist im Heute, wir hingegen sind in den Tiefen der Geschichte verborgen."

Vom 100. Jahr zu weiteren Jahrhunderten!

Lasst es uns in Angriff nehmen, unsere Geschichte zu schreiben, indem wir die patriarchale Zivilisation zur Rechenschaft ziehen! ♦

Keine Fortschritte im israelisch-palästinensischen Konflikt

Obama aussitzen

Elmar Millich

Zu seinem Amtsantritt hatte US-Präsident Obama die Lösung des Nahost-Konflikts als vorrangiges Ziel seiner Bemühungen erklärt. Der schon bei der Lösung der Probleme in Nordirland erfahrene US-Politiker George Mitchell wurde zum Nahost-Sonderbeauftragten ernannt und sollte den festgefahrenen Prozess in Gang bringen. Vor allem bei den Palästinensern weckte das Hoffnungen, da während der US-Vorgängerregierung Bush unter dem Aspekt des Antiterrorkampfes konsequent einseitig für Israel Partei ergriffen worden war. Der Angriff Israels auf den Gaza-Streifen vor einem Jahr, bei dem über tausend palästinensische Zivilisten zu Tode kamen und gemäß dem internationalen Goldstone-Untersuchungsbericht auch massiv Kriegsverbrechen durch die israelische Armee begangen wurden, geschah mit Billigung der USA und auch der europäischen Staaten.

Um Bewegung in die festgefahrene Situation zu bringen, wurde von Washington Ende letzten Jahres eine neue Initiative ausgerufen. Anstatt über nebengeordnete Aspekte und vertrauensbildende Maßnahmen wie die Entlassung palästinensischer Gefangener, Zugang zu den Wasserressourcen oder Sicherheitsaspekte sollte direkt über den Grenzverlauf zwischen Israel und einem zukünftigen palästinensischen Staats verhandelt werden.

Die Aufnahme neuer Friedensgespräche war im Vorfeld durch den ungebremsten Ausbau israelischer Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem verhindert worden, da Palästinenserpräsident Abbas einen Baustopp zur Voraussetzung erklärt hatte. Während sich auch die US-Regierung diese Position zunächst zu eigen machte, kippte Außenministerin Hillary Clinton unter dem Druck der israelischen Regierung dann doch um. Der vom israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu geforderte Ausbau von Siedlungen im Westjordanland durch „natürliches Wachstum" und ein weiterer ungebremster Ausbau im annektierten Ostjerusalem wurden von Washington abgesegnet. Auch für den Ausbau neuer Siedlungen im Westjordanland verhängte die israelische Regierung lediglich ein Moratorium von zehn Monaten.

Der Sondergesandte Mitchell versuchte bislang vergeblich, Druck auf die Parteien auszuüben, um dem angeschlagenen Präsidenten Obama wenigstens außenpolitisch etwas Glanz verleihen zu können. Die Drohung an Israel, Kreditgarantien zu streichen, führte dort zwar zu Empörung, aber zu keinem Einlenken. Die Regierung Netanyahu richtet sich in der Position ein, dass sie zu vorbehaltlosen Verhandlungen bereit wäre, während Palästinenserpräsident Abbas den Dialog verweigere. Durch Vermittlung von Ägypten und Saudi-Arabien soll nun Abbas bewegt werden, in Verhandlungen einzuwilligen. Ohne einen absoluten Baustopp der israelischen Seite wäre dies aber für ihn ein kaum wiedergutzumachender Gesichtsverlust, welcher der oppositionellen Hamas weiteren Zulauf bringen würde.

Auch wenn solche Hindernisse überwunden werden könnten, bliebe ein Erfolg von Gesprächen mehr als fraglich. Wenn sich israelische Politiker überhaupt bisher zur möglichen Anerkennung eines palästinensischen Staates durchringen konnten, hat ihre konkrete Vorstellung nichts mit den üblichen Definitionen eines souveränen Staatsgebildes zu tun. So verlautete Netanyahu jüngst, Israel müsse die Ostgrenze eines künftigen palästinensischen Staatsgebildes in jedem Fall kontrollieren, um Waffenschmuggel aus Jordanien in die Westbank zu kontrollieren. Diese Forderung wirkt umso befremdlicher, als Jordanien eines der wenigen arabischen Länder ist, die mit Israel friedliche und diplomatische Beziehungen unterhalten. Die Vorstellungen der israelischen Seite von einem unabhängigen Palästinenserstaat ähneln mehr den Homeland-Gebilden in Südafrika während der Apartheid: Ein Flickenteppich isolierter Gebiete im Westjordanland, an denen Israel keinerlei wirtschaftliches oder strategisches Interesse hat. Die „Souveränität" der Palästinenser würde sich im Groben darauf beschränken, ihre eigene Müllabfuhr zu organisieren.

Während offiziell über Verhandlungen diskutiert wird, betreibt Israel weiter eine Politik der Einigelung. Nachdem bereits große Teile zwischen Israel und dem Westjordanland durch eine hohe Mauer getrennt sind, die zu großen Teilen durch palästinensisches Gebiet verläuft, soll nun eine zweite Grenzanlage an der Grenze zu Ägypten errichtet werden. Laut Netanyahu diene das Projekt langfristig dazu, die jüdische Bevölkerungsmehrheit Israels sicherzustellen, die durch den Zustrom zu vieler Ausländer gefährdet sei. Ebenfalls soll die Grenze zwischen Gazastreifen und Ägypten durch Beton- und Stahlfundamente gesichert werden, um Güteraustausch durch dort vorhandene Tunnelsysteme zu unterbinden. Dies würde die jetzt schon katastrophale Versorgungssituation in Gaza noch einmal einschränken. Zudem investiert Israel Milliardensummen in die Entwicklung einer geschlossenen Raketenabwehr, um sich gegen Angriffe von Hamas und libanesischer Hisbollah abzusichern. Hauptziel der israelischen Außenpolitik bleibt es, den Iran als potentiellen Machtrivalen in der Region auszuschalten, nachdem von den staatlichen Strukturen Iraks keine Gegnerschaft mehr ausgeht.

Die faktischen Entwicklungen zeigen, dass Israel nicht auf einen fairen Friedensschluss mit der palästinensischen Seite setzt, sondern am völkerrechtswidrigen Status Quo festhalten will, um allenfalls aus der Position der Stärke heraus einseitige Zugeständnisse zu machen. Das Einknicken von US-Außenministerin Clinton in der Frage des Siedlungsbaustopps wurde als klares Signal interpretiert, dass von US-Seite außer Rhetorik kein größerer Druck zu erwarten ist. Aber selbst wenn, sieht sich die israelische Regierung in der Lage, maximal sechs weitere Jahre Obama gelassen auszusitzen! ♦

Die Folgen von 20 Talsperren und Wasserkraftwerken in der kurdisch-alevitischen Provinz Dersim

Dersim – wenn eine ganze Provinz überflutet wird

Ercan Ayboğa

Mitte August 2009 begann mit dem Uzunçayır-Staudamm die Stauung des Flusses Munzur in der Provinz Dersim (türk. Tunceli). Sogleich erhob sich in der Bevölkerung dieser kurdisch bewohnten Provinz ein Aufschrei; mit der Stauung von fünfzehn Kilometern Flussstrecke wurde ihnen unmissverständlich deutlich, was für gravierende Folgen die weiteren vorgesehenen Talsperren- und Wasserkraftwerkprojekte haben würden. Diese von der Bevölkerung abgelehnten Projekte am Munzur – ein Nebenfluss des Euphrats – und seinen Nebenarmen würden viele schwerwiegende und irreparable Auswirkungen auf die seit Jahrhunderten unterdrückten Menschen, ihre spezifische Kultur und die vielfältige Natur haben. Bei der Realisierung dieser staatlich verordneten Projekte würde mit der Überflutung fast aller Täler die Zukunft einer ganzen Provinz zunichtegemacht werden, weshalb seit Jahren Menschen inner- und außerhalb Dersims immer wieder protestieren. Zuletzt gingen am 10. Oktober 2009 über 20 000 Menschen in Dersim auf die Straße.

In der Türkei gibt es keine andere Provinz, deren Bevölkerung sich so eindeutig und aktiv gegen die Talsperren- und Wasserkraftprojekte und ihre negativen sozialen, kulturellen und ökologischen Folgen stellt wie die in der kurdisch-alevitisch bewohnten Provinz Dersim[1]; selbst nicht am Schwarzen Meer oder am Tigris, wo ebenfalls ähnliche Projekte mit desaströsen Auswirkungen geplant worden sind. Es gibt ebenfalls keine andere Provinz, deren Menschen dem Staat vorwerfen, er verfolge ausschließlich politische Absichten und überhaupt keine sozio-ökonomischen Entwicklungsziele. Weil demnach sich die Bevölkerung seit der osmanischen Zeit in der Mehrheit ununterbrochen gegen die Politik der Unterdrückung verschiedener Kulturen stellt, soll sie durch die Überflutung der Täler und mit der Vertreibung ihrer BewohnerInnen endlich unterworfen werden. Die Bevölkerung Dersims hat in den letzten hundert Jahren mit dem Zentralstaat viele politisch-bewaffnete Auseinandersetzungen ausgefochten; zuletzt wurden 1994 im Rahmen des heute noch andauernden Aufstandes gegen die Unterdrückung der KurdInnen rund die Hälfte der Dörfer vom türkischen Militär zerstört und ihre EinwohnerInnen daraus vertrieben. Nun soll mit insgesamt zwanzig Talsperren- und Wasserkraftprojekten[2] der immer noch politisch, wirtschaftlich und sozial leidenden Provinz der endgültige Schlag versetzt werden. So die Meinung der meisten aus Dersim stammenden Menschen.

Verschiedene Dokumente zeigen, dass 1930 der damalige türkische Generalstabschef Fevzi Çakmak vorschlug, gegen das aufständische Dersim die Täler mittels Talsperren zu überfluten, damit ihre BewohnerInnen in ferne türkisch bewohnte Orte gebracht werden können.[3] Damit griff er eine schon 1875 geäußerte Idee wieder auf, denn nach der Zerschlagung von mehreren kurdischen Aufständen im Anschluss an die Gründung der Türkei war Dersim die einzige kurdische Provinz, die nicht unter der Kontrolle des Staates stand. Schließlich wurde 1938 nach zwei Jahren Widerstand der Bevölkerung die Provinz mit einem Genozid unter die totale staatliche Kontrolle gebracht. Aus diesem Grund ist das Jahr 1938 fest im Gedächtnis der Menschen aus Dersim verankert. Dieses Massaker, mit seinen 50 000 bis 80 000 Ermordeten, wurde bis heute nicht durch den türkischen Staat anerkannt und aufgearbeitet.

Zur Geografie von Dersim und zum Fluss Munzur

Die bergige Provinz Dersim ist das nördlichste Gebiet des nördlichen Ausläufers des Ost-Taurusgebirges. Dersim grenzt im Westen an das anatolische Plateau, im Osten an das Ararathochland (armenisches Hochland) und im Norden an die südlichen Ausläufer des Ostschwarzmeergebirges. Weil es im Einzugsgebiet des Euphrats liegt, kann es auch als die nördlichste Region Obermesopotamiens bezeichnet werden.

Die geografische Höhe variiert zwischen ca. 850 m im Süden und 3642 m im Norden. Im Norden und Nordwesten grenzt die Provinz die bis zu 3462 Meter hohe Munzur-Bergkette ab. Auf der anderen Seite dieser Bergkette liegt der nach Süden fließende Euphrat. Im Süden war der Fluss Murat die Provinzgrenze, doch nach dem Bau des Keban-Staudamms 1974 ist dies nun der Keban-Stausee. Im Südosten bildet der Fluss Peri und im Ost-Nordosten bilden hohe Berge der Provinz Bingöl die Grenze der Provinz.

Nach Süden hin werden die Berge zerklüfteter, niedriger und bewaldeter. Besonders in den Flusstälern ist Waldbewuchs verbreitet. Ursprünglich war Dersim viel bewaldeter als heute. So bewirkte der Keban-Stausee, dass die angrenzenden Berg-

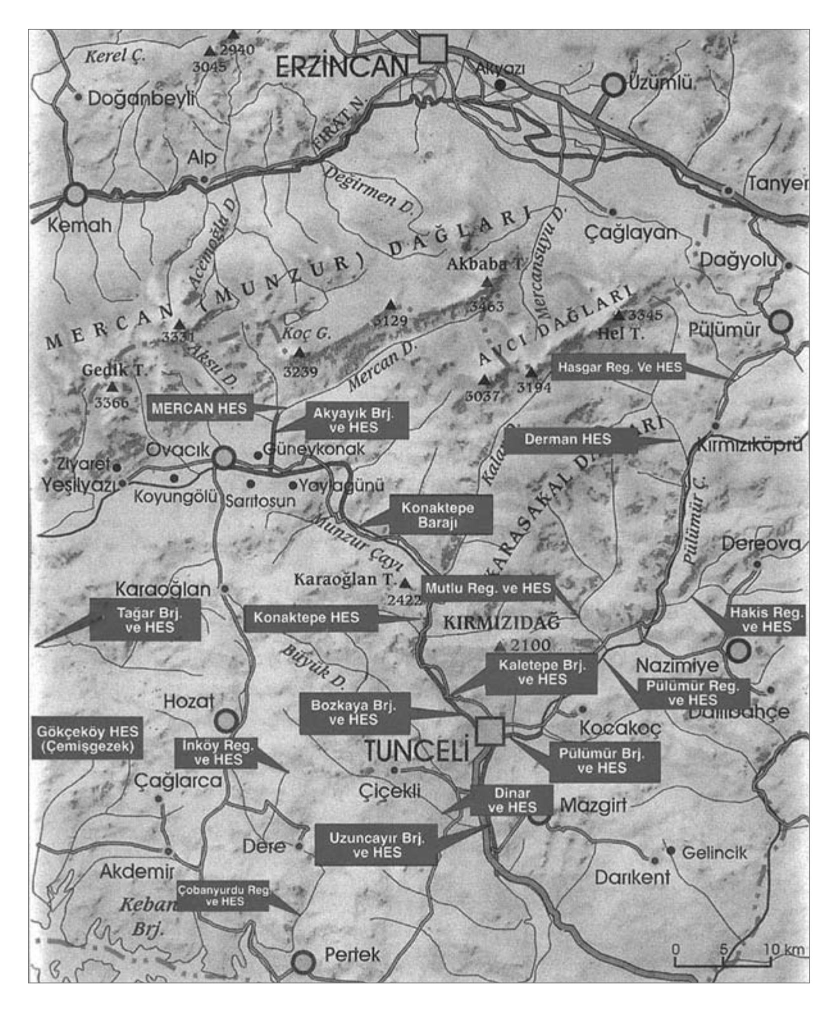
hänge wegen veränderter klimatischer Bedingungen entwaldet wurden.

Der Fluss Munzur entspringt im Nordwesten der Provinz nahe der Bezirksstadt Pulur und fließt bis zur Provinzhauptstadt Dersim, wo der größte Nebenfluss Pülümür (auch „Harçîk“ genannt) einmündet. Hier beginnt auch der neu entstandene Uzunçayır-Stausee. Der frei fließende Munzur existiert hier nicht mehr. Kurz nach dem Uzunçayır-Staudamm schließt sich stromabwärts der Keban-Stausee an. Der Munzur führte kurz vor seiner Mündung in den Keban-Stausee im Jahr durchschnittlich 87 m³/s Wasser; im April hat er mit 398 m³/s den meisten, im Oktober hingegen mit 44 m³/s den geringsten Durchfluss. Der Munzur hatte vor den Stauungen eine gesamte Länge von etwa 144 km, der ungestaute Harçîk-Fluss ist nach wie vor etwa 69 km lang. Die Qualität des Munzur-Wassers ist auch heute noch bis zur Stadt Dersim sehr gut und besitzt annähernd Trinkwasserqualität.

Nicht acht, sondern zwanzig Talsperren- und Wasserkraftwerkprojekte!

Das dem türkischen Umwelt- und Forstministerium unterstehende Staatliche Wasseramt (DSI) plant in der Provinz Dersim insgesamt zwanzig Wasserkraftwerkprojekte, um Strom zu produzieren. Einen anderen Nutzen wie Bewässerung oder Trinkwasserbereitstellung sollen sie nicht erbringen. Acht der Wasserkraftwerkprojekte werden zusammen mit je einer Talsperre gebaut. Die anderen zwölf Projekte bestehen aus je einem kleineren Absperrbauwerk bzw. einem Ausleitungskanal.

Bis zum Jahr 2009 waren der Bevölkerung insgesamt neun Talsperren- und Wasserkraftwerkprojekte bekannt. Doch jetzt kamen elf weitere hinzu. Die vor über zehn Jahren geplanten Projekte sollten insgesamt 362 MW Strom pro Stunde erzeugen, mit den neuen Projekten ist eine Kapazität von etwa 534 MW[4] anvisiert.



Wasserkraftwerkprojekte in Dersim — Grafik: E. Ayboğa

Das allererste realisierte Projekt ist das kaum bekannte Wasserkraftwerk Çemişgezek im Südwesten der Provinz mit einer sehr kleinen Kapazität von 0,1 MW. Das erste weitgehend bekannte realisierte Projekt ist das Mercan-Talsperren- und -Wasserkraftwerkprojekt am Mercan-Fluss im oberen Einzugsbereich des Munzur. 2003 wurde ein fünf Meter hohes Bauwerk mit einer Kapazität von 19,2 MW fertiggestellt. Im Jahre 2009 wurde im Süden der Provinz am Munzur nach 15-jähriger Bauzeit das Uzunçayır-Talsperren- und -Wasserkraftwerkprojekt komplett errichtet. Das auf 74 MW ausgelegte und 58 m hohe Projekt wurde mit der Füllung des Stauraums im August 2009 begonnen und im November 2009 abgeschlossen. Der 13,43 km² große und ca. 15–16 km lange Stausee reicht bis in die Provinzhauptstadt Dersim. Im Jahr 2009 wurde auch mit dem Bau des Tatar-Talsperren- und -Wasserkraftwerkprojekts am Grenzfluss Peri im Südosten der Provinz begonnen.

Das nächste geplante Projekt am Hauptfluss Munzur soll der Konaktepe-I-Staudamm (Höhe 111,4 m; 90 MW) mit Wasserkraftwerk sein, das am Oberlauf oberhalb der Provinzhauptstadt mitten im Munzur-Nationalpark gebaut werden soll. Es gehört wie auch Uzunçayır zu den größten Projekten in Dersim und würde einen bis zu 15 km langen Stausee erschaffen, der bis zur Bezirksstadt Pulur reichen würde. In direkter Verbindung damit steht das Wasserkraftwerkprojekt Konaktepe II (Fallhöhe 112 m; 50 MW), wohin das Wasser mit Hilfe eines Tunnels durch das Gebirge von Konaktepe I geleitet werden soll. Auf einer Strecke von mehr als 10 km würde das Tal (beinahe) austrocknen. Danach sollen stromabwärts die zwei Talsperren Kaletepe (60 m; 60 MW) und Bozkaya (30 m; 30 MW) folgen, am Nebenfluss Pülümür – der fast ebenso groß wie der Munzur selbst ist – ein gleichnamiger Staudamm (50 m; 6 MW) kurz oberhalb der Provinzhauptstadt. Am Pülümür-Fluss sind stromaufwärts zwei weitere Wasserkraftwerke (Pülümür und Haskar) geplant, an Kleinflüssen und Großbächen weitere Wasserkraftwerkprojekte, womit die Zahl von zwanzig erreicht wird. Darunter fallen

Hakis, Derman und Mutu im Nordosten (Bezirk Pülümür), Dinar, İnköy und Çobanyurdu im Süden (Bezirke Hozat, Pertek und Zentrum), Gökçeköy und Tağar im Südwesten (Çemişgezek) der Provinz.

Die Projekte in der Provinz Dersim sollen zumeist am Munzur – dem größten Fluss – oder an seinen Nebenarmen – wie dem Pülümür (Harçîk) – errichtet werden, fünf der Projekte an anderen Flüssen oder Bächen.

Das Südostanatolienprojekt (GAP) und die Projekte in Dersim

Wenn es um Talsperren in der Türkei und insbesondere in den kurdischen Provinzen geht, ist international das Südostanatolienprojekt (GAP) mit seinem Investitionsvolumen von 32 Mrd. US-Dollar bekannt, welches das größte Investitionsprojekt in der Geschichte der Türkei darstellt. Auch wenn Dersim und seine Flüsse im oberen Einzugsgebiet des Euphrats liegen und alle menschlich verursachten Veränderungen sich auf den gesamten Euphrat auswirken, so ist es doch kein offizieller Teil des GAP, das sich auf die weiter südlich liegenden Regionen konzentriert. Das GAP wurde 1982 beschlossen und umfasst 22 große Talsperren und 19 Wasserkraftwerke im Einzugsgebiet des Euphrats und des Tigris. Im Laufe der Jahre sind viele weitere Projekte im Einzugsgebiet der beiden Flüsse beschlossen worden, ohne jedoch Teil des GAP zu werden, so auch die in Dersim. Die infolge der Umsetzung des GAP aufgetretenen Auswirkungen – vor allem am Euphrat – zeigen, welche katastrophalen Veränderungen in Dersim auftreten werden.

Hauptentwicklungsziele des GAP sind die Devisenbeschaffung durch exportorientierte Landwirtschaft (Bewässerung von 1,8 Mio. ha Land), die Stromproduktion (Kapazität von 7 600 MW) und die Erhöhung des regionalen Einkommensniveaus. Diese Ziele dürften für sich kaum zu realisieren sein, denn Einkommenssteigerungen sind vor allem für die am Projekt beteiligten Firmen, die türkischen Eliten und regionale Großgrundbesitzer zu sehen. Die breite Masse der Bevölkerung der Region kann durch das Projekt ihre ökonomische Situation nicht verbessern. Besonders die Nichtbeachtung ökologischer und sozialer Folgekosten durch Umweltschäden und erzwungene Migration macht das Projekt ökonomisch höchst riskant. Eine nachhaltige Entwicklung im Sinne einer dauerhaft verträglichen Nutzung der regionalen Ressourcen und der Verbesserung der ökonomischen Situation breiter Bevölkerungsgruppen, besonders Unterprivilegierter, unter Mitbestimmung der Betroffenen findet nicht statt. Weiterhin kommt hinzu, dass mit dem GAP die Türkei die Kontrolle über die beiden größten Flüsse des Mittleren Ostens erhält. Es ist anzunehmen, dass die Türkei das Wasser sowohl als Waffe einsetzen und als Ware behandeln könnte, denn sie hat nicht die UN-Konvention über die nicht-schiffbare Nutzung grenzüberschreitender Wasserwege von 1997 ratifiziert.

Finanzierung

Die vom DSI geplanten Projekte müssen dem Gesetz nach durch Ausschreibungen vergeben werden. Da im Falle von Dersim die meisten Projekte ohne Ausschreibung vergeben und/oder praktisch keine Informationen an die Öffentlichkeit gegeben werden, erfährt die Bevölkerung die Angaben zur Unternehmerbeteiligung sehr spät und zumeist unvollständig. Alle zwanzig Talsperren- und Wasserkraftwerkprojekte in Dersim kosten nach ersten Schätzungen mindestens 2,5 Mrd. US-Dollar.[5]

Nach vorliegenden, aber vorsichtig einzuschätzenden Informationen ist am Bau des mehrere hundert Mio. Euro teuren Projektes Konaktepe I+II neben den beiden türkischen Unternehmen „Limak“ und „Soyak Uluslararası Inşaat ve Yatırım A.Ş.“ die österreichische „Strabag AG“ beteiligt. Über die Strabag könnte auch das österreichische Unternehmen „Andritz AG“ in gewissem Maße involviert sein. Bis etwa 2005 waren die türkische „Ata Inşaat“ und die US-amerikanische „Stone & Webster“ bei Konaktepe I+II beteiligt; jetzt möglicherweise nicht mehr. Bis Dezember 2009 ist kein offizieller Antrag auf eine Exportkreditversicherung an die österreichische Regierung bzw. die österreichische Exportkreditagentur ÖKB



Ercan Ayboğa referiert auf der türkeiweiten Wasserplattform in Istanbul Foto: DIHA

gestellt worden.[6] Zum Konaktepe-I+II-Projekt schweigt die Regierung am meisten.

Die auf dem Peri-Fluss gebaute Tatar-Talsperre wird vom türkischen Unternehmen „Darenhes Limak Elazığ Bilgin İnşaat“ gebaut. Ob für das Wasserkraftwerk auch ausländische Unternehmen beauftragt worden sind, ist unklar.

Soziale Auswirkungen

Die geplanten und umgesetzten Talsperrenprojekte würden in Dersim zahlreiche Dörfer überfluten, deren Zahl vorsichtig geschätzt einige Dutzend betragen dürfte. Die Zahl der umzusiedelnden Menschen liegt wahrscheinlich bei einigen Tausend. Sie mag angesichts der zwanzig Projekte relativ gering erscheinen, doch wenn die indirekt Betroffenen hinzugezählt werden, wird es sich etwa um die Hälfte der Provinzbevölkerung handeln, die sich zu über 90 % alevitisch-kurdisch zusammensetzt, was in der Türkei einmalig ist.

Um die sozialen Auswirkungen der Talsperrenprojekte zu verstehen, muss sich vor Augen gehalten werden, dass seit den 60er Jahren wegen weitverbreiteter Armut und wirtschaftlicher Benachteiligung durch den Staat Menschen aus den Dörfern ständig in die Großstädte auswandern. Vor allem ist zu berücksichtigen, dass Anfang/Mitte der 90er Jahre die türkische Armee die BewohnerInnen aus rund der Hälfte der ländlichen Siedlungen in Dersim zwangsweise vertrieben hat, um die erstarkte kurdische Guerilla der PKK zu bekämpfen. Auch wurden systematisch viele Waldflächen niedergebrannt und den NomadInnen die Weideflächen auf den hohen Bergen verboten. Durch diesen Staatsterror und die Flucht von Zehntausenden in die Großstädte reduzierte sich die Bevölkerungszahl der Provinz von etwa 150 000 um fast die Hälfte. Ab 2000 nahm die Zahl der BewohnerInnen zwar wieder leicht zu – sie liegt heute bei 90 000 –, doch ist fast niemand der Vertriebenen in die Dörfer zurückgekehrt. Seit dieser Zerstörungswelle liegt die Wirtschaft der Provinz darnieder, da sich die land- und viehwirtschaftliche Produktion auf dem Land nie spürbar erholen konnte.

Wenn die jetzt geplanten Talsperren realisiert werden, würde dies verhindern, dass die meisten Vertriebenen aus den 90er Jahren zurückkehren könnten, und zwar nicht nur in die überfluteten, sondern auch in die in der Nähe bzw. oberhalb der Stauseen liegenden Dörfer. Bei einer politischen Lösung der kurdischen Frage, einer ernsthaften Entschädigung der Vertriebenen und einer gezielten wirtschaftlichen Förderung der Region könnte eine Entwicklung für die Rückkehr in die Dörfer gefördert werden. Doch ist die jetzige Politik weit davon entfernt. Somit tragen die Talsperren zur Entvölkerung breiter Landstriche bei. Dies bedeutet also, dass die Verstädterung und somit die seit den 30er Jahren durchgeführte Assimilation der Menschen weiter befördert wird. Der Kirmancki-Dialekt (Zazaki) wird ohnehin wenig gesprochen, nun wird er in Dersim noch weiter aus dem Leben gedrängt.

Das vor Kurzem fertiggestellte Uzunçayır-Projekt hat von allen Talsperrenprojekten in Dersim die negativsten sozialen und ökologischen Auswirkungen. Durch die Flutung von Gebäuden und landwirtschaftlichen Flächen in sechs Dörfern mussten mehrere Hundert Menschen umziehen. In den Jahren zuvor verließen angesichts der bevorstehenden Flutung insbesondere junge Menschen die Dörfer in Richtung der Städte. In den anderen gefährdeten Dörfern dürften Tausende Menschen direkt betroffen sein.

Die Umsiedlungspraxis in Dersim sieht so aus, dass den Betroffenen nur Geld und kein neuer Siedlungsort angeboten wird. Entschädigungsgelder werden nur ausgezahlt, wenn entsprechende Landtitel vorliegen. In nicht wenigen Fällen kommt es vor, dass nicht alle Grundstücke, aus den unterschiedlichsten Gründen, Titel erhalten haben. Der ausgezahlte Betrag reicht in der Regel nicht aus, um an einem anderen Ort die Lebensqualität aufrechtzuerhalten. Das Geld wird in den ersten Jahren oft ausgegeben, ohne wirklich neue perspektivische Einkommensquellen zu schaffen.

Wie auch bei vielen anderen Talsperrenprojekten in der Türkei werden im Falle von Dersim weder die Direktbetroffenen noch die Bevölkerung der Stadt Dersim in die Planung der Talsperren einbezogen. In keiner Form fragte der Staat nach der Meinung der Menschen, der Kommunen oder Zivilorganisationen. Im Gegenteil – er versuchte so lange wie möglich zu verheimlichen, um einen eventuellen Protest zu vermeiden. Selbst als ab 2001 erste große Proteste stattfanden, bewegte sich das DSI überhaupt nicht. Heute weiß weder die Bevölkerung noch die Stadtverwaltung von Dersim Genaues über den Stand der Projekte, zum Beispiel ob und wann die Talsperren Konaktepe I, Bozkaya, Kaletepe gebaut werden sollen. Nur bei den neu hinzugekommenen neun Wasserkraftwerkprojekten werden seitens der Unternehmen einmalige Anhörungen der Betroffenen durchgeführt, weil die Gesetze dies fordern. Dies geschah z. B. am 20. Januar 2010 für das Pülümür-Wasserkraftwerkprojekt in der Gemeinde Kirmiziköprü, woran viele Menschen und Organisationen teilnahmen, um gegen dieses und andere Projekte zu protestieren.

Da viele Siedlungen Dersims in den Flusstälern liegen, das sozial-kulturelle Leben sich hier abspielt, die Freizeitaktivitäten sich auch hier konzentrieren, die Fernstraßen sich zumeist an den Flussläufen orientieren, werden die Wirtschaft und die soziale Struktur grundsätzlich leiden. So würde die Stadt Dersim von einigen anderen Regionen abgeschnitten und wäre als Halbinsel schwieriger zu erreichen. Sie würde ihre Bedeutung für die Provinz verlieren. Ob und inwiefern Ersatzstraßen gebaut werden, ist wegen der fehlenden Informationspolitik unklar. Wie nicht überflutete, aber nahe der Stauseen liegende Siedlungen erreicht werden sollen, ist nicht beantwortet. Angesichts der Tatsache, dass hier wenige Menschen leben, wird sich für den Staat natürlich die Frage nach der Wirtschaftlichkeit neuer Straßen stellen. Die Verkehrswege sind ohnehin durch die natürlichen Gegebenheiten sehr eingeschränkt. Um über diese Befürchtung ein besseres Bild abzugeben: Alle, die von Dersim nach Ovacık (Pulur) und umgekehrt gelangen möchten, müssten eine Strecke von etwa 200 km anstatt wie bisher 70 km zurücklegen. Auch die Zufahrt nach Pilemori (Pülümür) und Nazimiye würden abge-

schnitten. Eine Befürchtung wegen dieser Zerstückelung in Dersim ist, dass ihnen der Provinzstatus aberkannt werden könnte und sie an die Nachbarprovinzen angeschlossen werden.

Kulturelle Auswirkungen und der Fluss Munzur

Neben der Versorgung mit Wasser für Mensch und Tier, dem an ihr orientierten Personen- und Güterverkehr, guten – wenn auch spärlichen – landwirtschaftlichen Flächen, Freizeitmöglichkeiten und anderen Aspekten besitzen der Fluss Munzur und sein Tal in den Augen der Menschen eine „heilige" Stellung, eine seit Jahrhunderten herausragende Stellung im kulturell-religiösen Leben der alevitischen Bevölkerung. Der Munzur wird mit vielen wichtigen Mythologien, Sagen und Liedern in direkte Verbindung gebracht. Die Munzur-Sage gehört zusammen mit der Dûzgîn-Bava-Sage zu den bekanntesten Erzählungen. Darüber hinaus liegen in den Flusstälern auch mehrere religiöse Stätten – vor allem Wasserquellen –, die von den Menschen regelmäßig besucht werden. So wurde zuletzt die Stätte „Gole Çetu" durch den Uzunçayır-Stausee im November 2009 überflutet, was für Proteste sorgte. Der Munzur hat mehr als materielle Bedeutung im Leben der Menschen von Dersim, er ist die wichtigste Quelle für ihr geistiges Leben.

Darüber hinaus hat der Nieder-Munzur aus archäologischer Sicht auch eine große Bedeutung. Als nördlichster Teil Obermesopotamiens gehört er zu den Flussgebieten, wo Menschen sich zum ersten Mal niedergelassen und früheste Formen der Landwirtschaft entwickelt haben. Auch wenn sich höchstwahrscheinlich die meisten frühen Siedlungen mehr auf die unteren Euphrat- und Tigrisstrecken konzentriert haben, dürfte die Munzur-Region zu einer umfangreichen Erforschung des Neolithikums beitragen. Im Munzur-Tal sind bisher keine Geländeerkundungen zur Erfassung archäologischer Stätten durchgeführt worden.

Ökologische Konsequenzen

Die katastrophalen Auswirkungen auf die Ökologie stehen im Falle von Dersim mehr im Vordergrund als bei anderen kritisierten Talsperrenprojekten, was an der vielfältigen und wundervollen Natur liegt. Wie schon zuvor angedeutet, würden durch die zwanzig Talsperren- und Wasserkraftwerkprojekte der Munzur, der Harçîk und die anderen Fließgewässer durch die Stauung in künstliche Seen oder in trockene Täler verwandelt. Der Munzur und der Harçîk wären nur noch auf den ersten 10–15 km in einem natürlichen Zustand.

Die bisherigen Untersuchungen lassen annehmen, dass ein großer Reichtum verloren gehen würde, wenn es auch bisher keine systematische Aufnahme des ökologischen Zustandes der Region gab. Was genau verloren gehen würde, ist nicht bekannt, weil bisher keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt wurde. Da dies nach türkischen Gesetzen im Falle von Dersim nicht erforderlich ist, wird auch nicht erwartet, dass sie erfolgen wird. Denn alle vor 1993 beschlossenen Infrastrukturvorhaben benötigen in der Türkei keine UVP, egal wie schwerwiegend die Folgen auch sein mögen. Damit ist der Bevölkerung nicht die Möglichkeit gegeben, irgendwelche Einsprüche im Rahmen eines UVP-Prozesses einzulegen.

Zunächst sei zu erwähnen, dass die Biodiversität in Dersim und dabei vor allem im Munzur-Tal und auf den hohen Almen zur höchsten nicht nur in der Türkei, sondern im gesamten Mittleren Osten, zählt. Die neuesten Untersuchungen aus dem Jahr 2009 gehen von insgesamt 1 518 Pflanzenarten aus. Bei 227 Arten handelt es sich um endemische Arten, d. h. sie kommen nur in der Türkei vor. Von diesen Arten existieren wiederum 43 Arten nur in Dersim, d. h. sonst nirgendwo in der Welt. Die in diesem Rahmen zumeist aufgeführte Art ist der Munzur-Knoblauch. Neben diesen Arten würden höchstwahrscheinlich unzählige endemische und nichtendemische Arten verschwinden bzw. in ihrem Lebensraum erheblich zurückgedrängt werden.[7] In jedem Fall würde einer der wildesten und reichhaltigsten Naturräume im Mittleren Osten verloren gehen.

In den Bergen Dersims leben heute zum Beispiel folgende Tiere: Bergziegen, Bergschafe, Bären, Wildschweine, Wölfe, Schakale, Füchse, Steinmarder, Stinktiere, Dachse, graue Eichhörnchen, Igel, Eidechsen, Schlangen, Luchse, Fischotter, Schildkröten, Frösche, Falken, Wanderfalken, Wachteln, Sperber, Geier, Adler, Eulen, Rebhühner, Kraniche, Störche, Papageien, Nachtigallen, Schwalben, Spechte, Wiedehopfe, Amseln, Raben, Fledermäuse. Darüber hinaus sind die Berge mit Hunderten verschiedener Pflanzen bedeckt: Tulpe, Hyazinthe, Narzisse, gemeines Schneeglöckchen, echte Kamille, Veilchen, wohlriechender Gänsefuß, Anafatma, Tragant, wilder Thymian, Hagebutte, wild wachsender Apfel, Birne, Pflaume, Walnuss, Zeder. Folgende Baumarten wachsen in Dersim: Eiche, Buche, Weide, Pappel, Walloneneiche, Spitzahorn, Birke, Nadelbaum, Schwarzerle.[8]

Die rot gefleckte Forelle, viele weitere Fische und andere an das Fließgewässer angepasste Arten im und am Fluss werden verschwinden, wenn die Stauseen und unüberwindbare Absperrbauwerke errichtet worden sind. Dann würden nur noch wenige an stehende Gewässer angepasste Arten überleben können. Aber auch an den neuen instabilen – betriebsbedingtes ständiges Auf und Ab des Stauziels – Ufern der stehenden Gewässer würde sich eine neue Pflanzen- und Tierwelt ansiedeln, die in ihrem Artenreichtum ärmer sein wird.

Mit den Stauseen in Dersim wird sich das regionale Klima erheblich verändern, wie im Falle der am Euphrat bereits errichteten Stauseen zu erkennen ist. Es wird feuchter und milder werden, was u. a. mehr Regen und weniger Schnee bedeuten würde. Wenn deutlich weniger Schnee auf die Munzur-Berge fällt, kann sich das direkt auf die Munzur-Quellen auswirken. Denn der Munzur entsteht am Fuß der Munzur-Berge auf einer Länge von etwa 300 m und führt schon gleich einen Großteil der gesamten Fließmenge. Dies ist eine sehr oft geäußerte Befürchtung in der Bevölkerung. Diese Veränderung könnte durch den allgemeinen Klimawandel zukünftig beschleunigt werden.

Der zu erwartende spürbare regionale Klimawandel könnte sich negativ auf die Wälder in den Flusstälern auswirken. Wie im Falle des Keban-Stausees könnte er eine weitverbreitete Entwaldung bewirken.

Eine andere Gefahr durch die künstlichen Seen entsteht durch die fehlende Selbstreinigungskraft der Flüsse. In Pulur und besonders in Dersim werden Abwässer ungeklärt in den Munzur geleitet, da es bisher keine Kläranlagen in Dersim gibt. In dem stehenden Gewässer werden sich Fäkalien und chemisch-biologische Schadstoffe anreichern, was zu einer großen Gesundheitsgefahr für die umliegende Bevölkerung führen wird. Denn durch die ständige Absenkung und Erhöhung des Stauziels werden Flächen freigelegt, die für tropische Krankheiten – Malaria und Typhus – verbreitende Mücken insbesondere im Sommer ideal sind. Dabei geht es vor allem um die Stadt Dersim, die jetzt durch den aufgestauten Uzunçayır-Stausee genötigt ist, eine Kläranlage auf eigene Kosten zu bauen. Natürlich ist das generell zu begrüßen, doch muss sie für die Kosten selbst aufkommen, obwohl sie nicht für das Uzunçayır-Projekt verantwortlich ist und auch keine Ausgleichszahlungen erhält.

Die Stauseen werden zu Sedimentfallen. Die erste Folge wäre, dass direkt unter den Talsperren eine Tieferlegung des Flussbettes erfolgen wird. Während in diesen Fließabschnitten und in den durch Ausleitung trockengelegten Flussbereichen das Grundwasser absinken würde, wäre es um die Stauseen herum erhöht. Dies wird sich auf die Landwirtschaft, aber auch auf viele Wasserquellen in einer großen Region und schließlich auf die Ökosysteme auswirken. Eine weitere Folge des Rückhaltens der Sedimente wäre die schnelle Füllung der Stauseen angesichts der nicht geringen Sedimentmengen. Dies würde auch bedeuten, dass sich die Stauseen in einigen Jahrzehnten so weit füllen würden, dass eine wirtschaftliche Bewirtschaftung nicht mehr rentabel wäre. In diesem Fall hätten wir riesige Altlasten in den Landschaften.

Durch den Bau der Talsperren sollen insgesamt 720 Mio. m³ Erde und Felsen bewegt werden. Dies ist eine sehr erhebliche Größe, was zu weiteren ökologischen Verlusten in der Landschaft führen würde.

Die Zerstörung des Nationalparks Munzur

Am 21. Dezember 1971 wurde nach Gesetz Nr. 6831 eine Landschaft zum „Munzur-Nationalpark“ erklärt, die mehrere Kilometer nordwestlich der Stadt Dersim beginnt und sich entlang des Munzur stromaufwärts in Richtung Pulur über mehrere Dutzend Kilometer bis hinein in das Mercan-Tal erstreckt. Mit seinen 42 000 Hektar ist er der sechstgrößte Nationalpark der Türkei. Als der Nationalpark Munzur entstand, wurden alle Tiere bis auf den Wolf, den Schakal, den Raben und das Wildschwein unter besonderen Schutz gestellt. Einige Vögel dürfen nur zu bestimmten Jahreszeiten gejagt werden, andere überhaupt nicht.

Der Bau des Ilısu-Staudamms geht weiter

Ohne China, aber nun mit türkischen Banken

Nachdem ab September 2009 über eine chinesische Beteiligung am Ilısu-Staudammprojekt spekuliert wurde, bahnte sich seit dem Jahreswechsel eine neue bedrohliche Entwicklung an. Nachdem auszumachen war, dass chinesische Unternehmen und Exportkreditagenturen sich höchstwahrscheinlich nicht an dem Projekt beteiligen, verfolgt die türkische Regierung den Weg, den Bau des Ilısu-Staudamms nur mit türkischen Unternehmen zu beginnen. So beschuldigte am 30.12.2009 in einer Pressekonferenz der türkische Umweltminister Eroğlu – der Inbegriff der zerstörerischen Wasser- und Umweltpolitik – die drei sich von Ilısu zurückgezogenen Regierungen der BRD, Österreichs und der Schweiz der Unzuverlässigkeit und kündigte an, dass drei türkische Banken das Ilısuprojekt finanzieren werden. So unterzeichneten trotz Protesten unserer Initiative und anderer Organisationen die türkische Akbank, die Garantibank und die staatliche Halkbank mit der türkischen Regierung und türkischen Unternehmen am 27.01.2010 einen Vertrag. Türkische Unternehmen werden demnach voraussichtlich erst einmal so viel wie möglich (Zufahrtsstraßen, Staudammkörper etc.) bauen, was vielleicht drei–vier Jahre in Anspruch nehmen wird. In der Zeit wird die Regierung die betroffene Bevölkerung vertreiben und nach den niedrigen türkischen Standards entschädigen – natürlich nur diejenigen mit Landtiteln und nicht die Landlosen. Dann könnten die europäischen Unternehmen wie Andritz, Züblin und Alstom die Turbinen und anderes Know-how liefern.

Wie zu erkennen ist, täuscht es zu sagen, dass Ilısu gestoppt sei. Mehr denn je ist es wichtig, dass die Kampagne vor Ort, im Westen der Türkei und auch in Europa weitergeht. Auch gegen die türkischen Banken. In diesen Wochen wird von der Initiative zur Rettung von Hasankeyf eine breit angelegte Kampagne beginnen, die auch in Europa geführt werden wird. Wir bitten, dass zur aktuellen Information die bekannten Websites verfolgt werden sollten.

Ercan Ayboğa
Initiative zur Rettung von Hasankeyf
www.hasankeyfgirisimi.com (türkisch und englisch)
www.stopilisu.com (deutsch und englisch)

Nach dem Nationalpark-Gesetz darf eigentlich das ökologische und natürliche Gleichgewicht in keinem Fall gestört oder zerstört werden. Das natürliche wilde Leben im Nationalpark darf demnach nicht beeinträchtigt werden. Jedes Vorhaben, das sich mit diesen Zielen nicht vereinbaren lässt, ist zu untersagen. Doch die Regierung beruft sich auf Gesetze, wonach ein starkes öffentliches Interesse – hier Stromproduktion – solche Projekte erlaubt.

Strom für wen? Eine Kosten-Nutzen-Betrachtung

Wie oben erwähnt, sollen die Projekte in Dersim ausschließlich Strom produzieren. Die geplante Kapazität von 534 MW ist angesichts der Investitionskosten von etwa 2,5 Mrd. US-Dollar[9] – die Umsiedlungskosten sind nicht mit einberechnet – extrem hoch. 534 MW entsprechen etwa einem Prozent der aktuellen türkischen Stromkapazität und machen somit nur einen Bruchteil des Stromverbrauchs aus. Zum Vergleich: Das ebenfalls abzulehnende Ilısu-Wasserkraftwerkprojekt am Tigris wäre sogar mit etwa 3 Mrd. US-Dollar Kosten und einer Kapazität von 1 200 MW wirtschaftlich effektiver.

Dersim wird von der geplanten Stromproduktion überhaupt nicht profitieren, weil diese für die Großstädte und die Industrie im Westen der Türkei gedacht ist. Es ist auch nicht vorgesehen, dass die Provinz aus den Stromeinnahmen einen Betrag erhalten soll, obwohl sie die Kosten dafür trägt. Der Keban-Staudamm wurde 1974 fertiggestellt, doch wurden die Dörfer in Dersim erst um 1989 elektrifiziert. Nur während des mehrjährigen Baus finden einige Menschen vorübergehend Arbeit, die überdies schlecht bezahlt ist. Anschließend bleiben praktisch keine Arbeitsplätze übrig – die wenigen werden in der Regel von Fachkräften von außerhalb besetzt. Von regionaler Entwicklung ist nicht mal ansatzweise zu sprechen.

Neben den politischen Gründen ist ein falsches Energiekonzept der Türkei für so viele zerstörerische Wasserkraftwerkprojekte verantwortlich. Die auf Erdgas und Erdöl basierenden thermischen Kraftwerke werden zusammen mit den Wasserkraftwerken systematisch ausgebaut, während der Entwicklung erneuerbarer Energien bewusst Steine in den Weg gelegt werden. Doch das Potenzial an Wind und Sonne in der Türkei ist sehr hoch – auch in Dersim – und es gibt viele Interessierte, die investieren würden, wenn sie dürften. Weiterhin müsste die Türkei die elektrische Energie in den Haushalten und in der Industrie effektiver nutzen. Doch wo zuerst investiert werden müsste, ist in die Überholung der vorhandenen verlustreichen Stromleitungen. Wenn die 2,5 Mrd. US-Dollar hier investiert werden würden, könnte der momentane Verlust von etwa 21 % um bis zu ein Drittel reduziert werden, was wirtschaftlich sinnvoller wäre als die Projekte in Dersim.

Ein weiterer möglicher Grund für die Talsperrenprojekte in Dersim ist die weit vorangeschrittene Sedimentierung des Keban-Stausees. Der 1974 fertiggestellte Keban-Stausee füllt sich mit hoher Geschwindigkeit, er wird wahrscheinlich aus

Enteignungen bei Hasankeyf gestoppt – Erfolg für Bewohner

Pressemitteilung, 12.02.2010

Diyarbakır/Hasankeyf: Heute wurde die Enteignung von Land für Neu-Hasankeyf vom Verwaltungsgericht in Diyarbakır für ungültig erklärt. Die Dorfbewohner von Kesmeköprü III (Dorf gegenüber Hasankeyf) hatten geklagt, weil der Staat schnell und ohne auf ihre Forderungen einzugehen enteignet hatte. Als Begründung für den jetzigen Beschluss diente ein Urteil vom 13.01. 2010, dass der verantwortliche Denkmalschutzrat keinen Beschluss über die kulturellen Güter in Hasankeyf in Zusammenhang mit dem Ilisu-Staudammprojekt gefasst hatte. Jetzt muss neu verhandelt werden. Das ist ein Erfolg für die betroffenen Landwirte.

Zum Hintergrund: Am 12. Juli 2006 wurden die Enteignungen für das geplante Neu-Hasankeyf und den geplanten angrenzenden Archäologiepark beschlossen. Der Entscheid berief sich auf ein Gesetz, das nur im Falle eines Ausnahmezustandes oder eines Krieges zur Anwendung kommen soll. Damit wurde ein regulärer Enteignungsprozess umgangen. Anfang September 2006 reichten vier Landwirte aus Kesmeköprü III Klage gegen dieses Vorgehen ein, sie wurden durch Anwälte der Anwaltskammer in Diyarbakır vertreten und von unserer Initiative beraten. 2008 erging ein Beschluss des verantwortlichen Ministeriums, dass die Enteignungen dem allgemeinen Interesse dienlich seien, woraufhin die Enteignungen durchgeführt und die Bewohner nur unzureichend entschädigt wurden.

Mit diesem Beschluss können die geplanten Bauarbeiten für den neuen Siedlungsort von Hasankeyf – im Falle der Umsiedlung – erst einmal nicht beginnen, was ein weiteres Hindernis für die Realisierung des Projekts ist. Denn ein normaler Enteignungsprozess benötigt meistens eins bis zwei Jahre. Und ob der verantwortliche Denkmalschutzrat je einen Beschluss fassen kann, ist ungewiss. Denn die Diskussion darum wird seit fünf Jahren geführt.

Ercan Ayboğa
Initiative zur Rettung von Hasankeyf
www.hasankeyfgirisimi.com
hasankeyfgirisimi@gmail.com

ökonomischer Perspektive nicht mehr lange Sinn machen. Der Munzur ist ein Fluss mit nicht geringer Sedimentführung, denn er kommt aus sehr bergigen Gebieten, doch der Eintrag aus Dersim ist insgesamt relativ klein. Um den Sedimenteintrag zu verringern, sollte vielmehr umfassend aufgeforstet werden, damit die Erosion an den Hängen unterbunden wird (hier sei anzumerken, dass in der Türkei die Aufforstung oft mit günstigen klimafremden Bäumen durchgeführt wird).

Eine umfassende Bilanzierung von volkswirtschaftlichen Nutzen und Kosten liegen hier, wie auch bei den Staudämmen des GAP-Projekts, nicht vor.

Welche Alternativen für eine sozio-ökonomische Entwicklung gibt es denn für Dersim? Die Wirtschaft basiert(e) vor allem auf der Viehwirtschaft, die Landwirtschaft trägt nur im Süden der Provinz viel bei. Zunächst müssten viele der in den 90er Jahren Vertriebenen ausreichende Entschädigungen erhalten, damit sie in ihren Dörfern zur wirtschaftlichen Produktion etwas beitragen können. Gleichzeitig könnte eine auf Vieh- und Landwirtschaft basierende Verarbeitungsindustrie aufgebaut werden. Die Milchprodukte, der Honig und einige Pflanzen sind seit Jahren im ganzen Land bekannt. Die bewaldete und vielfältige Natur mit dem Munzur und den bewaldeten Bergen zieht seit 2000 immer mehr Menschen als TouristInnen an. Ein ökologisch verträglicher Ökotourismus könnte viel zum Einkommen der Menschen beitragen. Alternative Energien wie Solar- und Windenergie haben in Dersim ein sehr großes Potenzial. Der hohe Bildungsstandard der Bevölkerung könnte für gewisse Forschungseinrichtungen oder Dienstleistungen interessant sein.

Aktivitäten gegen die Talsperren

Im Jahre 2000 nahm die Bevölkerung Dersims die Bedrohung durch die Talsperren- und Wasserkraftwerkprojekte erstmals umfassend wahr. Dies hatte zwei Gründe. Zum einen mussten die Menschen mit ansehen, dass wegen des Baus des Uzunçayır-Staudamms viel Erde und Fels bewegt bzw. gesprengt wurde und die Population der rot gefleckten Forelle schrumpfte. Zweitens blieb bis 1999 wegen der verbreiteten Repression gegen die Bevölkerung (Verbote von Vereinen, Verhaftungen, Folter und Lebensmittelembargo) durch den Staat dieses Thema im Hintergrund und es gab keinen Spielraum für Aktivitäten.

Anfang 2000 kamen Menschen aus Dersim in Istanbul im Rahmen von Vereinen (z. B. Tudef und Munzur-Umweltverein) zusammen und begannen, zu den Talsperren Untersuchungen und Infoveranstaltungen durchzuführen. Kurze Zeit später engagierten sich Menschen auch in Dersim. Ab 2001 wurden in Dersim alle Aktivitäten vom „Verein zum Erhalt des Munzur-Tals und natürlichen Lebens" koordiniert. 2003 gründete sich in Istanbul die Studierendengruppe „Die Verrückten von Munzur" (Bome Munzurî), die mit ihren Protesten bis Anfang 2006 viel Aufsehen erregten. Parallel zu den Aktivitäten in Dersim und der Türkei wurden Menschen und Gruppen auch in Europa – vor allem in der BRD und in Österreich – aktiv. Ab 2005 jedoch nahmen die Proteste gegen die Talsperren sowohl in Dersim als auch in den Metropolen ab, weil die vielen Initiativen untereinander kaum koordiniert waren, die Kampagnen ohne langfristige Zielsetzungen arbeiteten und seit 2000 kein neuer Bau von Talsperren oder Wasserkraftwerken begonnen und die Flutung durch den Uzunçayır-Staudamm immer wieder hinausgezögert worden war. Ab 2006 waren nur noch zwei Vereine in Istanbul sporadisch aktiv.

Um 2000/2001 wurden zwei Verfahren gegen die Talsperren in Dersim eröffnet. Als Hauptargument dafür diente der Nationalpark Munzur, der nach türkischen Gesetzen nicht erheblich verändert werden darf. Zweimal wurden durch Gerichtsbeschlüsse die Projekte Konaktepe I+II gestoppt. Doch jedes Mal klagte das DSI bzw. die Regierung erfolgreich dagegen.

Erst die Stauung durch den Uzunçayır-Staudamm im Sommer 2009 und die zusätzlichen Wasserkraftwerkprojekte in Dersim haben die Menschen dazu bewegt, erneut aktiv zu werden. Auch die vielen neuen talsperrenkritischen Bewegungen in der Türkei tragen dazu bei, dass sie durch ihre laufenden Kontakte die Menschen in Dersim zu mehr Aktivität bewegen. Im September 2009 hat sich eine Koalition von 37 Organisationen aus Dersim und den Metropolen gebildet, die am 10. Oktober eine Protestdemonstration mit über 20 000 Menschen organisierte, was als die bis dahin größte Anti-Talsperren-Demonstration in die Geschichte der Türkei einging. Aus diesem Bündnis wurde schließlich die „Umweltinitiative Dersim". In dieser neuen Koalition sind u. a. die Stadtverwaltung Dersim, Gewerkschaften, soziale und Frauenorganisation, politische Parteien und auch die kürzlich gegründete Gruppe „Naturaktivisten Munzur". Parallel dazu bildet sich auch in Europa ein Netzwerk aus mehreren Gruppen und Einzelpersonen, um den Projekten in Dersim von Europa aus entgegenzuwirken. So entsteht eine große Kampagne mit vielen AktivistInnen, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit die weiteren Projekte stoppen werden, das Bewusstsein für das ökologisch-kulturelle Erbe in Dersim erweitern und eine neue Diskussion über die regionale Entwicklung dieser Provinz anregen können, die auch Früchte tragen wird. ♦

Fußnoten:

1 Dersim ist die unter den 81 Provinzen einzig mehrheitlich alevitisch bewohnte.

2 Antwort des Staatlichen Wasseramtes (DSI) an die Stadtverwaltung Dersim, Januar 2010

3 Günlük Gazetesi: 134 yıllık sürgün plan, 13.10.2009

4 Internetseite des Staatlichen Wasseramtes DSI, Link: HES Su Kullanım Anlaşmaları, http://www.dsi.gov.tr/ska/ska.htm

5 Diese Information basiert auf Angaben einiger MitarbeiterInnen des DSI, die nicht offiziell und daher mit Unsicherheit zu genießen sind. Siehe auch: Turna, Celal: Das Munzurtal und das Problem der Staudämme, im Auftrag des Tunceli-Solidaritätsausschusses und der Dersim-Initiative, Istanbul 2000

6 Mündliche Anfrage der österr. Organisation ECA-Watch an die Österreichische Kontrollbank ÖKB

7 Fırat News Agency (ANF): Munzur Vadisi Dünya Mirasıdır; Untersuchung des Vereins „Uygulanabilir Yaşam Derneği" Artikel vom 08.02.2010, www.firatnews.com

8 Turna, Celal: s. o.

9 Turna, Celal: s. o.

Orhan Pamuk: Das stille Haus

Ein Haus wird still, wenn die Bewohner es verlassen

Rezension von Susanne Roden



Orhan Pamuk:
„Das stille Haus“
Aus dem Türkischen von Gerhard Meier
Hanser Verlag, München/Wien 2009
368 Seiten, 24,90 Euro

Übrig geblieben sind Fatma und Recep, der die alte Dame versorgt und bedient. Mit ihm als Erzähler beginnt auch die Geschichte um das stille Haus, das sein Geheimnis nur stückchenweise dem Leser durch die Stimme einzelner ausgewählter Erzähler preisgibt.

Eine dieser Stimmen ist die Großmutter, die in stillen Zwiegesprächen mit sich selbst über ihre eigene Vergangenheit eine Parallelwelt zu dem tatsächlichen Geschehen erstellt. Dies wird von Orhan Pamuk durch versetztes Ineinandermischen von Dialogen, manchmal auch nur von Fragen ohne Antworten oder späteren Antworten mit diesen Gedanken dargestellt und macht das Lesen interessant.

Jede der erzählenden Personen hat ihre Erlebnisse und Gefühle, hat ihre eigene Erlebniswelt, wodurch bei einem Aufeinandertreffen der an der Handlung beteiligten Personen eben auch in Versatzstücken jedes Kapitel so nach und nach ein Puzzleteil mit unterschiedlichen Blickwinkeln darstellt.

Besonders interessant sind dabei die Ausführungen der Witwe zu dem lange verstorbenen Selahattin, der mit aufklärerischem wissenschaftlichem Geist an einem Enzyklopädieprojekt arbeitet, das er leider unvollendet zurücklassen muss und an dessen große Bedeutung für die Zukunft der modernen Türkei eben die erzählende Witwe nie geglaubt hat.

Exemplarisch wird hier eine gescheiterte Ehe beleuchtet, wie Menschen mit Gegensätzen sich eben nicht anziehen, sondern sich voneinander entfernen, zwangsweise durch das Band der Ehe aneinander gekettet.

Der Hass der Witwe gegen den gottlosen Aufklärer an ihrer Seite richtet sich dann am Ende auch gegen sich selbst, aber das bemerkt eben keiner der anwesenden drei Enkel.

Jeder ist mit sich selbst beschäftigt. Nülgin liest Turgenjew und denkt über sozialistische Themen nach, geht schwimmen und genießt die Ferien.

Der Jüngste im Bunde, Metin, treibt sich mit einer Jungenclique aus reichem Umfeld herum und betäubt sich mit Alkohol und Drogen, und Faruk, der Älteste der drei, ist Historiker und reiht sich in die Tradition des Alkoholproblems, das sowohl sein verstorbener Vater als auch sein verstorbener Großvater Selahattin hatten, ein.

Sehr spannend sind seine Ausführungen zu historischen Details aus der letzten Hälfte des 16. Jahrhunderts durch die Archivfunde allerdings allemal.

Schon am Anfang der Erzählung wird deutlich, dass es sich um eine spannende krisenreiche Zeit handelt, in der die Geschichte des stillen Hauses einmal begann, die Epoche der jungtürkischen Reformbewegung nach 1900 und des kemalistischen Aufbruchs zu Beginn der 20er Jahre. Leider wird der politische Hintergrund nur sehr knapp skizziert und Einzelheiten werden nur angedeutet.

Der Roman beschreibt eine Woche im Sommer 1980, wurde ursprünglich 1983 unter dem Titel „Sessiv ev“ bei Can Yayınları in Istanbul veröffentlicht und liegt inzwischen in deutscher Übersetzung mit der Veröffentlichung aus 2009 vor. Meine Annahme, dass die Veröffentlichung erst 30 Jahre später erfolgte, weil sie zeitnah politischen Sprengstoff bedeutet hätte, war also eine Fehleinschätzung.

Dennoch, es ist schon spannend, ein Frühwerk des bekannten Schriftstellers Orhan Pamuk zu lesen, und eine zeitnahe notierte Stimmung aus der Zeit hat mich interessiert. Die zwischenmenschlichen Stimmungen, die Fragen nach Glauben, Atheismus, Menschlichkeit, Wahrheit und Lüge sind ganz besonders schön facettenreich ausgearbeitet. Die Strömungen in der türkischen Gesellschaft jener Zeit und eine Bestandsaufnahme zwischen Tradition und Moderne ergeben einen insgesamt sehr lesenswerten Roman. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Deutschland:
Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

Deutschland:
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro
plus Portokosten

Einzelexempl.:2,50 Euro

Titelbild:
15.-Februar-Protest Jahrestag der Verhaftung Öcalans, Foto: DIHA

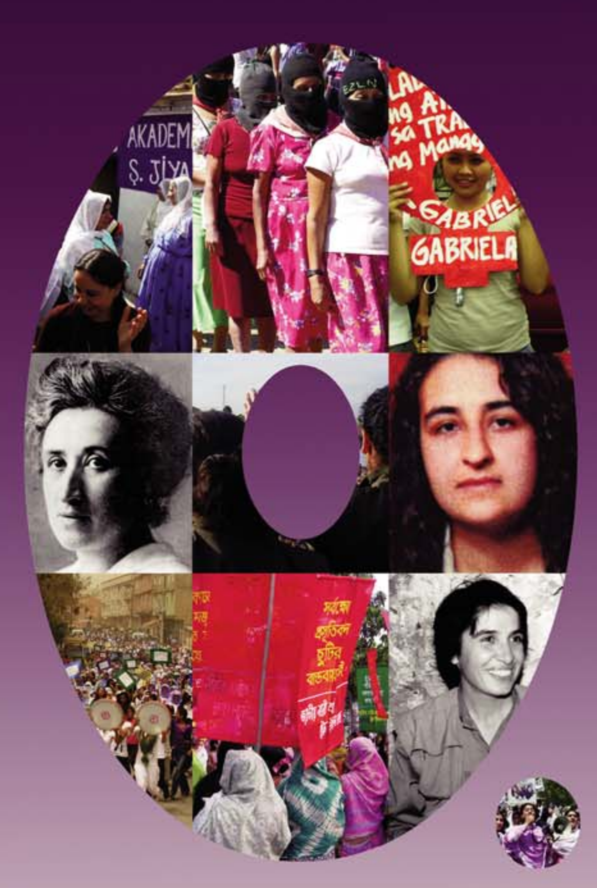
Rückseite:
Plakat zum 8. März Internationaler Frauenkampftag

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

INTERNATIONALER FRAUENTAG



IM 100. JAHR WERDEN WIR FRAUEN MIT UNSEREM GEMEINSAMEN KAMPF EINE FREIE WELT ERSCHAFFEN!

ISSN 0935-5375



Demonstration
6. März 2010
11:00 Uhr
Am Hauptbahnhof
Frankfurt am Main